

FSKN

RECHTSANWÄLTE

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Referat Bau- und Raumordnung
Frau Mag. Andrea Teschinegg
Stempfergasse 7
8010 Graz

Per Mail: abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at

Zugleich Nachrichtlich an:

Dr. Martin Mohorko, Büro LR Mag Hermann, MBL,
Mag. Maximilian Lughofer, Umweltschutz, Umweltanwaltschaft,
Ion Codescu, Direktor ENV. D – Biodiversity,
Ute Goerres, Referentin (Policy Officer) Naturschutz Österreich,

martin.mohorko@stmk.gv.at
maximilian.lughofer@stmk.gv.at
ion.codecu@ec.europa.eu
ute.goerres@ec.europa.eu

GZ: ABT13-2326/2026-8

Einschreiterin:

Marktgemeinde Kammern im Liesingtal

Hauptstraße 56

8773 Kammern im Liesingtal

vertreten durch:

FSKN Rechtsanwälte GmbH | FN576986i

Sackstraße 15/I, A-8010 Graz

T: +43 316 81 28 81 0

F: +43 316 81 28 81 28

office@fskn.at

www.fskn.at

ADV-Code: P630540

RA Dr. Dieter Neger

Vollmacht erteilt

wegen:

Begutachtungsverfahren zum Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird

I. VOLLMACHTSBEKANNTGABE

II. STELLUNGNAHME

III. URKUNDENVORLAGE

einfach
7 Beilagen

I.

Die außen bezeichnete Einschreiterin gibt bekannt, dass sie die

FSKN Rechtsanwälte GmbH | FN576986i
Sackstraße 15/I, A-8010 Graz
T: +43 316 81 28 81 0
F: +43 316 81 28 81 28
office@fskn.at
www.fskn.at
ADV-Code: P630540

mit ihrer rechtsfreundlichen Vertretung beauftragt hat. Die gefertigte Rechtsanwaltsgesellschaft beruft sich nach § 10 AVG auf die erteilte Vollmacht.

II.

Mit Schreiben vom 13.04.2026, GZ: ABT13-23-26/2026-8, hat die Steiermärkische Landesregierung, vertreten durch die Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, den Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit welcher das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert werden soll, in Begutachtung versandt und eine Frist zur Abgabe von Stellungnahmen bis zum 08.06.2026 eingeräumt.

Im Auflageschreiben wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für den Fall, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangt, angenommen werde, dass gegen den Entwurf der gegenständlichen Verordnung keine Bedenken bestehen.

Mit der zitierten Aussendung wurden der Verordnungstext samt Erläuterungen und Textgegenüberstellung, die Anlage 1 (Übersichtsplan samt Zonen- und Gemeindeindex), die Anlagen 2.01 bis 2.24 mit den Detailplänen der festgelegten Ausschluss-, Vorrangs- und Eignungszonen, die Anlagen 3.01 bis 3.30 mit den Detailplänen für die Vorrangs- und Eignungszonen, sowie die strategische Umweltprüfung samt Umweltbericht zur Einsicht aufgelegt.

Sämtliche Unterlagen sind zudem auf der Homepage der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung abrufbar.

Die Gemeinde Kammern im Liesingtal (in der Folge „Einschreiterin“) erstattet fristgerecht im **Begutachtungsverfahren** zum Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird, folgende

STELLUNGNAHME

2.1. Motive des Verordnungsentwurfs

Grund für den gegenständliche Novellenentwurf sind einerseits die Beschleunigungsbemühungen der Europäischen Union, insbesondere im Zusammenhang mit der RED III-Richtlinie und andererseits innerstaatliche Bestrebungen zur Forcierung des Ausbaus erneuerbarer Energiegewinnungsanlagen in Gestalt von Windenergieanlagen.

Motiviert sind diese Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung als Verordnungsgeber gemäß der Erläuterungen zum Verordnungsentwurf durch die auf Bundesebene im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und dem Integrierten österreichischen Netzinfrastrukturplan (ÖPIN) 2024 definierten Ausbauziele, durch die Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 Plus, das aktuelle Regierungsprogramm der Steiermärkischen Landesregierung, sowie durch § 4 Abs 1 UVP-G 2000, demzufolge *„Windkraftanlagen vorrangig auf dafür planungsrechtlich bestimmten Flächen nach Maßgabe der aktuellen, im Einklang mit den Ausbauziel des § 4 Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) stehenden verbindlichen planungsrechtlichen Festlegung und Zonierung auf überörtlicher Ebene für Windkraftanlagen (aktuelle überörtliche Windenergieeraumplanung) des jeweiligen Bundeslandes zu realisieren“* sind.

2.2. Raumordnungsrechtliche und betriebsanlagenrechtliche Gesichtspunkte, rechtliche Inkonsistenz des Verordnungsentwurfs

Mit der im Entwurf aufgelegten Novelle zum Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie sollen zahlreiche weitere Vorrangzonen, zusätzlich zu den bereits in der geltenden Verordnung LGBI 72/2013, zuletzt idF LGBI 20/2026, bereits festgelegten Vorrangzonen, verordnet werden. Für diese Vorrangzonen hat die Steiermärkische Landesregierung – wie aus dem Umweltbericht ersichtlich – strategische Umweltprüfungen durchgeführt.

Darüber hinaus sollen sieben neue Eignungszonen verordnet werden, für welche die Steiermärkische Landesregierung jedoch keine strategischen Umweltprüfungen durchgeführt hat, aber auch offensichtlich keine ausreichenden Grundlagenuntersuchungen angestellt hat, was dem für einschlägige Planungen geltenden Abschichtungsprinzip zuwiderläuft. Dem Abschichtungsprinzip, welches die Stufenordnung der Planung von der großräumigen Landesplanung über die regionale Flächennutzungsplanung bis hin zur konkreten Bauplanung vorsieht, entsprechend, hätte die Steiermärkische Landesregierung, wie sie selbst in den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf ausführt (dazu siehe später), bevor Sie trachtet, Eignungszonen in der Verordnungsnovelle auszuweisen, tiefergehende Untersuchungen durchzuführen gehabt. Dies hat sie jedoch nicht getan. Es scheint verwunderlich, dass der Verordnungsgeber diese seine Obliegenheit (wie hätte er sonst überhaupt zur Annahme kommen können, dass das Steineck als Eignungszone taugt?) sozusagen nachgelagert auf die Standortgemeinden schiebt.

Abgesehen davon, dass der präsumptive Verordnungsgeber, zumindest, was das Steineck betrifft, ganz offensichtlich jegliche nähere Grundlagenforschung unterlassen hat, soll nach § 3a Abs 3 des Verordnungsentwurfs die jeweilige Standortgemeinde die strategische Umweltprüfung hinsichtlich der jeweiligen Eignungszone durchführen und diese zur Grundlage einer adäquaten Umwidmung machen.

Die im Verordnungsentwurf und dessen Erläuterungen formulierten Darstellungen geben die tatsächliche rechtliche Situation nur unvollständig wieder, und zwar vor allem aus folgenden Gründen:

Durch die Novelle BGBl I Nr 26/2023 wurde § 4a UVP-G 2000 als neue Rechtsnorm erlassen. Diese Bestimmung intendiert, wie auch in den Materialien (1901 der Beilagen XXVII. GP – Regierungsvorlage – Erläuterungen) explizit ausgeführt, basierend auf der vom Bundesgesetzgeber für das UVP-G 2000 insgesamt in Anspruch genommenen Bedarfsgesetzgebungskompetenz des Bundes, die Durchbrechung landesrechtlicher beziehungsweise örtlicher Raumordnungsnormierungsmechanismen.

§ 4a UVP-G 2000 wurde bislang – soweit ersichtlich – höchstgerichtlich noch nicht ausjudiziert. Die Bestimmung findet jedoch bereits Erwähnung in der einschlägigen Judikatur und Literatur.

Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob eine landesrechtliche Konstruktion, wonach für landesrechtlich festgelegte Eignungszonen weiterhin zwingend ein gesonderter Widmungsakt durch die Standortgemeinde erforderlich sein soll, mit den bundesrechtlichen Zielsetzungen des UVP-G 2000 sowie den unionsrechtlichen Beschleunigungsvorgaben vollständig vereinbar ist.

§ 4a UVP-G 2000 zufolge gilt dies übrigens auch für Bereiche außerhalb von Eignungszonen, ausgenommen für Ausschlusszonen, wenn – so wie in der Steiermark – eine überörtliche Windraumplanung vorliegt (siehe hierzu § 4a Abs 2 letzter Satz UVP-G 2000 und 1901 der Beilagen XXVII. GP – Regierungsvorlage – Erläuterungen zu Z 15 (§ 4a)).

Die Festlegung einer Eignungszone durch die Steiermärkische Landesregierung stellt auch eine planerische Vorentscheidung über das Vorliegen eines regionalen öffentlichen Interesses an der Errichtung von Windenergieanlagen dar. Vorhaben der Energiewende, zu denen vorrangig Windenergieanlagen zählen, gelten nach § 17 Abs 5 letzter Satz UVP-G 2000 „*als in hohem öffentlichen Interesse*.“

In Vorrangzonen ist nach § 4a UVP-G 2000 ein Widmungsakt durch die Standortgemeinde nicht vorgesehen.

Konsequenterweise normiert § 3 Abs 2 des Verordnungsentwurfs „*Vorrangzonen sind überörtliche Widmungsfestlegungen*“.

Es stellt sich die Frage, ob Gemeinden innerhalb von Eignungszonen und auch außerhalb von Eignungszonen, ausgenommen in Ausschlusszonen – diesbezüglich siehe § 4a Abs 2 letzter Satz UVP-G 2000 - tatsächlich, wie von Verordnungsentwurf vorgegeben, noch über ein uneingeschränktes planerisches Ermessen verfügen oder ob bundesrechtliche beziehungsweise unionsrechtliche Zielsetzungen die Planungshoheit der Standortgemeinde inhaltlich beschränken bzw durchbrechen.

Aus § 4a UVP-G 2000 ergibt sich eindeutig, dass die Planungshoheit der Gemeinden diesbezüglich nicht lediglich in Vorrangzonen, sondern auch in Eignungszonen sowie außerhalb steirischer Eignungszonen – mit Ausnahme von Ausschlusszonen - bundesgesetzlich durchbrochen ist.

§ 4a Abs 2 UVP-G 2000 lautet wie folgt:

(2) Gibt es in einem Bundesland eine aktuelle überörtliche Windenergieraumplanung, aber fehlt die erforderliche Konkretisierung auf der örtlichen Planungsebene (Flächenwidmung), so ist diese Zulässigkeitsvoraussetzung für die überörtlich vorgesehenen Flächen nicht anzuwenden. Die Genehmigung von Windkraftanlagen ist an einem gewählten Standort auf diesen Vorrangs- oder Eignungsflächen nach Maßgabe der näheren Vorschriften zum Schutz der Rechte Dritter und der öffentlichen Interessen zulässig, soweit dies nicht zwingenden Vorschriften des Unionsrechts widerspricht. Dies gilt sinngemäß, wenn es in einem Bundesland eine aktuelle überörtliche Windenergieraumplanung gibt, wonach Windkraftanlagen auch außerhalb der überörtlich vorgesehenen Flächen zulässig sind, der gewählte Standort in keiner Ausschlusszone liegt und die sonstigen in einem Bundesland festgelegten Zulässigkeitsvoraussetzungen (Mindestabstände und Leistungsdaten) erfüllt sind.

Die Errichtung von Windenergieanlagen in einer Eignungszone „Steineck“ würde nach § 3a Abs 3 des Verordnungsentwurfs iVm Anhang 1 Z 6 Spalte 2 UVP-G 2000 ein Genehmigungsverfahren nach dem UVP-G 2000 erfordern.

In diesen Genehmigungsverfahren wären die erwähnten Bestimmungen des UVP-G 2000 anzuwenden. Insbesondere auch die Festlegung als Eignungszone würde die UVP-Behörde, dies ist die Steiermärkische Landesregierung, in die Lage versetzen, in Anwendung des § 4a UVP-G die UVP-rechtliche Betriebsanlagengenehmigung auch ohne einschlägigem Widmungsakt der Standortgemeinde zu erteilen. Konsenswerber könnten sich selbstverständlich auch auf ihren aus § 4a leg cit in Verbindung mit den übrigen einschlägigen Rechtsnormen erfließenden Rechtsanspruch stützen.

Diese Frage ist auch deshalb bedeutsam, da zahlreiche bundesrechtliche Infrastrukturmaterien – bspw etwa das Eisenbahnrecht, Elektrizitätsrecht, Mineralrohstoffrecht, Abfallwirtschaftsrecht, bestimmte straßenrechtliche Materiengesetze etc – traditionell als „widmungsblind“ ausgestaltet sind, vor allem auch, sofern übergeordnete öffentliche Interessen vorliegen.

Zusammenfassend, unter Bedachtnahme auf vorliegende rechtliche Überlegungen, ergibt sich, dass die im Verordnungsentwurf gemäß § 3a der Standortgemeinde vorbehalte Entscheidungskompetenz hinsichtlich Eignungszonen, aber auch hinsichtlich Bereichen, die nicht in Vorrang-, Eignung- oder Ausschlusszonen liegen, in Anbetracht geltender bundesrechtlicher Normen zahnlos und im Ergebnis obsolet sind. Ein Konsenswerber kann sich jederzeit unter Inanspruchnahme der bundesrechtlichen Normen über fehlende standörtliche Widmungen hinwegsetzen und nach dem UVP-G 2000 einen Windpark durchsetzen, außer, dieser wäre in einer verordneten Ausschlusszone situiert.

2.3. Unzulässige Beeinflussungsversuche durch Konsenswerber

Selbst falls man entgegen obigen Ausführungen die finale Entscheidungskompetenz der örtlichen Raumplanung hinsichtlich eines Windenergieprojektes am Steineck nach Verordnung einer Eignungszone, oder ohne Ausweisung einer Eignungszone und auch ohne Ausweisung einer Ausschlusszone, bei der Standortgemeinde gelegen sehen sollte, ist schon jetzt davon auszugehen, dass massive Bedenken gegen eine sachbezogene Entscheidung der Gemeinde angemeldet werden müssten und die Standortgemeinde aufgrund nachstehender Ausführungen bei einem Entscheidungsprozess unter massivstem wirtschaftlichen Druck stehen würde:

Bereits im September 2025 (!) richtete die **WEB Windenergie AG**, die nach Information der Einschreiterin der Einflussphäre der Verbund AG zuzurechnen ist, an die Gemeinden Kammern im Liesingtal und St. Stefan ob Leoben mit einer Einwohnerzahl von zusammen rund 3.500 Personen „ein Angebot für eine Partnerschaft Gemeinde- und Bürgerbeteiligung“, in welchem die nun im Entwurf der Verordnung vorgesehene Eignungszone bereits dargestellt und darauf hingewiesen wird, dass in dieser Zone ein „technisches maximales Potential von bis zu sieben Windkraftanlagen“ zu bejahen sei; aktuell lägen noch keine landesgesetzlichen Vorgaben vor – die WEB setze „sich jedoch bei der Stmk. LReg dafür ein, das ggstl. Potentialgebiet als Vorrangzone auszuweisen“. Dieses Schreiben der WEB wird unter einem als **Beilage** vorgelegt.

Obwohl die von WEB adressierten Gemeinden nicht Eigentümer der Grundstücke sind, auf denen die Windkraftanlagen errichtet werden sollen, obwohl die Sportvereine dieser von WEB adressierten Gemeinden nicht Eigentümer der Grundstücke sind, auf denen die Windkraftanlagen errichtet werden sollen, und obwohl von den rund 3.500 Bürgern der beiden Gemeinden nur eine Handvoll natürliche und juristische Personen (darunter das Stift Admond und die Leobner Realgemeinschaft) Eigentümer von Grundstücken in der geplanten Zone sind, bietet dieser künftige Projektant beiden Standortgemeinden ein dramatisch hohes Entgelt als „Gestattungszahlung“ an, um damit die Gemeinden, vertreten durch den Gemeinderat und den Bürgermeister, für ihre Planungsinteressen und die Ausweisung als Eignungs- oder Vorrangzone gefügig zu machen.

Die WEB bietet den Gemeinden hierfür € 16.800.- pro Windkraftanlage pro Jahr, offeriert jedem Bürger in diesen Gemeinden einen verbilligten Stromtarif von 9,90 ct/kWh und will die örtlichen Sportvereine mit € 3.000.- jährlich sponsern, dies alles jahre- bzw jahrzehntelang ab Betriebseröffnung.

Da der WEB bewusst war, dass es sich bei Aufrechterhaltung der Eignungszone oder deren Entfall - ohne gleichzeitige Ausweisung einer Ausschlusszone - um Zahlungen an jene Behörde handelt, die ein Projekt raumordnungsrechtlich und auch im Ergebnis zu wesentlichen Teilen umweltrechtlich zu legitimieren haben wird, handelt es sich um den Versuch einer „Anfütterung“ gegenüber einer Behörde im Sinne des Straftatbestandes des § 307b StGB, der derartige Vorteilszuwendungen zur Beeinflussung mit erheblichen Freiheitsstrafen bedroht!

Um den Druck auf die Gemeinde noch zu erhöhen, wird in beiden Gemeinden, wie erwähnt, jedem Bürger über einen sehr langen Zeitraum eine Strompreisermäßigung zugesagt und weiterer Druck über ein langfristiges Sponsoring der örtlichen Sportvereine aufgebaut. Die Bürgermeister mussten sämtliche Bürger über den Inhalt dieses unseriösen „Gestattungsvertrages“ in Kenntnis setzen, um selbst nicht den Vorwurf eines Versäumnisses heraufzubeschwören.

Es wird berichtet, dass auf einzelne Gemeinderatsmitglieder bereits Druck von Seiten jener Personen ausgeübt wird, die nach Errichtung einer Windkraftanlage deren Profiteure wären.

Wie soll in diesem Umfeld in St Stefan ob Leoben oder Kammern im Liesingtal eine objektive Entscheidung je zustande kommen, wenn bereits jetzt derartiger Druck ausgeübt wird?

Die im Schreiben der WEB vom September 2025 erwähnten Bemühungen, eine Vorrangzone am Steineck vom Land Steiermark zu erreichen, blieben bislang noch erfolglos, auffällig jedoch ist, dass die im Schreiben der WEB vom September 2025 erwähnte Zahl von sieben Windrädern zwischenzeitig im vorliegenden Entwurf des Sachprogramms Windenergie auf **sieben bis fünfzehn!!!** erhöht wurde.

Auch die **Verbund AG** bedrängt seit geraumer Zeit die Gemeinde Kammern im Liesingtal mit ihren „Angeboten“, für die dieselben – möglicherweise auch strafrechtlich relevanten – Vorbehalte gelten wie hinsichtlich der WB Windenergie AG.

Das Angebot der WB Windenergie AG vom September 2025, ein aktuelles Informationsschreiben von Bürgermeister Karl Dobnigg der Marktgemeinde Kammern im Liesingtal, sowie ein Aktenvermerk „Chronologie über Besprechungen wegen geplanter Windräder am Liesingberg“ von Bürgermeister Karl Dobnigg vom März 2026 werden unter Einem als **Beilagen** vorgelegt.

Es wird daher neuerlich auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass letztlich nur die Ausweisung einer Ausschlusszone am Steineck diesen „Umtrieben“ ein Ende bereiten kann.

2.4. Weitere fachspezifische Inkonsistenz

Neben den raumordnungsrechtlichen und betriebsanlagenrechtlichen Perspektiven, bezogen auf die vorgesehene Eignungszone „Steineck“, welche teilweise das Gemeindegebiet von Kammern im Liesingtal in Anspruch nimmt, fallen darüber hinaus wesentliche weitere fachspezifische Inkonsistenzen auf.

2.4.1. Fachlich nicht nachvollziehbarer Wertungswiderspruch „Ausschlusszone Kraubatheck – Naturschutzgebiet XXI – Eignungszone Steineck“

Wenige hundert Meter (nur 350 Meter) vom Steineck entfernt liegt das Kraubatheck. Für dieses Gebiet ist im geltenden Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie – gestützt auf zahlreiche fachliche Expertisen – seit 2019 eine Ausschlusszone festgelegt. Teile dieser

Ausschlusszone sind zusätzlich als Naturschutzgebiet geschützt und weisen überdies fünf behördlich bewilligte Wildschutzgebiete auf.

Das Kraubatheck und das Steineck werden über einen gemeinsamen, nach Osten hin abfallenden Höhenrücken verbunden. Diese Verbindung wird in der Natur im wesentlichen über den Forstbesitz Schaffer hergestellt, der sich dem Land Steiermark gegenüber bereits bereitgefunden hat, diesen Höhenrücken in das Naturschutzgebiet einzubringen.

Die den Verordnungen der Ausschlusszone Kraubatheck und des Naturschutzgebietes XXI „Niedere Tauern, Ostausläufer“ diametral entgegengesetzte Verordnung einer Eignungszone Steineck ist ökologisch, naturschutzfachlich und raumordnungsfachlich nicht ansatzweise konsistent begründbar.

Insbesondere auch jene Gegebenheiten, die zur Ausschlusszone Kraubatheck geführt hatten, vor allem auch die ökologische Trittsteinfunktion, ornithologische Quellgebietsfunktion, der sehr bedeutende Vogelzug sowie die Populationen von Raufußhühnern, welche durch Windenergieanlagen massiv gefährdet würden, lassen eine Eignungszone „Steineck“ fachlich keinesfalls gerechtfertigt erscheinen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht einmal ansatzweise plausibel, weshalb nunmehr wenige hundert Meter vis-à-vis der Ausschlusszone Kraubatheck eine Eignungszone am Steineck etabliert werden soll.

Die für das Kraubatheck maßgeblichen Ausschlussgründe gelten natürlich auch für das Steineck in vergleichbarer Weise.

Die Unterschutzstellung nach § 5 Stmk Naturschutzgesetz und Etablierung des Naturschutzgebietes, welches auch die Ausschlusszone Kraubatheck vor Eingriffen schützt, fußt insbesondere auf dem Gutachten des Herrn Amtssachverständigen Dr. Reinhold Turk des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung vom 21.11.2014, welches sich seinerseits auf mehrere weitere Fachgutachten und Fachbeiträge stützt:

Das zitierte Sachverständigengutachten Dris. Turk lautet wie folgt:

Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. Nschg., Befund und Gutachten

Graz, 21.11.2014

Amtsgutachten

Befund

Das gegenständliche Gebiet umfasst die Hochlagen der östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in der Obersteiermark zwischen Liesingtal im Norden und Murtal im Süden, beginnend mit der Höhe „Blutsattel“-„Feuerkogel“ im Westen mit etwa 1666 m Höhe und über die Kuppe „Hennerkogel“ mit 1533 m Höhe zum Kraubatheck leicht abfallend.

Mit dem Höhenzug laufen die Sekauer Alpen, als Teil der niederen Tauern von den über der Waldgrenze liegenden Gipfeln und Graten Sekauer Zinken (2397 m), Schwaigerhöhe, Lamprechthöhe und Speikkogel (1878 m) mit bewaldeten Rücken zum Murr-Tal hin aus. Die östlichste, mit 1475 m Seehöhe immer noch deutlich über die Umgebung hinausragende Erhebung dieses Gebiets ist die Kuppe „Kraubatheck“. Südlich von Murtal, dem Kraubatheck gegenüber, liegt in etwa 14 km Entfernung die Berggruppe um die Gleinalpe, die mit Wildeggekogel, Speikkogel, Roßbachkogel und anderen (jeweils knapp 1800 bis 1900 m) die Höhenlagen nach Süden zu gegen die Stubalpe hin fortsetzt.

Im Sattel zwischen Hennerkogel und Kraubatheck liegt im Wald die „Schwarze Lacke“ (KRANZ 2014a; Schwarzlacke in der ÖK), ein natürlicher Moorsee von etwa 4000 m² Größe. Die Schwarze Lacke ist als natürliches Gewässer gemäß Stmk NSchG als Landschaftsschutzgebiet (§ 7 Abs. 1 in Verbindung mit §6 Abs. 3-6) geschützt. Das für die Unterschutzstellung vorgesehene Gebiet ist bewaldet, wobei der Fichten-Lärchenwald auf etwa 1400-1500m Seehöhe überwiegt. Der Wald ist in den Kuppenlagen infolge Windwurf, Schneebruch und Kalamitäten aufgelichtet, zur Fichte (*Picea abies*) als Hauptbaumart treten Lärche (*Larix decidua*) und vereinzelt Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*) hinzu. Die natürliche Waldgesellschaft ist der hochmontan-tiefalpine Fichtenwald. Altholz ist kleinflächig erhalten geblieben. Inmitten jüngerer Wälder stehen zerstreut einzelne alte Fichten und Lärchen, die auf frühere Weidenutzung hinweisen, die nach unten anschließenden Hänge sind großflächig von Wirtschaftswald mittleren Alters mit einigen regelmäßigen Schlagflächen bestanden. Zur Unterschutzstellung sind nur die höheren Lagen des Höhenzuges oberhalb von etwa 1300m über Adria auf eine Breite von etwa 250-1.000m vorgesehen.

Außer einer Jagdhütte, Zäunen, Wegen, einem Feldaltar mit Sitzbänken, Marterln u. dgl. sowie einem Windmessmast, der befristet bewilligt ist (s. Bescheide) sowie mäßige Eingriffe der Forstwirtschaft (Forstwege, kleinflächige forstliche Nutzungen) enthält das Gebiet keine anthropogenen Einrichtungen.

Das Gebiet weist darüber hinaus eine Kette von sechs über das Steirische Jagdgesetz verordneten Wildschutzgebieten zur Hintanhaltung von Störungen der Auer- und Birkhühner zur Brut- und Aufzuchtzeit auf, des Weiteren ein Vertragsnaturschutzgebiet (BIOSA) im Ausmaß von 500 ha zur Erhaltung und Förderung der Auer- und Birkhuhnlebensräume, stellvertretend für alle geschützten Charaktervögel des höheren und hochgelegenen Bergwaldes.

Das Gebiet ist ein Teil des IBA (Important Bird Area, Bedeutendes Vogelgebiet), und kann als solches bei Entscheiden des EuGH und des VwGH als wissenschaftliche Grundlage zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannt und herangezogen werden. Als Ausweisungsgründe für das IBA werden gemäß IBA-Kriterien die Arten Steinadler, Birkhuhn, Auerhuhn, Mornellregenpfeifer, Sperlingskauz, Raufußkauz und Dreizehenspecht angeführt (ZECHNER & SPREITZER in DVORAK 2009). Die Entfernung zum Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ als Teil des kohärenten Schutzgebietsnetzwerkes „Natura 2000“ der Europäischen Union beträgt etwa 6 km.

Die Befunde der Vorgutachter (Grünschnachner-Berger 2013, Pfeifer 2013, Leitner 2013, Kranz 2014 und Kollar 2014) sind auch im gegenständlichen Befund berücksichtigt.

Gutachten:

Im zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gebiet wurden, alle vorliegenden Unterlagen zusammenfassend, 85 Vogelarten und 11 Fledermausarten angetroffen.

In der Biotopbeschreibung des Landes (Revision vom 18.9.1991) wird die ebenfalls im ggstl. Gebiet liegende „Schwarze Lacke“ unter dem Code 11.0072 (Hennerkogel (Schwarzlacke), St. Stefan) als Verlandungsmoor bezeichnet und es wird dort empfohlen, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Eine landeseigene Studie von Grünschnachner-Berger (2013) weist darauf hin, dass in dem ggstl. Gebiet die Auerhuhndichte hier im Vergleich zu anderen steirischen Vorkommen überdurchschnittlich groß ist und darüber hinaus Reihe von anderen Anhang I Arten gemäß VS-RL vorkommt.

Eine weitere Studie von Kranz (2014) erwähnt das Vorkommen von 59 Vogelarten, davon 13 Anhang I Arten gemäß VS-RL, 25 Zugvogelarten und Hinweise auf eine bedeutende inneralpine Zugroute, Balzplätze bzw. Brutnachweise von Auer- und Birkhuhn, Sperlingskauz und Dreizehenspecht sowie Brutverdacht für Wespenbussard, das Vorkommen von 11 der 28 in Österreich lebenden Fledermausarten (alle streng geschützt, da Anhang IV Arten gemäß FFH-Richtlinie), potenzielle Ruhestätten von Fledermäusen und Niststandorte von Anhang I Vögeln in 63 Baumhöhlen sowie Nester hügelbauender Ameisen im Ausmaß von mindestens 102 Kolonien.

Bezüglich der VS-RL belegen die vorliegenden Daten im Kontext der Lebensräume, Vorkommen und Dichten von Anhang I Arten in der ganzen Steiermark, dass das ggst. Gebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und überregionale Bedeutung hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehenspecht und der Sperlingskauz.

Die Bedeutung des Gebietes für die genannten Arten liegt in dessen Lage (tiefsubalpiner naturnaher Bergwald am östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in einer Höhe über 1.300 m) und im Zusammenhang mit anderen Vorkommen dieser Arten. Es ist demnach ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.

Es stellt darüber hinaus auch einen regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbevorzugende Arten wie Luchs, Braunbär und Wolf dar. Auf die Bedeutung des im ggstl. Gebiet liegenden Höhenrückens am Kraubatheck als international bedeutsamer Weitwanderwechsel von Großraubwild (Bär, Wolf, Luchs) verweisen bereits Völk et. al (2001) und Leitner (2013).

Eine im Auftrag der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Studie (Kollar 2014) bestätigt ebenfalls, dass das Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose hinsichtlich seiner Ursprünglichkeit (Naturnähe) als ein sich deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen ist. Demnach ist die Anzahl der Vogelarten hier deutlich höher als die in den umliegenden Wirtschaftswäldern zu erwartende Artenzahl und weist die Artengemeinschaft aus Auerhuhn, Birkhuhn, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Waldschnepfe und Wespenbussard auf sehr naturnahe Lebensgrundlagen (Lebensraumtypen) hin. Dies wird auch durch die hohe Artenzahl an Fledermäusen unterstützt.

Die gutachterlichen Stellungnahmen der Vorbegutachter decken sich mit den persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen des Gefertigten zum Gebietscharakter und seiner Bedeutung für eine Vielzahl wildlebender Tiere (geschützte Arten). Die Richtigkeit der Ergebnisse der Vorbegutachter steht außer Zweifel und lässt auch zwischen den Sachverständigen keine Widersprüche erkennen.

Daher ergibt sich zusammenfassend folgende Schlussfolgerung:

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für

die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.

Eine Erklärung des Gebietes zum Naturschutzgebiet steht im Einklang mit den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Für den Fachbereich Naturschutz:

(Dr. Reinhold Turk)

Quellen:

Grünschnachner-Berger, V. 2013: Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten. Gutachten im Auftrag der A 10 - Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, 29 Seiten.

Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

Kranz, A. und Toman A.. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

Leitner, H. 2013: Bedeutung des Kraubatheck als Korridor für landgebundene Großsäuger Expertise, Büro für Wildökologie und Forstwirtschaft e. U., Klagenfurt, 9 Seiten.

Völk, F., Glitzner, I. & M. Wöss, M. 2001: Kostenreduktion bei Grünbrücken durch deren rationellen Einsatz. Kriterien - Indikatoren - Mindeststandards. Erstellt im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Straßenforschung, Heft 513, Wien. 97 Seiten plus Anhang.

Besonders relevant sowohl für das Kraubatheck und in gleicher Weise für das vis a vis situierte Steineck ist die Schlussfolgerung im Gutachten ASV Dr. Turk (Hervorhebung durch den Verf. dieses Schriftsatzes):

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. **Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.**

In selber Weise für das Steineck geltend, verwundert die Aufnahme desselben als Eignungszone in den Verordnungsentwurf aus fachlicher Sicht in höchstem Maße.

Die Überarbeitung des Entwicklungsprogrammes für den Sachbereich Windenergie führte auf Basis dieser Untersuchungsergebnisse zur Verordnung des Kraubathecks als Ausschlusszone. Damals war seitens mehrerer Forstbetriebe detailliert dargelegt worden, dass das Gebiet Kraubatheck/Hennerkogel/Glockkogel eine außergewöhnlich hohe naturschutzfachliche Sensibilität aufweist und insbesondere als bedeutender Wildtierkorridor, Vogelzugraum sowie Trittstein- und Quellgebiet für zahlreiche geschützte Arten fungiert.

Die damaligen Eingaben dieser örtlichen Forstbetriebe stützten sich unter anderem auf die vom Land Steiermark beauftragten Gutachten der Sachverständigen Dr. Hans Peter Kollar, Dr. Reinhold Turk, Dr. Andreas Kranz und DDr. Veronika Grünschachner-Berger. Bereits diese Gutachten waren – vor dem oben wiedergegebenen Amtsgutachten ASV Dr. Turk - übereinstimmend zum Ergebnis gelangt, dass das Gebiet aufgrund seiner herausragenden Artenvielfalt, seiner Funktion als inneralpiner Wildtier- und Vogelzugkorridor sowie aufgrund des Vorkommens zahlreicher streng geschützter Arten für die Errichtung von Windkraftanlagen ungeeignet ist.

Besonders hervorzuheben ist, dass im Bereich des Kraubathecks insgesamt 85 Vogelarten, darunter zahlreiche gefährdete Arten sowie Arten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie, festgestellt wurden. Ebenso wurden elf Fledermausarten dokumentiert. Darüber hinaus wurden bedeutende Zugbewegungen von Vögeln in Höhen zwischen 50 m und 200 m nachgewiesen, also exakt in jenem Höhenbereich, in welchem Rotorblätter moderner Windenergieanlagen betrieben werden.

Die fachlichen Grundlagen, welche zur Ausweisung des Naturschutzgebietes Nr. XXI und sodann

konsequenterweise zur Ausschlusszone Kraubatheck geführt haben, betonen insbesondere die Funktion des Gebietes als „*essentiell*es Quellgebiet“ für benachbarte Populationen sowie als „*qualitativ hervorragender Trittstein*“ zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm. Ebenso wurde dessen Bedeutung als überregional bedeutsamer Wanderkorridor für Großsäuger wie Luchs, Wolf und Braunbär hervorgehoben.

Von besonderer Relevanz – dies wird nochmals ausdrücklich betont - erscheint in diesem Zusammenhang die Schlussfolgerung des Amtsgutachtens Dr. Reinhold Turk vom 21.11.2014, wonach **„auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (zB Windräder) errichtet werden dürfen.“** Diese Aussage erfolgte ausdrücklich bezogen auf das Gebiet Kraubatheck/Hennerkogel und damit auf jenes Gebiet, das sich in unmittelbarer räumlicher Nähe zur nunmehr vorgesehenen Eignungszone Steineck befindet.

Die nunmehrige Festlegung einer Eignungszone Steineck steht daher nicht nur in einem eklatanten fachlichen Spannungsverhältnis zu den bereits vorliegenden naturschutzfachlichen Erkenntnissen, sondern auch zu den Wertungen des Landes Steiermark selbst, welche der Ausweisung des Naturschutzgebietes XXI sowie der bestehenden Ausschlusszone Kraubatheck zugrunde lagen.

Besonders widersprüchlich erscheint dabei, dass die Steiermärkische Landesregierung einerseits das Kraubatheck unter Berufung auf ornithologische, wildökologische und naturschutzfachliche Argumente ausdrücklich vor hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerken schützen wollte, andererseits jedoch wenige hundert Meter entfernt nunmehr die Festlegung einer Eignungszone für Windenergieanlagen beabsichtigt.

Die in der Eingabe der lokalen Forstbetriebe (Stellungnahme HBA Rechtsanwälte GmbH in Vertretung Forststiftung Heinrich XII. Prinz Reuss, Dkfm. Georg Eltz, Ing. Josef Quinz, vulgo Bauer im Holz und MM Forstbetrieb-Leims GmbH vom 17.11.2016), welche unter einem als **Beilage** vorgelegt wird, dokumentierten naturschutzfachlichen Erkenntnisse wurden im Rahmen der gegenständlichen Novelle offenbar nicht ausreichend berücksichtigt. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass die damals erhobenen fachlichen Bedenken, welche sogar zur Schaffung eines Naturschutzgebietes geführt hatten, im aktuellen Verordnungsentwurf unbeachtet

geblieben sind.

Juristisch erscheint die Aufnahme der Eignungszone „Steineck“ in den nunmehrigen Verordnungsentwurf als Versuch des Verordnungsgebers, die europäisch und bundesstaatlich forcierten Ausbauziele im Bereich erneuerbarer Energien vordergründig zu unterstützen und die Verantwortung auf jene Gemeinden zu verlagern, auf deren Gemeindegebiet die vorgeschlagene Eignungszone liegt.

Der Verordnungsgeber ignoriert dabei aber auch bewusst, dass seine Kompetenz sowie die örtliche Raumordnungskompetenz der Standortgemeinden auf Grund der bundesgesetzlichen Bestimmungen und europarechtlichen Bestrebungen inhaltlich nicht mehr existent wäre, sollte er das Steineck nicht als Ausschlusszone verordnen.

2.4.2. Bedenken aus Sicht des Natur- und Artenschutzes

Die vorgesehene Eignungszone Steineck liegt teils weniger als 600 Meter vom Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern, Ostausläufer“ entfernt, welches erst im Jahr 2015 durch das Land Steiermark ausgewiesen wurde und im Bereich einer bedeutenden Vogelzugroute liegt. Aufgrund dieser räumlichen Nähe sind erhebliche Auswirkungen auf geschützte und ökologisch sensible Bereiche zu befürchten. Besonders zu berücksichtigen sind mögliche Auswirkungen auf geschützte Arten, Vogelzug, Lebensräume und das ökologische Gefüge der Region.

Unter einem wird das *naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026*, erstattet von DI Dr. Andreas Kranz & Jitka Kranz MSc LL.M, Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz alka-kranz e.U. vom 02.06.2026, als Beilage vorgelegt und vollinhaltlich zum eigenen Vorbringen erhoben.

Das zitierte Sachverständigengutachten und das sohin hier gegenständliche diesbezügliche Vorbringen lautet wie folgt:

Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten

im Auftrag betroffener Grundeigentümer
zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“
des Verordnungsentwurfes
der Steiermärkischen Landesregierung
für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026



DI Dr. Andreas Kranz & Jitka Kranz MSc LL.M
Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz
alka-kranz e. U.
Graz, im Juni 2026

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	4
Hintergrund	5
Definition und Erläuterung zur Eignungszone	5
Konkrete Planungen von Windkraftanlagen.....	6
Befund.....	8
IBA – Important Bird Area	8
EuGH C-3/96, 1998.....	9
EuGH C-166/97, 1999	9
EuGH C-374/98, 2000	11
EuGH C-388/05, 2007	12
EuGH C-141/14, 2016	13
EuGH C-66/23, 2024.....	14
KBA – Key Biodiversity Area	15
Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone	16
Vogelschutzgebiet (SPA).....	16
FFH-Gebiet (SCI)	18
Naturschutzgebiet XXI	18
Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019	23
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	24
Dienstanweisung des Verkehrsministeriums	24
Waldentwicklungsplan.....	25
Habitats und Biodiversität in der Eignungszone	25
Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU).....	25
Lokalausweise 2026	27
Naturerfahrung durch sanften Tourismus.....	32
Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb.....	32
Verhandlungen über die Koexistenz.....	34
Gutachten	36
Koexistenz und Konflikt	36
Vermeidung negativer Auswirkungen	36

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende.....	37
Habitate und Biodiversität in der Eignungszone	38
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	38
Überregional bedeutsame Zugvogelroute	39
Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI.....	39
Key Biodiversity Area	40
IBA und SPA.....	40
EuGH, C-3/96, 1998.....	40
EuGH, C-166/97, 1999	41
EuGH, C-374/98, 2000.....	42
EuGH, C-388/05, 2007.....	42
EuGH, C-141/14, 2016	43
EuGH C-66/23, 2024.....	43
Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen.....	44
Zusammenfassung.....	46
Policy Brief.....	49

Auftragnehmer:

Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz e. U.
Am Waldgrund 25, 8044 Graz, Österreich
andreas.kranz@alka-kranz.eu
0664 2522017

Zitiervorschlag:

Kranz A. & Kranz J. 2026: Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026; 50 Seiten.

Executive Summary

Der Anspruch des Sachprogramms lautet, den Ausbau der Windenergie raumverträglich zu steuern und negative Umweltauswirkungen durch eine Zonierung zu vermeiden.

Unter genau dieser Zielvorgabe ist die Eignungszone Steineck-Kammern kein geeigneter Positivstandort, sondern ein Standort mit hohem Ausschlussbedarf.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht ungeeignet ist, da sie in einem „Important Bird Area“ (IBA) liegt, sich in der Nähe von Schutzgebieten befindet, für sensible Vogelarten von Bedeutung ist sowie als Zug- und Vernetzungskorridor fungiert. Damit wird das Gebiet zu einem faktischen Vogelschutzgebiet und ist wie ein unionsrechtliches Vogelschutzgebiet (SPA) zu behandeln.

Konfliktvermeidung muss bereits auf Ebene der strategischen Raumplanung erfolgen, und spätere Minderungsmaßnahmen oder UVP-Verfahren können die Standortentscheidung nicht ersetzen.

Daher empfiehlt das Gutachten, die Eignungszone zu streichen und die Ausschlusszonen im Bereich der Niederen Tauern auszuweiten.

Hintergrund

Das Land Steiermark hat am 13. April 2026 einen Entwurf einer Verordnung für das Entwicklungsprogramm im Sachbereich Windenergie veröffentlicht, mit der Möglichkeit, bis zum 8. Juni 2026 eine Stellungnahme abzugeben.

Der Verordnungsentwurf definiert in den Erläuterungen zwei Ziele: a) Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und b) Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonen. Daraus abgeleitet werden drei Maßnahmen: 1) Festlegung von zusätzlichen 7 Vorrang- und 5 Eignungszonen sowie Erweiterungen bestehender Vorrang- bzw. Eignungszonen; 2) Evaluierung und Aktualisierung der Ausschlusszonen; 3) Festlegung allgemeiner und standortspezifischer Minderungsmaßnahmen.

Diese Verordnung sieht unter anderem die Eignungszone „Steineck-Kammern“ für Windkraftanlagen in den östlichen Ausläufern der Niederen Tauern vor. Das gegenständliche Gutachten bewertet die naturschutzfachliche Bedeutung des Gebiets vor Ort, im regionalen und überregionalen Kontext sowie vor dem Hintergrund der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen und Erkenntnisse und beurteilt den Planungsprozess im Hinblick auf die Konfliktvermeidung im Naturschutz (IUCN HWCC-Richtlinie <https://www.hwctf.org/>). Darauf aufbauend werden Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf formuliert.

Definition und Erläuterung zur Eignungszone

Der Verordnungsentwurf definiert Eignungszonen in § 3a (3) wie folgt:

„Eignungszonen sind Standorte, an denen ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht. In diesen Zonen ist eine Widmungsfestlegung auf der Ebene der örtlichen Raumplanung als Grundlage für ein Projektgenehmigungsverfahren erforderlich.“

In den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf wird zu den Eignungszonen wie folgt ausgeführt:

„Eignungszonen dokumentieren ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen am Standort (Standortsicherung). Für die Errichtung von Windenergieanlagen in Eignungszonen sind die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen in den örtlichen Raumordnungsinstrumenten der jeweiligen Standortgemeinden zu treffen (Festlegungen im örtlichen Entwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan).“

Konkrete Planungen von Windkraftanlagen

Die Gemeinde Kammern im Liesingtal informiert auf ihrer Homepage¹ über konkrete Pläne von Energieproduzenten. Demnach gibt es seit 2025 Gespräche mit Projektwerbern, die 2026 intensiviert wurden, und die Kompensationszahlungen an die Gemeinde sowie die begünstigten Strompreise für die Bewohner der Gemeinde im Falle einer Realisierung des Projekts dokumentieren.

Nachfolgende naturschutzfachlich relevante Unterlagen hat die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 als Projektinformation zur Verfügung gestellt: a) Lage der geplanten Windkraftanlagen (Abbildung 1), b) laufende Erhebungen (Abbildung 2) und c) Zuwegvarianten (Abbildung 3). Im März wurde das Gebiet seitens der Projektwerberin Verbund AG noch als Vorrangzone vorgestellt und zumindest der südlichste Anlagenstandort befand sich im Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK. Der in Abbildung 1 dargestellte Zonierungsvorschlag ist demnach nicht mehr aktuell und entspricht nicht dem im Verordnungsentwurf vorgesehenen.

Projektgebiet

- Zonierungsvorschlag Sapro Steiermark
- Gemeinden
 - Gemeinde Kammern im Liesingtal
 - Gemeinde St. Stefan ob Leoben
 - Gemeinde St. Michael in der Obersteiermark
- Projektgröße
 - Anlagen: 8 – 14 Stück
 - Gesamtleistung: bis zu 84 MW
- Anlagentyp
 - Rotordurchmesser: 150 - 163 m
 - Nabenhöhe: Planung derzeit 125-148 m (Max. m)
 - Gesamthöhe: ca. 223 m
 - Leistung: ca. 6 MW pro Anlage

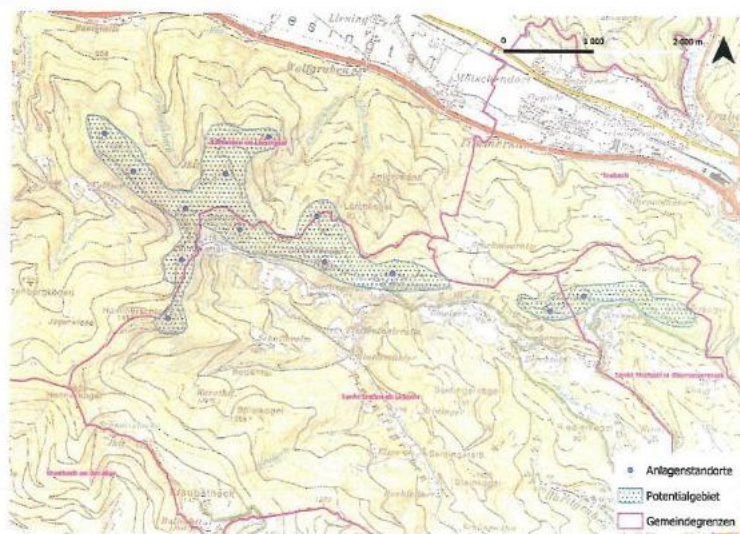


Abbildung 1: Projektgebiet, wie es die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 präsentiert hat; damals noch als Vorrangzone.

¹ https://www.kammern-liesingtal.gv.at/Information_zur_moeglichen_Errichtung_von_Windraedern, abgerufen am 19.05.2026

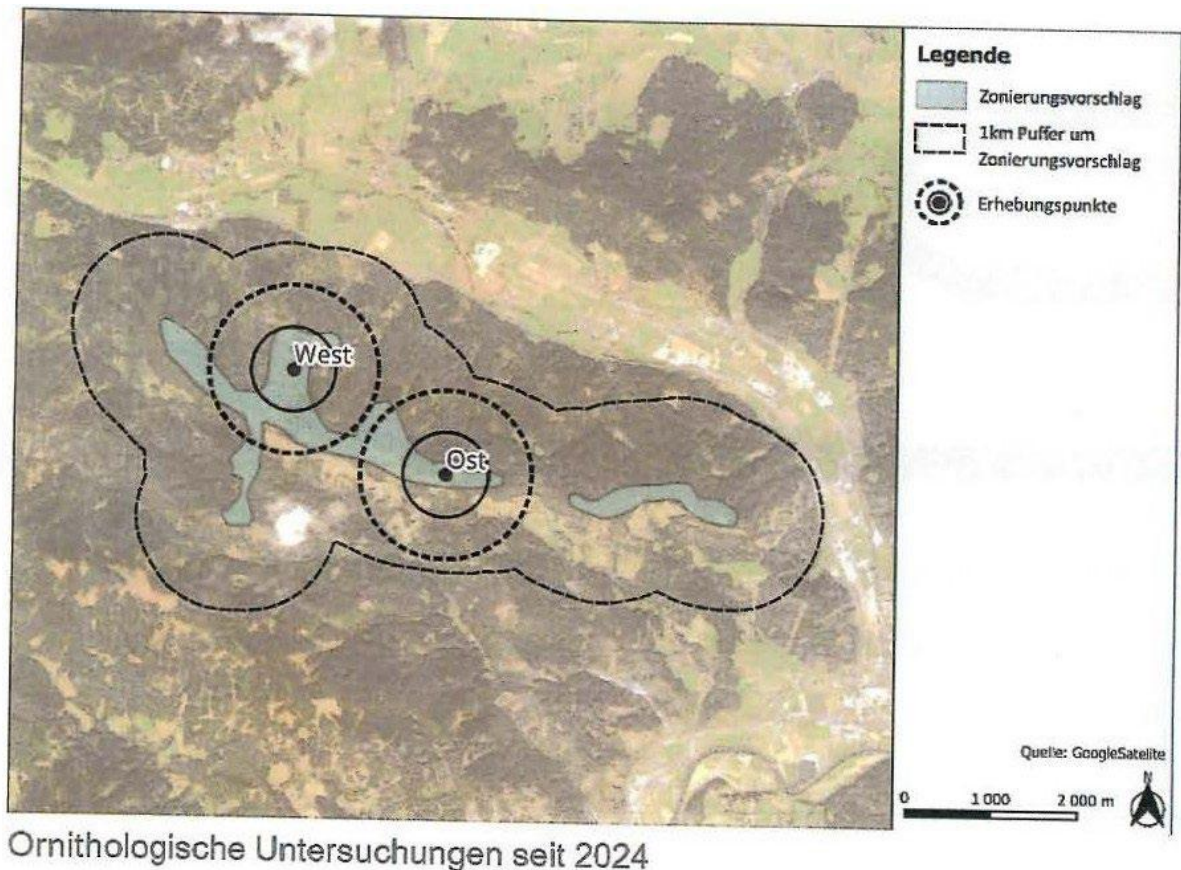


Abbildung 2: Lage der Erhebungspunkte für ornithologische Vorerhebungen der Projektwerberin seit 2024

Zuwegungsvarianten

- **Zuwegungsvarianten**
 - Variante 1: Zufahrt über Kammern I. L. / Abfahrt A9
 - Variante 2: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Zmöllach
 - Variante 3: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Preßnitzgraben
- Zuwegung hauptsächlich über Autobahn, Bundes-/Landesstraße und bestehendes Forstwegenetz
- Variante 1 und 2 bereits durch Transportunternehmen geprüft
- Ab Umiadeplatz muss mit Bladelifter/SPMT transportiert werden

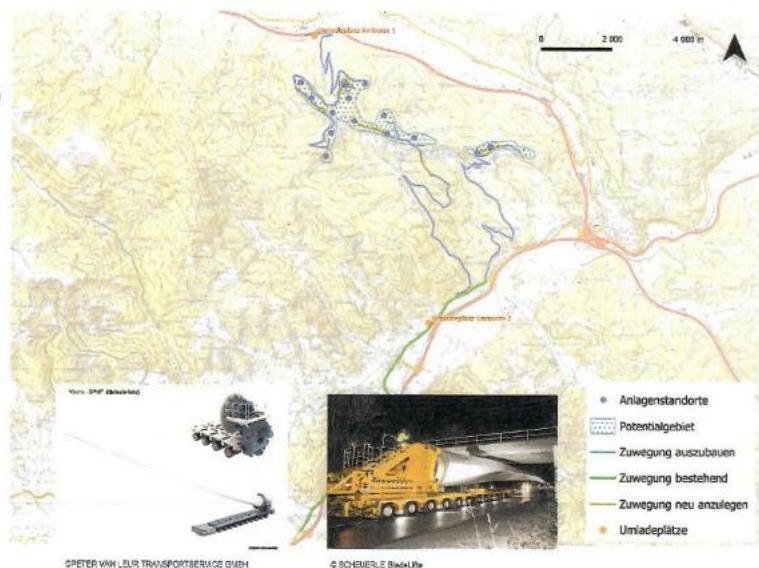


Abbildung 3: Zuwegvarianten

Befund

IBA – Important Bird Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area² (Abbildung 4). IBAs haben sich zu einem wichtigen Werkzeug der fachlichen Naturschutzarbeit entwickelt. In Europa entstanden und erstmals erprobt, werden IBAs heutzutage weltweit, einschließlich der Weltmeere, ausgewiesen. Sie bilden überall eine wesentliche Grundlage für die Identifizierung potenzieller Schutzgebiete zur Sicherung von Beständen gefährdeter und nur lokal verbreiteter Vogelarten sowie ihrer Lebensräume.³ In Österreich gibt es Stand 2009 56 IBAs. Davon sind 12% als global, 54% als regional und 34% als subregional von Bedeutung eingestuft. Das IBA „Niedere Tauern“ ist als von regionaler Bedeutung eingestuft. In der Steiermark sind sechs IBAs ausgewiesen. Der Verordnungsentwurf sieht einzig in dem IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor.

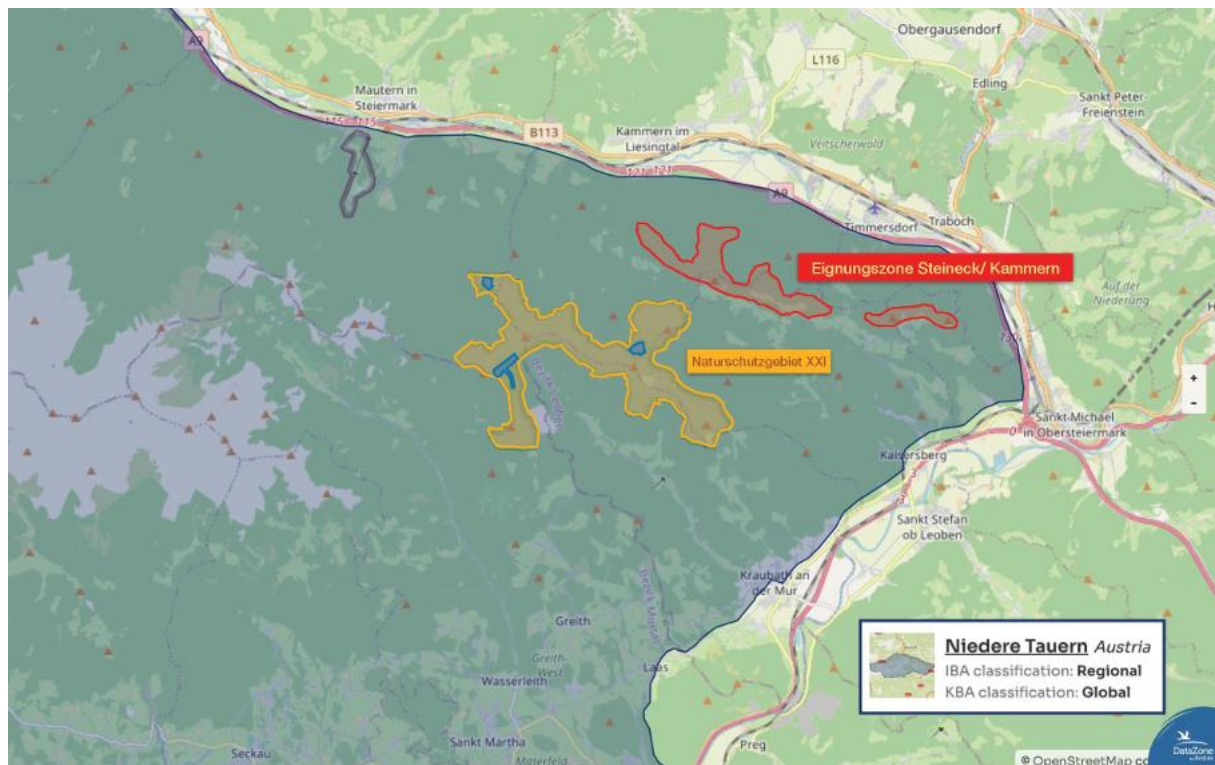


Abbildung 4: Die Lage des IBA und KBA Niedere Tauern dunkel hinterlegt, rot die designierte Eignungszone Steineck-Kammern und orange die Lage des Naturschutzgebietes XXI des Landes STMK mit seinen drei Naturwaldzellen (blau).

² Dvorak M. (Herausgeber) 2009: Important Bird Areas. Die wichtigsten Vogelschutzgebiete Österreichs. BirdLife Österreich. Verlag Naturhistorisches Museum Wien, Wien, 578 pp.

³ Loupal G. 2009 in Dvorak IBAs in Österreich.

Zu IBAs liegen sechs Urteile des EuGH vor, die hier relevant sind.

- EuGH, C-3/96, 1998
- EuGH, C-166/97, 1999
- EuGH, C-374/98, 2000
- EuGH, C-388/05, 2007
- EuGH, C-141/14, 2016
- EuGH, C-66/23, 2024

EuGH C-3/96, 1998

Aus der Rechtssache C-3/96 ergibt sich eine grundsätzliche Leitentscheidung zur Auswahl und Abgrenzung vogelschutzrelevanter Gebiete nach ornithologischen Kriterien. Der Gerichtshof hat entschieden, dass ein **Mitgliedstaat gegen die Vogelschutzrichtlinie verstößt, wenn er zu wenige oder flächenmäßig zu kleine Gebiete als besondere Schutzgebiete⁴** ausweist, obwohl nach ornithologischen Kriterien mehr bzw. größere Gebiete als geeignet erscheinen. Besonders wichtig ist, dass nach Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie die Mitgliedstaaten die **am besten geeigneten Gebiete** als Schutzgebiete ausweisen müssen. Der EuGH sagt ausdrücklich, dass diese Pflicht **nicht durch andere Schutzmaßnahmen ersetzt werden** kann. Eine weitere zentrale Aussage dieses Urteils ist, dass **wirtschaftliche** und freizeitbedingte Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht berücksichtigt werden dürfen. Der Gerichtshof hält ausdrücklich fest, dass die in Art. 2 genannten wirtschaftlichen Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht einfließen dürfen. Außerdem sagt der EuGH, dass die Mitgliedstaaten zwar einen **Beurteilungsspielraum haben, dieser sich jedoch nur auf die Anwendung ornithologischer Kriterien bezieht** – nicht darauf, ob man aus anderen Gründen auf die Ausweisung der am besten geeigneten Flächen verzichten darf. Schließlich hält das Urteil fest, dass ein wissenschaftliches IBA-Verzeichnis – im Fall das IBA 89 – zwar **nicht rechtlich verbindlich** ist, aber wegen seines wissenschaftlichen Wertes als Bezugsgrundlage verwendet werden kann, wenn keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Belege vorliegen.

EuGH C-166/97, 1999

Das Urteil betont hier zwei Hauptpflichten aus Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie:

- Es müssen **ausreichend große** Gebiete als Schutzgebiete ausgewiesen werden, wenn sie ornithologisch relevant sind.

⁴ Besonderes Schutzgebiet (BSG) ist identisch mit SPA (special protection area) und Europäischem Vogelschutzgebiet.

- Ein bereits eingerichtetes Schutzgebiet braucht einen **rechtlichen Schutzstatus**, der tatsächlich geeignet ist, die Erhaltungsziele sicherzustellen; ein bloßer Restschutz oder eine nur partielle Regelung genügt nicht.

Der Gerichtshof sagt außerdem ausdrücklich, dass sich ein Mitgliedstaat nicht auf interne Umstände oder innerstaatliche Schwierigkeiten berufen kann, um die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen zu rechtfertigen.

Für den IBA-Fall mit Windkraft-Eignungszone sind hier folgende Aspekte von Relevanz:

A. Ein bloß unzureichend gesichertes Schutzregime reicht nicht

Der EuGH verlangt für ein Vogelschutzgebiet einen **rechtlichen Schutzstatus**, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig vorkommende Zugvögel sicherzustellen. Im konkreten Fall genügte eine Regelung, die „außer im Bereich der Jagd keine konkreten Maßnahmen“ umfasste, gerade **nicht**.

Für Windkraftplanungen bedeutet das: Wenn ein Gebiet ornithologisch hochwertig ist, kann man unionsrechtliche Konflikte nicht dadurch entschärfen, dass man sich auf nur allgemeine oder schwache Schutzmechanismen verlässt.

B. Auch ein nicht ausgewiesenes Gebiet kann unionsrechtlich relevant sein

Der Gerichtshof sagt ausdrücklich, dass die Verpflichtungen aus Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie **auch dann** zu beachten sind, wenn ein Gebiet **nicht** zum Schutzgebiet erklärt wurde, **obwohl dies hätte geschehen müssen**.

C. Aber: Es muss konkret nachgewiesen werden, dass gerade dieses Areal zu den geeignetsten Gebieten gehört

Der EuGH formuliert auch die Grenze sehr klar: Ein Verstoß gegen Art. 4 Abs. 4 Satz 1 kommt nur in Betracht, wenn das betreffende Gebiet „zu den zahlen- und flächenmäßig für die Erhaltung geschützter Arten geeignetsten Gebieten“ gehört.

Wenn die Behörde in einem IBA eine Eignungszone ausweist, muss sie belastbar darlegen können, dass die konkrete Teilfläche **nicht** zu den besonders wertvollen Teilräumen gehört bzw. dass die ornithologische Konfliktlage fachlich tragfähig aufgearbeitet wurde.

D. Die bloße Aufnahme in ein Verzeichnis genügt nicht automatisch

Der EuGH sagt ausdrücklich: Die bloße Tatsache, dass ein Gebiet in ein Verzeichnis von Gebieten von Bedeutung für die Erhaltung der Vögel aufgenommen wurde, beweist nicht automatisch, dass es zwingend zum besonderen Schutzgebiet erklärt werden müsste.

Ein **IBA allein** genügt nach diesem Urteil **nicht automatisch**, um Windkraftanlagen zu verhindern.

E. Die Lage im IBA ist aber ein starkes wissenschaftliches Indiz

Auch wenn der EuGH hier sagt, dass ein Verzeichnis allein nicht automatisch alles entscheidet, hält er die fachliche ornithologische Einordnung dennoch für zentral. Das passt auch zur Rechtssache C-3-96, in der der Gerichtshof dem IBA wegen seines **wissenschaftlichen Wertes** Bedeutung als Bezugsgrundlage zuerkennt.

EuGH C-374/98, 2000

Diese Rechtssache ist für die gegenständliche Frage relevant, weil sie gerade den Fall behandelt, dass ein ornithologisch bedeutsames Gebiet **nicht** als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen wurde und zugleich ein belastendes Vorhaben im Gebiet zugelassen wurde bzw. betrieben wurde.

Der Gerichtshof hat entschieden, dass die Französische Republik gegen Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie verstoßen hat, weil sie keinen Teil des Gebiets Basses Corbières zum besonderen Schutzgebiet erklärt und zudem keine besonderen Schutzmaßnahmen mit ausreichender geografischer Ausdehnung ergriffen hat.

Der EuGH hält fest, dass in einem Gebiet, das die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet erfüllt, **besondere Schutzmaßnahmen** zu ergreifen sind, die geeignet sind, das **Überleben und die Vermehrung** der in Anhang I genannten Vogelarten sicherzustellen.

Liegt eine geplante Windkraft-Eignungszone in einer Important Bird Area und ist sie vogelschutzfachlich konfliktträchtig, so ist nach diesem EuGH-Urteil zu berücksichtigen, dass IBA-Verzeichnisse wissenschaftliche Beweismittel dafür liefern, und weiter zu prüfen, ob ein Gebiet zu den für die Erhaltung geschützter Vogelarten zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebieten gehört. Erfüllt ein Gebiet die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet, sind **besondere Schutzmaßnahmen** zu treffen, die auch hinsichtlich ihrer **geografischen Ausdehnung ausreichen**. Die fehlende formelle Ausweisung darf den Schutzstandard nicht verringern; vielmehr unterliegen solche Gebiete weiterhin Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie.

Daraus folgt:

- A) IBA sind ein starkes wissenschaftliches Beweismittel, auch wenn sie nicht rechtlich bindend sind.

- B) Schutzmaßnahmen müssen räumlich ausreichend sein, nicht nur symbolisch oder punktuell.
- C) Für nicht ausgewiesene, aber ausweisungswürdige Gebiete gilt weiter Art. 4 Abs. 4 Satz 1 Vogelschutzrichtlinie (faktisches Vogelschutzgebiet)

EuGH C-388/05, 2007

Dieses Urteil liefert eine sehr klare Aussage, dass ein Gebiet, das aufgrund seiner ornithologischen Bedeutung eigentlich als Vogelschutzgebiet hätte ausgewiesen werden müssen, nicht deshalb schlechter gestellt werden darf, weil die formale Ausweisung (noch) fehlt. Aus folgenden Gründen ist dieses Urteil hier von besonderer Relevanz:

A. Die formelle Nichtausweisung ist kein Entlastungsargument

Ein Gebiet wird nicht dadurch „freies Planungsland“, dass es zwar ein IBA ist und aus ornithologischer Sicht ausweisungswürdig wäre, jedoch noch nicht formell als Vogelschutzgebiet ausgewiesen wurde.

B. Das IBA ist ein ernstes wissenschaftliches Warnsignal

Das Urteil bestätigt, dass ein IBA kein bloßer unverbindlicher Hinweis ist, sondern ein wissenschaftlich relevantes Beweismittel für die Schutzwürdigkeit eines Gebietes.

Das heißt:

- Die Behörde muss sich **substantiiert** mit der IBA-Lage auseinandersetzen.
- Sie kann das IBA **nicht einfach ignorieren** oder nur beiläufig abtun.
- Je stärker die ornithologischen Daten sind, desto schwerer wiegt die IBA-Einstufung.

C. Verboten sind Beeinträchtigungen und erhebliche Störungen

Der EuGH stellt in diesem Urteil auf die Beeinträchtigung der Lebensräume und die Belästigung/Störung der Vögel ab.

Für Windkraft kann das — soweit fachlich nachgewiesen — insbesondere relevant sein bei:

- Lebensraumverlust durch Anlagen, Wege, Kranstellflächen, Ableitungen;
- Störung empfindlicher Brut- oder Rastvogelarten;
- Beeinträchtigung von Zug- oder Nahrungsräumen.

D. Die Behörde braucht eine besonders tragfähige Begründung für eine Positivausweisung

Wenn ein Gebiet in einem IBA liegt und als problematisch für den Vogelschutz gilt, dann ergibt sich aus dem Urteil jedenfalls eine **erhöhte Begründungslast**:

Die planende Behörde muss darlegen, weshalb die Fläche **trotz** IBA-Lage und trotz ornithologischer Konflikte als Eignungszone ausgewiesen werden soll.

E. Was das Urteil nicht sagt

Wichtig ist die Grenze des Urteils:

- Es sagt **nicht**, dass **jede** Windkraftnutzung in einem IBA automatisch unzulässig ist.
- Es sagt auch **nicht**, dass **jedes** IBA automatisch vollständig wie ein schon ausgewiesenes Schutzgebiet zu behandeln ist.

Es sagt aber sehr klar, dass ein IBA als wissenschaftlicher Maßstab ernst zu nehmen ist und dass ein ausweisungswürdiges Gebiet **vor der förmlichen Ausweisung nicht schutzlos** ist.

EuGH C-141/14, 2016

Diese Rechtssache ist eines der deutlichsten Urteile dazu, wie mit IBA-Gebieten, Windkraftprojekten und der unzureichenden Ausweisung von Schutzgebieten umzugehen ist.

Der EuGH hat hier entschieden, dass die Republik Bulgarien mehrfach gegen Unionsrecht verstoßen hat, weil sie

1. das IBA Kaliakra **nicht vollständig** in das SPA Kaliakra aufgenommen hat, obwohl die betroffenen Flächen zu den für den Vogelschutz geeigneten Gebieten gehörten,
2. die Durchführung mehrerer **Windkraftprojekte** in dem Teil des IBA Kaliakra genehmigt hat, der **nicht** als Schutzgebiet ausgewiesen war, obwohl dies hätte geschehen müssen,
3. weitere Projekte in bereits geschützten Gebieten genehmigt hat und dadurch gegen das Verschlechterungsverbot aus Art. 6 Abs. 2 der Habitatrichtlinie verstoßen hat,
4. und die **kumulativen Auswirkungen** mehrerer Windenergieprojekte nicht ordnungsgemäß geprüft hat.

Besonders relevant sind folgende Punkte:

A. Positive Standortfestlegung in einem IBA braucht eine besonders tragfähige Begründung

Wenn eine Fläche in einem IBA liegt und ornithologisch sensibel ist, darf sie nicht ohne belastbare standortbezogene Begründung als Eignungszone ausgewiesen werden. Das folgt aus der Pflicht, die **zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete** für den Vogelschutz zu sichern, und aus der Anerkennung des IBA als wissenschaftliches Beweismittel.

B. Die fehlende formelle Schutzgebietsausweisung entschärft den Konflikt nicht

Auch ein Teil eines IBA, der noch nicht als SPA ausgewiesen wurde, kann weiterhin dem Schutzmaßstab des Art. 4 Abs. 4 Vogelschutzrichtlinie unterliegen, wenn er eigentlich hätte ausgewiesen werden müssen.

C. Schon die Gefahr erheblicher Störungen reicht

Man muss nicht erst beweisen, dass die Vogelpopulationen endgültig zusammengebrochen sind. Für die rechtliche Relevanz genügt nach dem Urteil die **Wahrscheinlichkeit oder Gefahr**, dass Windkraftanlagen Habitate verschlechtern oder erhebliche Störungen verursachen.

D. Kumulative Effekte sind ein Pflichtprogramm

Eine Planung ist angreifbar, wenn sie Windkraftprojekte oder sonstige Vorhaben im Gebiet **nicht in ihrer Gesamtwirkung** berücksichtigt. Genau das beanstandet der EuGH bei Kaliakra.

Daraus folgt: Wenn eine geplante Eignungszone in einem IBA für den Vogelschutz problematisch ist, besteht eine besonders strenge Pflicht zur standortbezogenen, wissenschaftlich fundierten und kumulativen Prüfung; die fehlende formelle Ausweisung reduziert den Schutzmaßstab nicht.

EuGH C-66/23, 2024

Der Gerichtshof hat im Tenor zwei Aussagen getroffen:

1. Für jedes besondere Schutzgebiet (SPA/Europäisches Vogelschutzgebiet) müssen die Mitgliedstaaten **individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen** festlegen – und zwar **für alle** in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie genannten Vogelarten, für **regelmäßig auftretende Zugvogelarten** sowie **für ihre Lebensräume**. Der Staat darf zwar Prioritäten setzen, aber nur nach Maßgabe der Wichtigkeit der Maßnahmen für die Erhaltungsziele **aller** dieser Arten.

2. Die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen von Projekten nach der UVP-Richtlinie ändert nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatrichtlinie. Anders gesagt: Eine UVP ersetzt oder verkleinert die materiellen Naturschutzpflichten nicht.

Das Urteil betrifft nach seinem Tenor also nicht direkt ein IBA oder einen Windpark, sondern die Schutzanforderungen für besondere Schutzgebiete und das Verhältnis dieser Pflichten zu Projekt-Umweltprüfungen.

Das Urteil ist dennoch hier von besonderer Relevanz, weil ausdrücklich festgehalten wird, dass der Schutzansatz **nicht nur auf einzelne ausgewählte Arten** beschränkt werden darf. Für ein Schutzgebiet müssen Ziele und Maßnahmen **für alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

KBA – Key Biodiversity Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Key Biodiversity Area⁵ (Abbildung 4). In Österreich gibt es 57 KBAs. Davon sind nur vier (7 %) KBAs als von ausschließlich globaler Bedeutung eingestuft: unter anderem der Neusiedler See sowie die Niederen Tauern, in dem sich die geplante Eignungszone befindet.

Für das IBA/KBA Niedere Tauern gibt es unter anderem folgende Policy-Instrumente, um die Ziele zum Schutze der Artenvielfalt und insbesondere der Vögel zu erreichen:

- [Convention on Biological Diversity \(CBD\)](#)
- [Convention on Migratory Species \(CMS\)](#)
- [Memorandum of Understanding on the Conservation of Migratory Birds of Prey in Africa and Eurasia \(CMS Raptors MOU\)](#)

Mit diesen Politikinstrumenten wird indirekt auch zum Ausdruck gebracht, dass dieses Gebiet nicht nur von naturschutzfachlicher Bedeutung für die Steiermark oder Österreich ist, sondern weltweit – insbesondere für Afrika – als wichtiges Gebiet gilt.

⁵ <https://www.keybiodiversityareas.org/site/factsheet/3245>

Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone

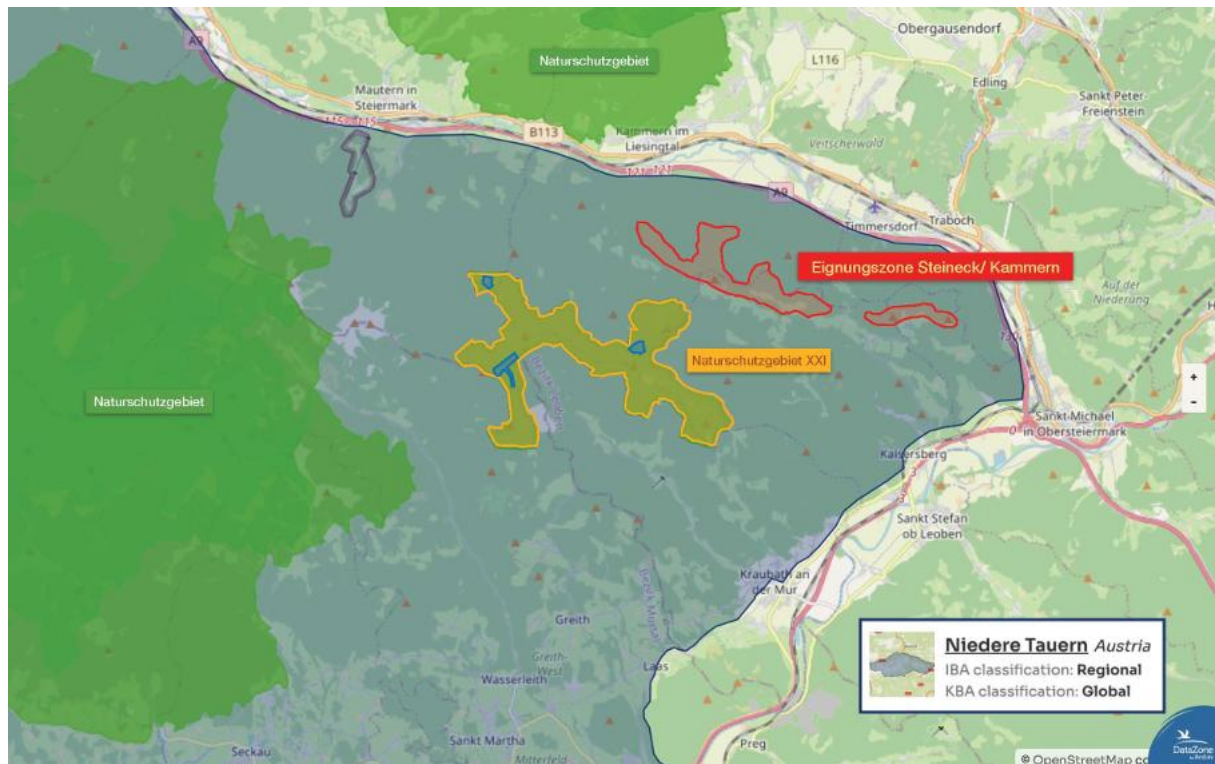


Abbildung 5: Lage der designierten Eignungszone (rot) sowie die Naturschutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) hellgrün und der FFH-Richtlinie (SCI) dunkelgrün und des NSG XXI des Landes (orange).

Vogelschutzgebiet (SPA)

Das Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ besteht in seiner gegenwärtigen Ausprägung seit 2011⁶ und seine nächste Grenze zur Eignungszone liegt etwa 7,5 km entfernt (Abbildung 5). In der entsprechenden Verordnung⁷ wird dieses SPA zum Europaschutzgebiet 38 (AT 2209000) erklärt. In § 2 wird der Schutzzweck in der Fassung des LGBL Nr. 23/2011 wie folgt definiert: Das Gebiet dient dem Schutz von Schutzgütern nach der Vogelschutz-Richtlinie und bezweckt:

- a) die Erhaltung und Wiederherstellung einer ausreichenden Vielfalt und einer ausreichenden Flächengröße der Lebensräume für die Anhang-I-Vogelarten;
- b) die Bewahrung und Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustands für die Anhang-I-Vogelarten;
- c) die Erhaltung der Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in den Wanderungsgebieten für die Zugvögel.

⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680814/74835791/>

⁷ <https://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=Lgbl&Lgblnummer=83/2006&Bundesland=Steiermark&BundeslandDefault=Steiermark&FassungVom=&SkipToDocumentPage=True>

In § 2a werden die Ziele wie folgt definiert:

- (1) Der günstige Erhaltungszustand der in der Anlage A genannten Schutzgüter ist dauerhaft zu sichern.
- (2) Im Falle einer aus naturschutzfachlichen Gründen notwendigen Prioritätenreihung der Schutzgüter kommt dem Mornellregenpfeifer (*Charadrius morinellus*) bei der Umsetzung des Schutzzwecks oberste Priorität zu.

In § 2b werden die Maßnahmen wie folgt definiert: Die Ziele sollen vorrangig im Wege des Vertragsnaturschutzes erreicht werden durch die Erhaltung und Entwicklung von

- a) zur Brut für Spechte, Kleineulen und andere Höhlenbrüter geeigneten Alt- und Totholzanteilen;
- b) standorttypischer Ufervegetation entlang der Fließgewässer und natürlicher Stillgewässer;
- c) Moorstandorten und anderen Feuchtflächen;
- d) Wiesen- und Weideflächen.

In § 2c werden folgende Verbote definiert:

Im Europaschutzgebiet sind nachstehende Handlungen verboten: 1. im Großen und Kleinen Lachtal zum Schutz des Mornellregenpfeifers im unmittelbaren Brut- und Jungenaufzuchtsbereich im Zeitraum vom 10. Mai bis 10. September a) jede ungebührliche Lärmentwicklung; b) Hunde frei laufen zu lassen, ausgenommen zur Jagdausübung oder des Einsatzes von Diensthunden der Exekutive, des Militärs und von Rettungshunden. 2. im Bereich von verorteten Steinadlerhorsten a) das Klettern im Umkreis von 300 m; b) das Hängegleiten, Paragleiten und der Einsatz sonstiger Fluggeräte im Umkreis von 500 m.

Für dieses Gebiet sind folgende Vogelarten nach der VS-RL Anhang I als Schutzgüter genannt: Bartgeier, Steinadler, Wanderfalke, Haselhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht, Blaukehlchen, Auerhuhn, Alpenschneehuhn, Mornellregenpfeifer und Birkhuhn.

Weiters sind folgende regelmäßig vorkommende Zugvögel als Schutzgüter angeführt: Baumfalke, Waldschnepfe, Feldlerche, Felsenschwalbe, Rauchschwalbe, Baumpieper, Gebirgsstelze, Heckenbraunelle, Alpenbraunelle, Steinschmätzer, Ringdrossel, Mauerläufer, Berglaubsänger, Klappergrasmücke, Ringeltaube und Mehlschwalbe.

FFH-Gebiet (SCI)

Das FFH-Gebiet „Hochlagen der östlichen Wölzer Tauern und Seckauer Alpen“ besteht seit 2006⁸ und ist als Europaschutzgebiet 39 (AT2209004) ausgewiesen. Seine nächste Grenze liegt etwa 9,5 km von der Eignungszone entfernt (Abbildung 5).

Schutzzweck ist die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands folgender Schutzgüter: ausgewählte natürliche Lebensräume und Pflanzen gemäß § 13 Abs. 3 Z 5 lit. a des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter auch acidophile, bodensaure Fichtenwälder, sowie ausgewählte prioritäre Lebensräume gemäß § 13 Abs. 3 Z 7 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter der Bürstlingsrasen.

Naturschutzgebiet XXI

Das NSG XXI des Landes Steiermark „Niedere Tauern Ostausläufer“ besteht seit 2015⁹. Es liegt 500 m von der Eignungszone entfernt (Abbildung 6).

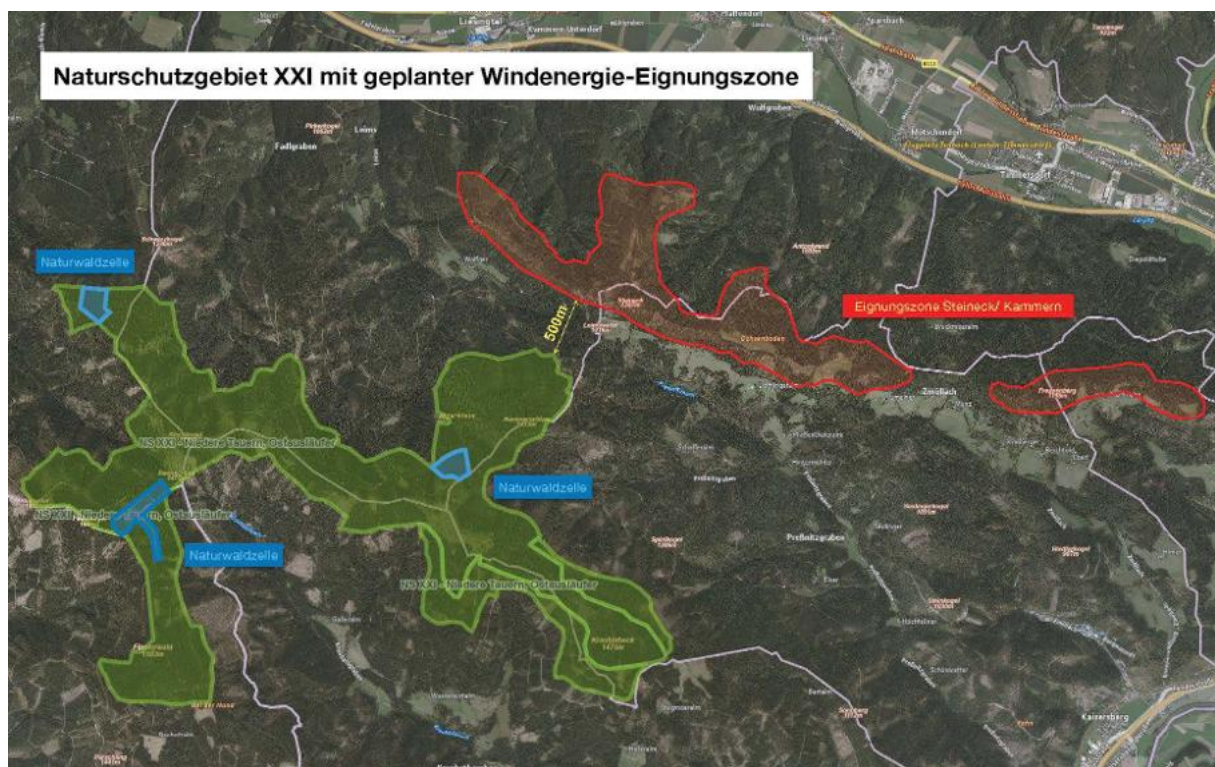


Abbildung 6: Lage der designierten Eignungszone (rot) im Bezug zum Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK (grün) mit den drei Naturwaldzellen (blau).

⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680815/74835791/>

⁹ <https://ris.bka.gv.at/eli/lgb/ST/2015/17/P1/LST40018283>

Die naturschutzfachlichen Grundlagen für das Naturschutzgebiet XXI wurden ab 2013 auf Eigeninitiative der Grundbesitzer erhoben. Nachdem der Befund außerordentlich positiv ausgefallen war, stellte das Land Steiermark das Gebiet mit einer Größe von 620 Hektar unter Naturschutz. Drei Grundbesitzer waren bereit, Naturwaldzellen einzurichten, in denen jegliche Nutzung untersagt ist, um damit einen Beitrag zur natürlichen Bergwaldentwicklung (Prozessschutz) zu leisten.

Das Amtsgutachten seitens der Naturschutzabteilung des Landes von Dr. Reinhold Turl vom 21. November 2014 beschreibt die Wertigkeit vor dem Hintergrund der das Gebiet und den Großraum betreffenden Studien wie folgt (Schreibweise original unverändert):

Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. NSchg., Befund und Gutachten

Graz, 21.11.2014

Amtsgutachten

Befund

Das gegenständliche Gebiet umfasst die Hochlagen der östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in der Obersteiermark zwischen Liesingtal im Norden und Murtal im Süden, beginnend mit der Höhe „Blutsattel“-„Feuerkogel“ im Westen mit etwa 1666 m Höhe und über die Kuppe „Hennerkogel“ mit 1533 m Höhe zum Kraubatheck leicht abfallend.

*Mit dem Höhenzug laufen die Sekauer Alpen, als Teil der niederen Tauern von den über der Waldgrenze liegenden Gipfeln und Graten Sekauer Zinken (2397 m), Schwaigerhöhe, Lamprechthöhe und Speikbichl (1878 m) mit bewaldeten Rücken zum Murr-Tal hin aus. Die östlichste, mit 1475 m Seehöhe immer noch deutlich über die Umgebung hinausragende Erhebung dieses Gebiets ist die Kuppe „Kraubatheck“. Südlich von Murtal, dem Kraubatheck gegenüber, liegt in etwa 14 km Entfernung die Berggruppe um die Gleinalpe, die mit Wildeggekogel, Speikkogel, Roßbachkogel und anderen (jeweils knapp 1800 bis 1900 m) die Höhenlagen nach Süden zu gegen die Stubalpe hin fortsetzt. Im Sattel zwischen Hennerkogel und Kraubatheck liegt im Wald die „Schwarze Lacke“ (KRANZ 2014a; Schwarzlacke in der ÖK), ein natürlicher Moorsee von etwa 4000 m² Größe. Die Schwarze Lacke ist als natürliches Gewässer gemäß Stmk NSchG als Landschaftsschutzgebiet (§ 7 Abs. 1 in Verbindung mit §6 Abs. 3-6) geschützt. Das für die Unterschutzstellung vorgesehene Gebiet ist bewaldet, wobei der Fichten-Lärchenwald auf etwa 1400-1500m Seehöhe überwiegt. Der Wald ist in den Kuppenlagen infolge Windwurf, Schneebruch und Kalamitäten aufgelichtet, zur Fichte (*Picea abies*) als Hauptbaumart treten Lärche (*Larix decidua*) und vereinzelt Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*) hinzu. Die natürliche Waldgesellschaft ist der hochmontan-tiefalpine Fichtenwald. Altholz ist kleinflächig erhalten geblieben. Inmitten jüngeren Waldes stehen zerstreut einzelne alte Fichten und Lärchen, die auf frühere Weidenutzung hinweisen, die nach unten anschließenden Hänge sind großflächig von Wirtschaftswald mittleren Alters mit einigen regelmäßigen Schlagflächen bestanden. Zur*

Unterschutzstellung sind nur die höheren Lagen des Höhenzuges oberhalb von etwa 1300m über Adria auf eine Breite von etwa 250-1.000m vorgesehen.

Außer einer Jagdhütte, Zäunen, Wegen, einem Feldaltar mit Sitzbänken, Marterln u. dgl. sowie einem Windmessmast, der befristet bewilligt ist (s. Bescheide) sowie mäßige Eingriffe der Forstwirtschaft (Forstwege, kleinflächige forstliche Nutzungen) enthält das Gebiet keine anthropogenen Einrichtungen.

Das Gebiet weist darüber hinaus eine Kette von sechs über das Steirische Jagdgesetz verordneten Wildschutzgebieten zur Hintanhaltung von Störungen der Auer- und Birkhühner zur Brut- und Aufzuchtzeit auf, des Weiteren ein Vertragsnaturschutzgebiet (BIOSEA) im Ausmaß von 500 ha zur Erhaltung und Förderung der Auer- und Birkhuhnlebensräume, stellvertretend für alle geschützten Charaktervögel des höheren und hochgelegenen Bergwaldes.

Das Gebiet ist ein Teil des IBA (Important Bird Area, Bedeutendes Vogelgebiet), und kann als solches bei Entscheiden des EuGH und des VwGH als wissenschaftliche Grundlage zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannt und herangezogen werden. Als Ausweisungsgründe für das IBA werden gemäß IBA-Kriterien die Arten Steinadler, Birkhuhn, Auerhuhn, Mornellregenpfeifer, Sperlingskauz, Raufußkauz und Dreizehenspecht angeführt (ZECHNER & SPREITZER in DVORAK 2009). Die Entfernung zum Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ als Teil des kohärenten Schutzgebietsnetzwerkes „Natura 2000“ der Europäischen Union beträgt etwa 6 km.

Die Befunde der Vorgutachter (Grünschachner-Berger 2013, Pfeifer 2013, Leitner 2013, Kranz 2014 und Kollar 2014) sind auch im gegenständlichen Befund berücksichtigt.

Gutachten:

Im zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gebiet wurden, alle vorliegenden Unterlagen zusammenfassend, 85 Vogelarten und 11 Fledermausarten angetroffen.

In der Biotopbeschreibung des Landes (Revision vom 18.9.1991) wird die ebenfalls im ggstl. Gebiet liegende „Schwarze Lacke“ unter dem Code 11.0072 (Hennerkogel (Schwarzlacke), St. Stefan) als Verlandungsmoor bezeichnet und es wird dort empfohlen, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Eine landeseigene Studie von Grünschachner-Berger (2013) weist darauf hin, dass in dem ggstl. Gebiet die Auerhuhndichte hier im Vergleich zu anderen steirischen Vorkommen überdurchschnittlich groß ist und darüber hinaus Reihe von anderen Anhang I Arten gemäß VS-RL vorkommt.

Eine weitere Studie von Kranz (2014) erwähnt das Vorkommen von 59 Vogelarten, davon 13 Anhang I Arten gemäß VS-RL, 25 Zugvogelarten und Hinweise auf eine bedeutende inneralpine Zugroute, Balzplätze bzw. Brutnachweise von Auer- und Birkhuhn, Sperlingskauz und Dreizehenspecht sowie Brutverdacht für Wespenbussard, das Vorkommen von 11 der 28 in Österreich lebenden Fledermausarten (alle streng geschützt, da Anhang IV Arten gemäß FFH-Richtlinie), potenzielle Ruhestätten von

Fledermäusen und Niststandorte von Anhang I Vögeln in 63 Baumhöhlen sowie Nester hügelbauender Ameisen im Ausmaß von mindestens 102 Kolonien.

Bezüglich der VS-RL belegen die vorliegenden Daten im Kontext der Lebensräume, Vorkommen und Dichten von Anhang I Arten in der ganzen Steiermark, dass das ggst. Gebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und überregionale Bedeutung hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehenspecht und der Sperlingskauz.

Die Bedeutung des Gebietes für die genannten Arten liegt in dessen Lage (tiefsubalpiner naturnaher Bergwald am östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in einer Höhe über 1.300 m) und im Zusammenhang mit anderen Vorkommen dieser Arten. Es ist demnach ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.

Es stellt darüber hinaus auch einen regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbevorzugende Arten wie Luchs, Braunbär und Wolf dar. Auf die Bedeutung des im ggstl. Gebiet liegenden Höhenrückens am Kraubatheck als international bedeutsamer Weitwanderwechsel von Großbrauwild (Bär, Wolf, Luchs) verweisen bereits Völk et. al (2001) und Leitner (2013).

Eine im Auftrag der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Studie (Kollar 2014) bestätigt ebenfalls, dass das Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose hinsichtlich seiner Ursprünglichkeit (Naturnähe) als ein sich deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen ist. Demnach ist die Anzahl der Vogelarten hier deutlich höher als die in den umliegenden Wirtschaftswäldern zu erwartende Artenzahl und weist die Artengemeinschaft aus Auerhuhn, Birkhuhn, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Waldschnepfe und Wespenbussard auf sehr naturnahe Lebensgrundlagen (Lebensraumtypen) hin. Dies wird auch durch die hohe Artenzahl an Fledermäusen unterstützt.

Die gutachterlichen Stellungnahmen der Vorbegutachter decken sich mit den persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen des Gefertigten zum Gebietscharakter und seiner Bedeutung für eine Vielzahl wildlebender Tiere (geschützte Arten). Die Richtigkeit der Ergebnisse der Vorbegutachter steht außer Zweifel und lässt auch zwischen den Sachverständigen keine Widersprüche erkennen.

Daher ergibt sich zusammenfassend folgende Schlussfolgerung:

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht

alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.

Eine Erklärung des Gebietes zum Naturschutzgebiet steht im Einklang mit den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Für den Fachbereich Naturschutz:

(Dr. Reinhold Turk)

Quellen:

Grünschachner-Berger, V. 2013: Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten. Gutachten im Auftrag der A 10 - Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, 29 Seiten.

Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

Kranz, A. und Toman A.. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

Leitner, H. 2013: Bedeutung des Kraubatheck als Korridor für landgebundene Großsäuger Expertise, Büro für Wildökologie und Forstwirtschaft e. U., Klagenfurt, 9 Seiten.

Völk, F., Glitzner, I. & M. Wöss, M. 2001: Kostenreduktion bei Grünbrücken durch deren rationellen Einsatz. Kriterien - Indikatoren - Mindeststandards. Erstellt im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Straßenforschung, Heft 513, Wien. 97 Seiten plus Anhang.

Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019

Im Herbst 2019 wurde das Zugvogelaufkommen im Bereich des Hennerkogels mitten im Naturschutzgebiet XXI erfasst¹⁰: Die Anzahl der Ende August am Hennerkogel beobachteten Wespenbussarde war 2,6-mal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Standorte und 1,8-mal so hoch wie der beste Standort der 30 von Linhart et al. (2018)¹¹ dokumentierten Standorte in den Alpen der Steiermark. Noch ausgeprägter war der Unterschied bei der Rohrweihe: Die Werte am Hennerkogel sind mehr als viermal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Linhart-Standorte und immerhin noch 2,3-mal so hoch wie der beste der 30 Linhart-Standorte. Ganz ähnlich sind auch die Unterschiede bei den Greif- und Großvögeln: Die Werte für Greifvögel vom Hennerkogel liegen um das 2,4-fache über dem Durchschnitt der besten 10 Standorte von Linhart sowie immer noch um 1,75-mal über dem Maximalwert.

Das bestätigt die überregionale Bedeutung dieser inneralpinen Zugvogelroute und unterstreicht die Bedeutung des Schutzgebietes im steirischen Kontext sowie die daraus resultierende Verantwortung des Landes. Die Erhebungen von 2019 bestätigten die Befunde von Kranz & Toman (2014)¹² und Kollar (2014)¹³ erneut. Außerdem sind sie ein gutes Beispiel dafür, dass eine Fokussierung auf den Herbstzug des Wespenbussards, wie in der BirdLife-Richtlinie¹⁴ vorgesehen, sehr kurz greift und den Zug anderer Greifvögel, wie hier der Rohrweihe, kaum erfasst.

Gut die Hälfte der am Gipfel des Hennerkogels (1.533 m) beobachteten Greifvögel am Zug nutzte die Thermik und kam aus dem Tal kreisend höher. Das bedeutet, sie kamen genau aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone, in der Windkraftanlagen errichtet werden könnten. Die räumliche Nähe der Eignungszone zum NSG XXI (Horizontaldistanz von 500 m) sowie die nur unwesentlich geringere Gebirgshöhe der Eignungszone (ca. 1.100 m – 1.300 m) bedeuten, dass die am Hennerkogel beobachteten Zugvögel zuvor durch den Rotorraum betroffene Lufträume fliegen würden.

¹⁰ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

¹¹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

¹² Kranz, A. und Toman A. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

¹³ Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

¹⁴ BirdLife Österreich 2016: Bewertung von Windkraftstandorten in Hinblick auf die Gefährdung von Zugvögeln: Empfehlungen zur Erhebungsmethodik und der Interpretation der Ergebnisse, 1-20.

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Dienstanweisung des Verkehrsministeriums

Die Lebensraumvernetzung ist ein entscheidendes Instrument im Biodiversitäts- und Artenschutz und wird nicht zuletzt durch das bereits bestehende Autobahn- und Schnellstraßennetz infrage gestellt. Der erforderliche Nachrüstungsbedarf wurde 2001 formuliert, und die Priorisierungen erfolgten 2005. Daraus resultierte 2006 eine Dienstanweisung des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Technologie und Innovation, die die Nachrüstung von 20 Grünbrücken bis 2027 vorschreibt. Eine dieser 20 Grünbrücken ist für die S36 in der Gemeinde Kraubath zur Absicherung des Koralm-Korridors vorgesehen und befindet sich derzeit in Umsetzung (S. Neidhart (ASFINAG), pers. Mitt.).

In der Dienstanweisung werden folgende internationale Verpflichtungen als rechtliche Basis für diese Nachrüstung angeführt, und diese sind auch alle für das Land Steiermark maßgebend, was hier durch die Nennung der jeweiligen Internetquellen des Amtes der STMK-Landesregierung zum Ausdruck gebracht wird.

- FFH-Richtlinie 92/43/EWG Anhang II und Anhang IV
- Weltcharta für die Natur der Vereinten Nationen (1982)¹⁵
- Bonner Konvention (1972)¹⁶
- Berner Konvention (1983; BGBl. Nr. 372/1983 i.d.g.F.)¹⁷
- Alpenkonvention (1991) mit dem Protokoll Naturschutz und Landschaftspflege¹⁸
- Biodiversitätskonvention (1991; BGBl. Nr. 213/1995)¹⁹
- UNEP (Rio 1992, Addis Abeba 2004) und IUCN (Amman 2000) sowie daraus abgeleitet die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie²⁰
- Naturschutzgesetze und Jagdgesetze sowie Tierartenschutzverordnungen der Länder

Der genau hier erforderliche Nachrüstungsbedarf ist seit über 20 Jahren bekannt und hat auch Eingang in die Konzepte und Planungen der Steiermark gefunden, z. B. im Waldentwicklungsplan.

¹⁵ Resolution A/RES/37/7 <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326193120phpYJ8KrU.pdf>

¹⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398603/DE/>

¹⁷ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74838150/DE/>

¹⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123920802/DE/>

¹⁹ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398477/DE/>

²⁰ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>

Waldentwicklungsplan

Der aktuelle Waldentwicklungsplan von 2013²¹ spricht nicht nur von einem Nord-Süd-Korridor (dem Koralm-Korridor), sondern auch von einem Ostalpen-Ost-West-Korridor und begründet die Notwendigkeit der Erhaltung folgendermaßen:

Die vielfältigen Formen menschlicher Landnutzung haben in den vergangenen Jahrzehnten die Populationen wildlebender Tiere zunehmend negativ beeinflusst. Zunehmende Zersiedlung, Freizeitnutzung, Landwirtschaft und Tourismus sowie wachsende Verkehrs- und Energieinfrastrukturen zerschneiden natürliche Habitate in isolierte Lebensrauminselfen und schränken die Wanderbewegungen migrierender Arten ein. Nahrungsbeschaffung, Fortpflanzung und genetische Vielfalt werden beeinträchtigt. Der Klimawandel mit einhergehender Temperaturerwärmung in den Alpen erschwert das Aufrechterhalten der Lebensraumvernetzung durch das Ausweichen der Tiere in höhere Lagen. Global gesehen gilt die Zerschneidung von Lebensräumen als eine der stärksten Bedrohungen für die Erhaltung der Biodiversität. Vernetzte, zusammenhängende Lebensräume mit einer gewissen Mindestgröße bilden die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Ökosystem. Sie ermöglichen genetischen Austausch und Artenvielfalt gleichermaßen, wie sie Isolationseffekte und damit wenig stabile Inselfpopulationen verhindern. Gleichzeitig garantieren sie fortpflanzungsfähige Individuen und eine geringere Mortalitätsrate bei Wildtieren, indem sie die Zahl der Verkehrsoffer verringern.

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU)

Eine im Auftrag der Abteilung 10 des Landes Steiermark von der Universität für Bodenkultur Wien durchgeführte Studie²² modelliert unter anderem die Lebensraumeignung der gesamten Steiermark für das Auerhuhn und kommt 2025 für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern zu dem Schluss, dass hier die höchste Eignungsstufe (grüne Rasterzellen) vorliegt (Abbildung 7) und auch als Aufzuchtort attraktiv ist, wie der Nachweis einer Henne zur Brutzeit im Mai 2026 belegt (Abbildung 8). Überdies stellt der von der Eignungszone betroffene Höhenrücken die östlichste Ausdehnung und damit die nächste Verbindung zum südöstlich der Mur gelegenen Gebirgsstock der Gleinalm dar. Damit wird offensichtlich, dass auch für diese Waldhuhnart das Gebiet der Eignungszone eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen mit dem östlichen Randgebirge hat.

²¹https://www.agrar.steiermark.at/cms/dokumente/10431751_12978244/ae7d80f9/WEP_Murtal_gesamt.pdf

²² Zohmann-Neuberger M., Fuchs L. & Lunt F. 2025: Modellierung der Lebensräume für Birkhuhn, Auerhuhn und Alpenschneehuhn in der Steiermark. Bericht an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung Abt. 10 (25 Seiten).

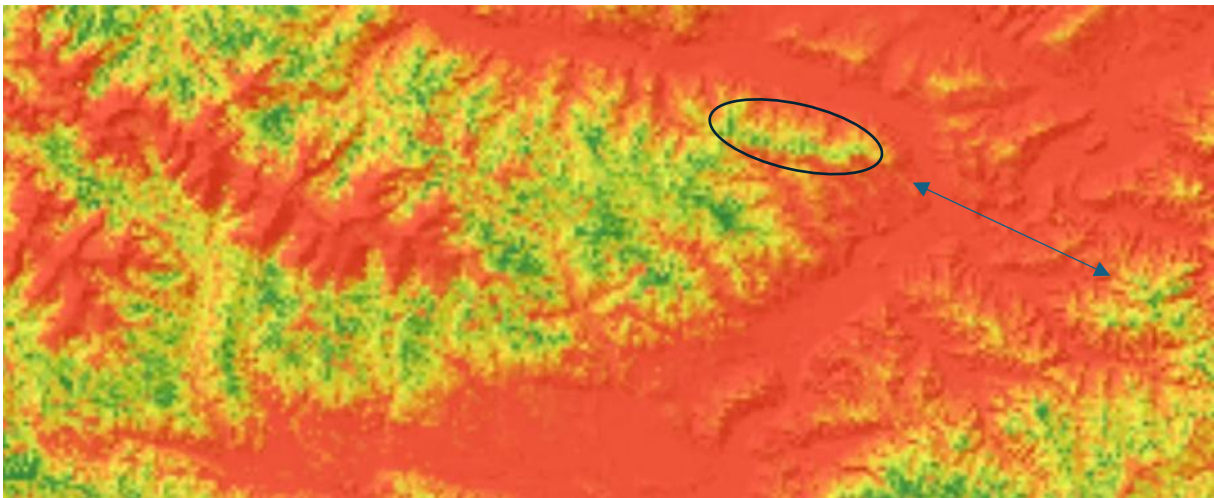


Abbildung 7: Lebensraumeignung für das Auerhuhn laut Modellierung Zohmann-Neuberger et al. (BOKU) 2025; grüne Rasterzellen weisen die höchste Habitategnung aus; die Ellipse beschreibt die Lage der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern) und der Pfeil verweist auf die kürzeste Entfernung zwischen Lebensräumen höchster Eignung beiderseits des Murtales und damit auf die Brückenkopffunktion der Eignungszone für die Vernetzung von Auerhuhnvorkommen.



Abbildung 8: Auerhenne und Haselhenne (beide Anhang I, VSR) in der Eignungszone Steineck-Kammern Mai 2026



Abbildung 9: Junguhu im Horst (Foto Luber, 31.05.2026) und Gewöllrest des Uhus (Anhang I VSR) knapp nördlich der Eignungszone im Mai 2026

Lokalaugenscheine 2026

Eigene Lokalaugenscheine im April und Mai 2026 in der Eignungszone haben mehrere **Haselhuhn**paare (Abbildung 8) nachgewiesen, eine ebenfalls sensible, aber wenig erforschte und weder durch Monitoring noch durch Modellierung erfasste Anhang-I-Raufußhuhnart der Steiermark. Damit ist belegt, dass in der Eignungszone Jungenaufzuchträume liegen, was im Hinblick auf die Schutzverpflichtungen laut Vogelschutzrichtlinie von Relevanz ist (Vogelrichtlinie, Artikel 5 (d)). Bei spätabendlichen Beobachtungen am Steineck wurden wiederholt **Waldschnepfen** beim typischen Balzflug beobachtet. Diese Vogelarten weisen vergleichsweise leise Revier- und Balzgesänge auf und sind daher gegenüber Umgebungslärm empfindlich. Knapp nördlich der Eignungszone wurden zahlreiche Rupfungsfunde und Gewölle des **Uhus** gefunden (Abbildung 9), und am 31. Mai wurde vom Ornithologen Peter Luber ein Jungvogel bestätigt (Abbildung 9). Der Horst liegt etwa 700 m von der Eignungszone entfernt.

Das Gebiet der Eignungszone und seine unmittelbare Umgebung (500-m-Puffer) weisen eine bemerkenswerte enge Verzahnung naturschutzfachlich wertvoller Lebensräume auf: a) sehr naturnahe Wälder in steiler Berghanglage (Abbildung 10), b) extensive Weiden, einschließlich geschützter Pflanzen wie der Trollblume und diverser Orchideen (Abbildung 11), mit langen Randlinien zum bewaldeten Umland und Waldinseln, c) zahlreiche solitäre Laubbäume (Abbildung 12) mit Baumhöhlen für nistende Vögel, d) Quellmoore, Rinnsale und Nassstellen.

Damit weist das Gebiet eine überdurchschnittlich **hohe Habitateverfügbarkeit** für eine Vielzahl botanischer Artengruppen auf, insbesondere für geschützte und seltene Pflanzen an Nass- und Trockenstandorten sowie für extensiv bewirtschaftete, nicht überdüngte Weiden.

Zoologisch ist das Gebiet für spezialisierte Insekten, die auf diese Sonderstandorte angewiesen sind, besonders attraktiv. Daraus folgt, über die Nahrungskette, ein hoher Wert des Gebietes für insektenfressende Vögel (u.a. Spechte wie der **Schwarzspecht** (Abbildung 13), **Grauspecht**, **Grünspecht** (Abbildung 14) und **Weißrückenspecht** (Abbildung 15), **Baumfalke** und **Wiedehopf**) sowie für Fledermäuse und Raubvögel (**Sperber** (Abbildung 15), **Turmfalke**) und Eulen (**Sperlingskauz**), die sich in ihrer Nahrung auf Kleinvögel und Kleinsäuger spezialisiert haben und im Gebiet nachweisbar sind.



Abbildung 10: Naturnaher Bergmischwald am Steilhang am Rande der designierten Eignungszone



Abbildung 11: Trollblume und Knabenkraut-Orchidee in der Eignungszone 2016



Abbildung 12: Solitärer Bergahorn links und solitäre Rotbuche auf Weide in der Eignungszone 2026



Abbildung 13: Schwarzspecht (Anhang I, VSR) an der Bruthöhle, Eignungszone 2016.



Abbildung 14: Grünspecht und Grauspecht (Anhang I-Art) in der Eignungszone 2026



Abbildung 15: Sperber mit von ihm erbeutetem Dreizehenspecht (Anhang-I-Art VSR) in der geplanten Eignungszone 2026

Die Vogelschutzrichtlinie²³ führt in Artikel 4 aus, dass für die in Anhang I der Richtlinie explizit genannten Vogelarten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden sind.

Im Gebiet der geplanten Eignungszone betrifft dies folgende 10 Arten, die hier als Brutvögel vorkommen:

- Wespenbussard
- Haselhuhn
- Auerhuhn
- Uhu
- Sperlingskauz
- Raufußkauz
- Grauspecht
- Schwarzspecht
- Dreizehenspecht
- Heidelerche

²³ Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten

Für drei weitere Anhang-I-Arten ist die Präsenz in der Eignungszone gegeben, eine Brut ist möglich, aber bislang nicht bestätigt:

- Schwarzstorch
- Steinadler
- Wanderfalke

Die hier anzutreffende Gemengelage (Abbildung 16 und Abbildung 17) aus sehr naturnahen und unzugänglichen Waldbereichen, langen Waldrändern und artenreichen Wiesen weist das Gebiet auch als potenziellen **Wildkatzenlebensraum** aus²⁴ (bislang wurde hierzu kein Monitoring durchgeführt).



Abbildung 16: Blick von der Schafferalm nach Norden auf die geplante Eignungszone östlich des Steinecks



Abbildung 17: Blick auf die Eignungszone entlang des Höhenrückens östlich vom Steineck

²⁴ Kranz, A. & Mateos González, F. 2026: Wildkatzenforschung – Studie zur Habitatnutzung der Europäischen Wildkatze im Gebiet des Nationalparks Thayatal. Endbericht, 47 Seiten.

Naturerfahrung durch sanften Tourismus

Der Höhenrücken vom Steineck ostwärts und das südlich angrenzende, von Weideflächen, Waldinseln und markanten Einzelbäumen geprägte Tal des Preßnitzgrabens haben einen besonderen Reiz für Erholungssuchende. Das Gebiet weist bislang keinerlei Beeinträchtigung durch Überlandleitungen, größere asphaltierte Straßen, Steinbrüche oder andere anthropogene Eingriffe auf. Das Gebiet ist vom Lärm des Mur- und Liesingtales völlig abgeschirmt. Die gut frequentierten Wanderwege und die zahlreichen Bänke entlang dieser Wege belegen, dass das Gebiet von Erholungssuchenden sehr gerne genutzt wird.



Abbildung 18: Gut frequentierte Wanderwege und Bänke für Erholungssuchende verweisen darauf, dass das Gebiet wegen seiner landschaftlichen Schönheit sehr geschätzt wird.

Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb

Um dem aktuellen Stand der Wissenschaft Genüge zu tun, wird hier auf eine erst im Mai 2026²⁵ veröffentlichte Studie verwiesen. Sie bietet demnach den aktuellsten Überblick über Maßnahmen zur Verringerung der Mortalität vor allem von Vögeln und Fledermäusen in den Umgebungen von Windkraftwerken. Die dargestellten Erkenntnisse stammen aus der Fachliteratur, wissenschaftlichen Artikeln, internationalen Methoden und Fallstudien, insbesondere aus europäischen Ländern, aber auch aus den USA:

Im Falle von Windkraftanlagen stellt das Sterben wildlebender Tiere, insbesondere von Vögeln und Fledermäusen, aus Sicht des Naturschutzes ein erhebliches Problem dar. Dies geschieht zum einen durch direkte Kollisionen mit den rotierenden Teilen der Turbine, bei Fledermäusen zudem durch sogenanntes Barotrauma, d. h.

²⁵ Amador C. et al 2026: <https://bibliografie.nature.cz/soubor/XvA2QaXwxQ7foQ1C>

Gewebeschäden, die durch plötzliche Luftdruckänderungen in der Umgebung des Rotors verursacht werden.

Neben der direkten Sterblichkeit von Vögeln und Fledermäusen können Windkraftanlagen auch andere Tiergruppen beeinträchtigen. Der Bau von Turbinen, Zufahrtsstraßen und der dazugehörigen Infrastruktur kann zu einer Fragmentierung des Lebensraums, einer Beeinträchtigung der Migrationsdurchlässigkeit der Landschaft sowie zum Verlust oder zur Einschränkung geeigneter Lebensräume führen. Diese Auswirkungen können unter anderem bei Arten, die ausgedehnte Gebiete nutzen oder über größere Entfernungen wandern, wie beispielsweise bei Großbrautieren, erheblich sein. Eine bedeutende Rolle kann auch der Störungseffekt während des Baus und des Betriebs der Kraftwerke spielen, der dazu führt, dass Tiere bestimmte Standorte meiden oder ihr räumliches Verhalten ändern.

Nachfolgend sind die wichtigsten Maßnahmen zur Minderung der negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf gefährdete Arten aufgeführt:

1. Die Standortwahl vor Baubeginn bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Maßnahmen zur Auswirkungsminderung. **Ziel sollte es sein, sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore und Nistgebiete empfindlicher Arten zu meiden. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu ungeeigneten Anlagen um mehrere Größenordnungen senken und gleichzeitig helfen, zusätzliche Kosten für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden, die bei einer ungeeigneten Standortwahl erforderlich wären.**

2. Wenn der Bau eines Kraftwerks bestimmte wildlebende Tiere gefährdet, können sogenannte Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen werden, um das Risiko ihrer Verletzung oder ihres Todes zu verringern.

2.1. Zur Verringerung der Fledermaussterblichkeit erweisen sich Betriebsbeschränkungen bei niedrigeren Windgeschwindigkeiten, die sogenannte Cut-in-Speed (d. h. die Turbinen werden erst bei höheren Windgeschwindigkeiten in Betrieb genommen, wenn die Aktivität der Fledermäuse abnimmt), oder saisonale Stilllegungen (z. B. das Abschalten der Turbinen während der Fledermaus-Wanderungszeit) als die wirksamsten Maßnahmen. Eine effektiv eingestellte Betriebsbeschränkung senkt die Sterblichkeitsrate um 60 bis 85 %. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf 0,5 bis 3 % der jährlichen Energieproduktion geschätzt. Zu den ausgefeilteren Ansätzen gehört der Einsatz prädiktiver automatischer Algorithmen, die Temperatur, Windgeschwindigkeit und Wetterdaten in Echtzeit einbeziehen, sodass eine Betriebsbeschränkung nur dann erfolgt, wenn die Bedingungen für eine hohe Fledermausaktivität gegeben sind. Eine weitere Schutzmaßnahme für diese Tiergruppe sind akustische Abschreckvorrichtungen. Bisherigen Studien zufolge weisen diese jedoch eine

schwankende Wirksamkeit auf, die vom Artenspektrum der Fledermäuse und den konkreten Bedingungen abhängt. Diese Maßnahme wird daher nicht als vollwertige Alternative zur Einschränkung des Turbinenbetriebs angesehen.

2.2. Bei Vögeln kommen Kamerasysteme zum Einsatz, die künstliche Intelligenz nutzen, um sich nähernde Vögel zu identifizieren, und die Turbinen innerhalb von 35 bis 43 Sekunden automatisch abschalten. Feldstudien belegen eine Verringerung der Sterblichkeit von Steinadlern, Seeadlern und Geiern um 50 bis 85 % in Anlagen, die diese Systeme einsetzen. Die Erkennungstechnologien stoßen jedoch auf erhebliche Einschränkungen. Kleinere, schneller fliegende Arten werden möglicherweise nicht in ausreichender Entfernung erkannt, um eine wirksame Reaktion zu ermöglichen. Erkennungssysteme funktionieren daher am besten bei großen Raubvögeln in Gebieten mit bekannt hohem Kollisionsrisiko, sollten jedoch nicht als universelle Lösung angesehen werden. Eine weitere Schutzmaßnahme für Vögel kann der Einsatz von visuellen Sichtbarkeitshilfen sein, wie z. B. das Bemalen von Rotorblättern. Es gibt nicht viele Studien zu dieser Maßnahme, und die Ergebnisse sind unterschiedlich. In Smøla (Norwegen) reduzierte das Bemalen eines Rotorblatts mit schwarzer Farbe die Vogelsterblichkeit um 70 %, wahrscheinlich aufgrund der verbesserten Sichtbarkeit des Rotorblatts. Versuche in den Niederlanden ergaben jedoch keine Wirkung, wahrscheinlich aufgrund optischer Unterschiede im Hintergrund des Rotors (Farbe des Himmels) oder einer unterschiedlichen Artenzusammensetzung. In Südafrika senkten Rotorblätter mit roten Streifen die Sterblichkeit von Raubvögeln um bis zu 86 %.

Verhandlungen über die Koexistenz

Konflikte wegen des Naturschutzes sind allgegenwärtig und beschränken sich nicht auf Konflikttierarten wie Wolf und Tiger, sie ergeben sich auch aus unterschiedlichen Nutzungsansprüchen auf Gebiete. Im gegenständlichen Fall konkurrieren Ansprüche des Naturschutzes und der Energiegewinnung aus der Windkraft um eine Fläche. Der professionelle Umgang mit solchen Konflikten, deren Abmilderung auf ein für alle Seiten akzeptables Maß und die daraus abzuleitende Koexistenz sind vergleichsweise junge Disziplinen im Arten-, Biodiversitäts- und Naturschutz (<https://www.hwctf.org/>). Mit fortschreitender und intensiver multipler Nutzung des Raums zu menschlichen Zwecken ist in dieser Disziplin ein ganz zentrales Instrument des Naturschutzes der Zukunft zu sehen.

Im gegenständlichen Fall haben sich vor über 10 Jahren Grundbesitzer im Nahbereich der designierten Eignungszone dazu entschlossen, auf ihrem Grund und Boden dem Naturschutz den Vorrang gegenüber der Energiegewinnung aus Windkraft einzuräumen.

Sie sehen nun ihre Bemühungen u. a. zur Sicherung eines überregional bedeutsamen Zugvogelkorridors gefährdet.

Viele der Grundbesitzer und Anrainer der designierten Eignungszone wurden erst unmittelbar vor oder durch die Veröffentlichung des gegenständlichen Verordnungsentwurfs darüber informiert, dass hier nicht nur eine Eignungszone ausgeschieden werden soll, sondern dass auch konkrete Pläne für die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen seit Jahren vorliegen und entsprechende Vorerhebungen laufen.

Die professionelle Konfliktforschung weist darauf hin, dass bei der Planung alle betroffenen Parteien gleichermaßen zu informieren sind. Diese Wissenschaft macht auch unmissverständlich klar, dass es zu erheblichen Kosten führt, wenn man allfällige Konflikte ignoriert. Fairness und die Hebelwirkung von Macht (auch, aber nicht nur, über Politik und Behörden) sind weitere wesentliche Elemente, die für eine nachhaltige Koexistenz unerlässlich sind.²⁶

²⁶ Zimmermann A & McQuinn B 2026. Negotiating coexistence. The art and science of resolving conflicts in conservation. Oxford University Press. 132 Seiten.

Gutachten

Koexistenz und Konflikt

Sachprogramme wie das Gegenständliche zur Windenergie sollten anhand objektiver Kriterien und unter fairer Gleichbehandlung aller Stakeholder Konflikte im Vorfeld verhindern oder zumindest minimieren. Im Falle der designierten Eignungszone Steineck-Kammern ist dies offensichtlich nicht gelungen, wie die Bemühungen der Bürgerinitiative Kammern im Liesingtal nahelegen.

Bürger der betroffenen Gemeinden, insbesondere aber direkt von der designierten Eignungszone betroffene Grundeigentümer und unmittelbar betroffene Anrainer, haben erst jüngst von den Planungen des Landes erfahren.

Im Gegensatz dazu arbeitet das Land seit Jahren mit potenziellen Projektwerbern intensiv zusammen. Aus den der Gemeinde Kammern zur Verfügung gestellten Unterlagen geht hervor, dass unterschiedliche Vorarbeiten bereits seit Jahren im Gange sind, und die konkrete Planung für die Errichtung von Windkraftanlagen ist weit fortgeschritten.

Im gegenständlichen Fall hat dieser Konflikt eine ausgesprochene Naturschutzdimension; erstens wegen der Grundbesitzer, die sich aktiv in das Naturschutzgebiet XXI eingebracht haben, und zweitens wegen jener Grundbesitzer in der designierten Eignungszone, die dort seit Jahren wirtschaftlich im sanften Naturtourismus tätig sind, der mit Windkraftanlagen absolut unvereinbar wäre.

Offensichtlich liegt hier keine faire Gleichbehandlung der Betroffenen vor. Seitens des Landes bzw. der mit ihnen kooperierenden Projektwerber ist man dabei, seine Macht auszunutzen und in die Falle der „Gewinner-Verlierer“-Denkweise zu geraten. Dies untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Verwaltung und führt à la longue zu einer Vertiefung und Institutionalisierung des Konflikts mit **absehbar negativen Rückkopplungseffekten**.

Vermeidung negativer Auswirkungen

Es liegt nicht im Rahmen dieses Gutachtens, Maßnahmen zur Vermeidung umfassend zu diskutieren. Die Ausführungen zur Vermeidung negativer Auswirkungen im Befundkapitel betreffen nur die Betriebsphase, fokussieren sich auf die Vermeidung von artenschutzrelevanten Tötungen und behandeln die Raufußhuhnproblematik nicht, da sie für Tschechien nicht relevant ist.

Sie wurden von der tschechischen Naturschutzbehörde erstellt und sind ein gutes Beispiel dafür, wie mit der Problematik negativer Auswirkungen auf den Artenschutz umgegangen werden kann. Sie stammen aus einem Land, in dem die Errichtung von Windkraftanlagen noch am Anfang steht.

Die tschechische Behörde bringt hier unmissverständlich zum Ausdruck, dass die **Standortwahl die effektivste und zugleich kosteneffizienteste** Herangehensweise ist, um negative Auswirkungen auf die Tierwelt zu verhindern und Konflikte mit dem Artenschutz zu vermeiden.

Die Standortwahl bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Minderungsmaßnahmen. Die Vermeidung von Standorten in Schutzgebieten, bekannten Migrationskorridoren und Brutgebieten von Greifvögeln, Eulen und Raufußhühnern beugt Konflikten vor, noch bevor der Bau beginnt. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu schlecht gelegenen Anlagen um ein Vielfaches reduzieren, was sie zur kosteneffizientesten Minderungsstrategie macht.

Daraus folgt ohne weitere Einschränkung, dass **das Gebiet hier nicht als Eignungszone für Windkraftanlagen in Frage kommt.**

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende

Die nahegelegenen Täler der Mur und Liesing sind durch verschiedene Infrastruktureinrichtungen stark belastet, und dies gilt insbesondere für den dicht bebauten Siedlungsraum zwischen St. Michael und Bruck an der Mur. Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Naturerlebnissen, das sie hier quasi vor der Haustür in einem versteckten Graben und angrenzenden Höhenrücken finden; anhand der KFZ-Kennzeichen (Wien, Graz und Umland dieser Städte) an den Parkplätzen im Graben wird allerdings schnell ersichtlich, dass das Gebiet auch überregional bekannt und beliebt ist. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil das Gebiet landschaftlich besonders reizvoll ist und durch die solitären Laubbäume einen besonderen Charakter erhält, der in dieser Art erst wieder in den Schachten des Nationalparks Bayerischer Wald²⁷ zu erleben ist.

Naturerlebnis ist nicht nur ein Grundbedürfnis urban geprägter Mitteleuropäer, sondern auch eine Grundvoraussetzung für den Naturschutz. Vergraut man den Menschen hier die Erholung durch einen Windpark, hat dies zumindest mittelbare negative Auswirkungen auf den Naturschutz, das Verständnis für Rücksichtnahme, die Ausweisung von Schutzgebieten und die Investition in Querungshilfen wie jene über die S36 bei Kraubath. Und umgekehrt: Werden hier keine Windkraftanlagen gebaut, kann hier besonders erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz sowie für eine

²⁷ https://pages.et4.de/de/nationalpark-bayerischerwald/streaming/detail/POI/p_100037550/hochschachten

maßvolle und nachvollziehbare Energiestrategie und -planung des Landes betrieben werden. Sanfter Tourismus ist, wie hier besonders schön zu sehen, untrennbar mit Naturschutz verbunden.

Aus der hier seit Jahrzehnten gelungenen Symbiose und Synthese von sanftem Tourismus und gelebtem, wenn auch nicht verordnetem Naturschutz folgt zwangsläufig, **dass das Gebiet mit einer Eignungszone für Windkraftanlagen unvereinbar ist.**

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Die Kammlage rund um das Steineck und östlich davon weist eine enge Verzahnung von Wald- und Weidestandorten auf. Diese historisch gewachsene Kulturlandschaft hat auch für Erholungssuchende ihren besonderen Reiz; naturschutzfachlich herausragend ist jedoch die daraus resultierende Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen.

Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 macht den hohen Wert des Gebietes für das Auerhuhn im Kontext der gesamten Steiermark deutlich. Daraus ergibt sich auch die strategische Lage als Brückenkopf zur Vernetzung benachbarter Vorkommen, der räumlich festgelegt ist; die Tiere können nicht nach Süden ausweichen, ohne dabei den Korridor zu verlassen. Unter anderem deshalb wird damit die Eignungszone zum faktischen Vogelschutzgebiet im Sinne der EuGH-Urteile.

In nur wenigen Lokalaugenscheinen im Mai 2026 wurden zweifelsfreie Hinweise auf Brutnachweise von 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie gefunden. Ihr Vorkommen verdeutlicht, dass das Gebiet in seiner Lage und Ausformung für die Vögel sehr wertvoll ist.

In Artikel 4 dieser Richtlinie heißt es ausdrücklich, dass besondere Schutzmaßnahmen für die Lebensräume der Anhang-I-Arten anzuwenden sind.

Als besondere Schutzmaßnahmen sind jedenfalls nicht Maßnahmen zu verstehen, die gravierende Auswirkungen der Windkraftanlagen samt ihren Zuwegungen und Ableitungen reduzieren oder Habitatverbesserungen in einem ohnehin hochwertigen Lebensraum vorschreiben. Besonderer Schutz bedeutet zuallererst, das Gebiet von technischen Großprojekten zu verschonen.

Das Gebiet der Steineck-Kammern ist daher **für eine Eignungszone nach der gegenständlichen Verordnung des Landes nicht geeignet.**

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Wie aus Plänen und Dienstanweisungen von Bund und Land hervorgeht, ist bekannt, dass im Großraum der designierten Eignungszone ein überregional bedeutsamer Korridor für terrestrische Wirbeltiere verläuft. Der Bund veranlasst die ASFINAG AG zu einer nicht unerheblichen Investition durch die Nachrüstung einer Wildquerungshilfe

über die S36 bei Kraubath. Die östlichen Ausläufer der Niederen Tauern sind der Bereich, in dem sich die Wildtiere der Murtalquerung annähern, dieser Bereich wird auch zum Warteraum, bevor die Querung erfolgt; in diesem Warteraum befindet sich die designierte Eignungszone, die darauf angelegt ist, die Errichtung partout solcher technischer Großprojekte in diesen Raum zu lenken. Gerade im Frühstadium der strategischen Planung zukünftiger Windparks sollten derartige sensible Bereiche als Windkraft-Ausschlusszonen definiert werden, um den schon viel länger formulierten Zielen der Gesellschaft zu entsprechen. **Die Verordnung einer Eignungszone für die Windkraftnutzung ist in diesem Gebiet daher unangebracht.**

Überregional bedeutsame Zugvogelroute

Die im Bereich der designierten Eignungszone verlaufende Zugvogelroute ist in der Steiermark von beispielloser Bedeutung, und deren Missachtung hat unmittelbare Implikationen für zahlreiche internationale Verpflichtungen und erscheint vor dem Hintergrund der angeführten EuGH-Urteile höchst problematisch. Die Studie Kranz et al, (2024)²⁸ belegt, dass das Zugvogelaufkommen hier höher ist als an 20 anderen landesweit im Auftrag des Landes untersuchten Studie²⁹. Damit ist klar, dass es sich hier um eines der besten geeigneten Gebiete handelt, die gemäß EuGH C-3/96 als SPA auszuweisen wären und jedenfalls wie ein faktisches Vogelschutzgebiet zu behandeln sind

Sachprogramme wie jenes für die Windkraft hätten genau die Aufgabe, auf solche Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen. An dieser Stelle darf nochmals auf die Herangehensweise der tschechischen Naturschutzbehörde verwiesen werden, nämlich darauf, dass eine saubere Planung besser ist als alle dann getroffenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen; darüber hinaus wäre dies deutlich kosteneffizienter.

Die hier verlaufende international bedeutsame Zugvogelroute erfordert daher, **das Gebiet großflächig als Ausschlusszone für Windkraftanlagen zu definieren.**

Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI

Die Nähe des landeseigenen Naturschutzgebiets ist erschreckend, und die Befundlage seitens des Amtssachverständigen des Landes wiegt schwer. Am Herbstzug müssen die Zugvögel zuerst durch den mit Rotoren gespickten Luftraum fliegen, nicht selten

²⁸ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

²⁹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

kreisend, um dort am Hang die Thermik zu nutzen, um dann das für sie vorgesehene Naturschutzgebiet zu erreichen.

Es ist unverständlich, warum in einem strategischen Planungsprozess des Landes eine Windpark-Eignungszone partout in den funktionalen Wirkraum eines von ihm selbst ausgewiesenen Naturschutzgebietes stellen will.

Im gegenwärtigen Stadium einer langfristigen Weichenstellung, in der künftig in der Steiermark erneuerbare Energien durch Windkraft erzeugt werden sollen, ist die Umgebung dieses Naturschutzgebiets zweifelsfrei **als Ausschlusszone auszuweisen**.

Key Biodiversity Area

Die designierte Eignungszone liegt vollständig in einem Schlüsselgebiet der Artenvielfalt von globaler Relevanz. In ganz Österreich gibt es von derart eingestuft Gebieten nur vier und in eines davon will das **Land Steiermark ohne Not und Grund die Errichtung von Windkraftanlagen lenken?**

IBA und SPA

Die designierte Eignungszone ist von BirdLife als Important Bird Area (IBA) ausgewiesen und ein Teil dieses viel größeren IBAs ist auch ein Europaschutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA). Die sechs EuGH-Urteile sind hier für die Interpretation von IBA und SPA von besonderer Relevanz.

EuGH, C-3/96, 1998

Der Europäische Gerichtshof hat im Urteil **C-3/96** ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten die für den Schutz der relevanten Vogelarten **zahlen- und flächenmäßig am geeignetsten Gebiete** zu Schutzgebieten zu erklären haben. Zugleich hat der Gerichtshof anerkannt, dass ein IBA-Verzeichnis zwar nicht rechtlich verbindlich, aufgrund seines wissenschaftlichen Wertes aber als Bezugsgrundlage heranzuziehen ist, sofern keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Beweismittel vorliegen.

Aus dieser Rechtsprechung folgt für das vorliegende strategische Planungsverfahren zwar kein automatisches Verbot der Nutzung von Windenergie in einem IBA. Sehr wohl folgt daraus aber, dass ein IBA in der raumordnerischen Standortsteuerung nicht ohne besonders tragfähige und fachlich belastbare Begründung als positiver Eignungsstandort abgesichert werden darf.

Die Befunde zum Naturschutzgebiet XXI, das unmittelbar neben der designierten Eignungszone, aber gänzlich außerhalb des SPA liegt, legen den Schluss nahe, dass hier nicht die flächenmäßig geeignetsten Gebiete zum SPA erklärt wurden. Die 2019 hier nachgewiesene überregionale Zugvogelroute ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier Gebiete weder im Sinne der Vogelschutzrichtlinie noch im Sinne des Urteils C-3/96

geschützt werden. Die Lokalausweise 2026 in der Eignungszone belegen, dass nicht nur Zugvögel, allesamt auch Schutzgüter des Europaschutzgebietes 38 (SPA), sondern auch Anhang I-Arten, ebenfalls Schutzgüter des benachbarten SPA, vorkommen und hier wie am Beispiel des Auerhuhns (BOKU-Studie) dokumentiert, eine kritische Verbreitung aufweisen, die zur Vernetzung von überregionaler Bedeutung sind.

Damit liegen mehrere unabhängige wissenschaftlich fundierte Belege vor, wonach die Größe des derzeitigen Europaschutzgebietes 38 (SPA) zu klein ausgewiesen ist und **den unionsrechtlichen Erfordernissen nicht entspricht**.

Eine Argumentation für die Eignungszone, die darauf abzielte, das IBA bzw. SPA wäre ohnehin groß genug und es bedürfe nicht der Flächen der designierten Eignungszone, erkennt, dass weder die Zugvögel noch die Anhang-I-Arten auf ihrem Brückenkopf, der hier essentiell für den Populationsaustausch ist, die Möglichkeit haben, auszuweichen.

Das Urteil **C-3/96** kommt weiters zu dem Schluss, dass die Verpflichtung zum Ausweis solcher Schutzgebiete nicht durch andere Schutzmaßnahmen umgangen werden kann und dass **wirtschaftliche Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung** solcher Gebiete nicht maßgeblich sein dürfen. Die Standortwahl muss die Grundlage aller weiteren Vermeidungsmaßnahmen bilden und sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore sowie Brutgebiete empfindlicher Arten möglichst meiden (siehe die Strategie der tschechischen Naturschutzbehörde aus dem Jahr 2026). Damit wird für den gegenständlichen Raum gerade bestätigt, dass die Konfliktvermeidung primär **durch planerische Ausscheidung ungeeigneter Standorte** zu erfolgen hat und nicht erst durch nachgelagerte Betriebsauflagen oder technische Minderungsmaßnahmen.

Dies deckt sich auch mit der vom Rechnungshof [rechnungshof.gv.at] eingeforderten methodisch nachvollziehbaren Berücksichtigung von Schutzgebieten und Ausschlusskriterien bereits auf der Ebene des Entwicklungsprogramms. **Eine strategische Raumplanung, die konfliktträchtige Standorte als Eignungszonen sichert, verfehlt ihre Steuerungsfunktion.**

EuGH, C-166/97, 1999

Das Urteil verlangt u.a. für ein Vogelschutzgebiet einen rechtlichen Schutzstatus, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig auftretende Zugvögel sicherzustellen. Die für das Europaschutzgebiet 38 verordneten Maßnahmen und Verbotstatbestände reichen sicher nicht aus, um diesen EuGH-Vorgaben zu entsprechen³⁰; das Naturschutzgebiet XXI entspricht hier mit den Naturwaldzellen, dem Einzelschutz von Nistbäumen und dem Verbot technischer Anlagen, insbesondere Windkraftanlagen, schon deutlich mehr, ist aber, wie das

³⁰ Siehe dazu auch das EuGH C-66/23

Beispiel der designierten Eignungszone beweist, deutlich zu klein dimensioniert, um diesen Schutzansprüchen effektiv gerecht zu werden.

Nach diesem EuGH-Urteil darf die Konfliktlage nicht dadurch relativiert werden, dass die betroffene Fläche nicht vollständig als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen ist oder dass spätere Projektverfahren, allgemeine Vorgaben oder sonstige Schutzmechanismen allfällige Defizite ausgleichen könnten. Nach dieser EuGH-Rechtsprechung wäre vielmehr bereits auf der Ebene der strategischen Standortausweisung darzulegen, warum gerade diese Fläche trotz ihrer ornithologischen Relevanz nicht zu den besonders schutzwürdigen Teilräumen zählt. In Anbetracht der hier lebenden Arten und der Lebensraumfunktionen ist die Schutzwürdigkeit bereits unter Beweis gestellt.

EuGH, C-374/98, 2000

Wesentliche Aspekte dieses Urteils wurden bereits bei den vorgenannten behandelt. Es wird betont, dass eine fehlende formale Ausweisung den Schutzstandard nicht absenken darf. Gerade weil die geplante Eignungszone vollständig in einem IBA liegt, darf die fehlende formale SPA-Ausweisung einzelner Teilflächen nicht dazu führen, dass das Gebiet als weniger konfliktträchtig behandelt wird. Da das Gebiet Brut-, Zug- und Lebensraumfunktionen für zahlreiche relevante Vogelarten aufweist, muss die Planung den **höheren fachlichen Konfliktmaßstab** zugrunde legen. Eine hier positive Standortausweisung ohne nachvollziehbare, wissenschaftlich belastbare Entkräftung der IBA-Relevanz wäre daher mangelhaft.

EuGH, C-388/05, 2007

Auch in diesem Urteil werden Aspekte behandelt, die bereits abgehandelt wurden, so auch eine besonders tragfähige Begründung für eine Postivausweisung, die hier allerdings seitens des Landes fehlt. Nachdem die für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern vorliegenden ornithologischen Daten auf mehreren Untersuchungen beruhen und verschiedene Aspekte (Zugvögel, Anhang-I-Arten, Korridor) abdecken, wiegt gemäß dieser EuGH-Entscheidung die IBA-Ausweisung besonders schwer.

Das Urteil äußert sich hier weiters dezidiert zur Beeinträchtigung der Lebensräume und Belästigung bzw. Störung von Vögeln, die mit Windkraftanlagen einhergehen. Es ginge hier um Lebensraumverluste durch die Anlagen, Kranstellflächen und Ableitungen, die Störung empfindlicher Brutvogelarten wie des Haselhuhns, die Störung von Rastvogelarten wie der Waldschnepfe oder dem Wespenbussard und die Beeinträchtigung von Zug- (Rohrweihe etc.) oder Nahrungsräumen (Auerhuhn). Diese negativen Auswirkungen müssten bei der Vorhabensrealisierung alle eingepreist werden, was darauf hinausläuft, dass die sorgfältige Standortwahl der zu wählende Zugang wäre und nicht eine Eignungszone, sondern eine Ausschlusszone vom Land ausgewiesen werden müsste.

EuGH, C-141/14, 2016

Dieses Urteil trifft die Bedingungen der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern (IBA, Windkraftprojekt und unzureichende Ausweisung von Schutzgebieten) am besten und zeigt, was zu erwarten ist, wenn von der Eignungszone nicht Abstand genommen wird und Betroffene Rechtsmittel bedarfsweise bis zum EuGH ergreifen.

Ergänzend wird deutlich, dass bereits die Gefahr einer erheblichen Störung oder die Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung des Lebensraums ausreicht; diese Aspekte müssen nicht eingetreten sein, um rechtlich relevant zu sein.

Weiters führt das Urteil aus, dass bei solchen Problemstellungen kumulative Effekte ein Pflichtprogramm darstellen müssen. Hier wären nicht nur der bestehende Windpark in Oberzeiring, sondern auch die geplanten Eignungs- und Vorrangzonen zu berücksichtigen.

EuGH C-66/23, 2024

Nach dieser EuGH-Erkenntnis müssen für besondere Schutzgebiete individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen für **alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

Im gegenständlichen, zusätzlich flächenmäßig unzureichend ausgewiesenen Europaschutzgebiet 38 ist dies nicht der Fall. Es fehlen Maßnahmen für die Raufußhuhnarten (Auerhuhn, Birkhuhn, Haselhuhn und Alpenschneehuhn), den Uhu und den Wanderfalke sowie deren Lebensräume sowie für alle 16 hier als Schutzgut angeführten regelmäßigen Zugvögel.

Zudem ändert die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen nach der UVP-Richtlinie nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutz- und Habitatrichtlinie; eine UVP ersetzt oder verringert diese materiellen Naturschutzpflichten nicht. Die Festlegung einer Eignungszone kann daher nicht damit gerechtfertigt werden, dass Konflikte später im UVP- oder Genehmigungsverfahren gelöst würden. Wenn – wie im Gebiet – zehn Anhang-I-Arten als Brutvögel vorkommen und für weitere Arten eine Präsenz mit möglicher Brut besteht, wenn das Gebiet von diversen Zugvögeln regelmäßig genutzt wird, dann muss die planerische Behandlung des Standortes sämtliche relevanten Arten und ihre Lebensräume erfassen und darf die Betrachtung nicht auf einzelne Teilaspekte oder „Leitarten“ verkürzen, wie dies z.B. durch die bloße Erfassung des Zugeschehens des Wespenbussard und die Ignorierung der Rohrweihe der Fall wäre³¹.

³¹³¹ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen

Das gegenständliche Gutachten liefert für eine Einwendung eine ungewöhnlich dichte standortbezogene Tatsachengrundlage.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig in einem IBA und einem KBA; das IBA „Niedere Tauern“ ist in Österreich von regionaler Bedeutung, die KBA „Niedere Tauern“ sogar von globaler Bedeutung. Der Verordnungsentwurf sieht einzig im IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor. Für die konkrete Konfliktsituation ist außerdem relevant, dass die Eignungszone nur etwa 500 m vom landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“ entfernt liegt. In der Eignungszone wurden binnen kürzester Zeit zehn Anhang-I-Arten dokumentiert und sie weist eine hohe Vielfalt hochwertiger Lebensräume auf.

Besonders schlagkräftig wird das Gutachten durch das Aufzeigen der hier vorliegenden regionalen und überregionalen **funktional-ökologischen Zusammenhänge**. Hier befinden sich eine überregionale Zugvogelroute, ein überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere sowie ein Brückenkopf für Waldvogelarten wie das Auerhuhn zur Vernetzung der Vorkommen beiderseits des Murtals.

Das Gebiet der designierten Eignungszone hat demnach mit seiner Lage in dem IBA Niedere Tauern eine kritische Lage, die nicht durch andere Bereiche des IBA substituiert werden kann und wird dadurch zum faktischen Vogelschutzgebiet (EuGH, C-3/96, EuGH C-166/97, EuGH C-141/14). Das Gebiet ist daher auch ohne offizielle Ausweisung wie ein Schutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) zu behandeln.

Da Eignungszonen Standorte sind, an denen ein „regionales öffentliches Interesse“ an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht dienen sie der Standortsicherung, wobei die konkrete Widmungsfestlegung auf örtlicher Ebene erfolgen muss. Die Ausweisung als Eignungszone ist daher keine bloß abstrakte Kartendarstellung, sondern eine **positive standortbezogene Vorentscheidung**, die raumordnungsrechtlich ein regionales öffentliches Interesse am Standort dokumentiert. Gerade deshalb muss diese Vorentscheidung methodisch und naturschutzfachlich tragfähig sein, auch um spätere Verfahrensrisiken zu vermeiden.

Die Konfliktrichtigkeit der Eignungszone Steineck-Kammern besteht aus folgenden acht Themen:

1. Wegen der Habitate und der Biodiversität in der designierten Eignungszone.
2. Wegen der Gefährdung des benachbart gelegenen Naturschutzgebietes XXI.
3. Wegen der überregional bedeutsamen Zugvogelroute.
4. Wegen des überregional bedeutsamen Korridors für terrestrische Wirbeltiere.
5. Wegen der Unvereinbarkeit mit dem sanften Naturtourismus.

6. Wegen der Vernachlässigung der Konfliktvermeidung und der Koexistenz.
7. Wegen seiner Bedeutung als global bedeutendes Gebiet der Artenvielfalt.
8. Weil das Gebiet in einem faktischen Vogelschutzgebiet liegt.

Jeder dieser Aspekte für sich allein stellt die vorgesehene Eignungszone infrage. Bei integrierter Beurteilung ergibt sich noch folgende gewichtige Argumentation:

Das Ziel des gegenständlichen Sachprogramms ist der raumverträgliche Ausbau der Windenergie bei gleichzeitiger Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonierung. Aus der **eigenen Kontrolllogik des Landes** sind daher jene Standorte auszuscheiden, bei denen Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, terrestrische Korridore und das Vorkommen besonderer Arten auf ein hohes Konfliktpotenzial hindeuten.

Dieses Instrument „Zonierung zur Konfliktvermeidung“ verfehlt an diesem Standort offensichtlich sein Ziel. Raumplanerisch ist das entscheidend, weil eine Eignungszone gerade dort problematisch wird, wo sie nicht Konflikte vermeidet, sondern systematisch in einen bereits identifizierten Konfliktraum hineinlenkt. Die Argumentation richtet sich daher nicht gegen die Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Eignungswidmung dieses konkreten Standortes.

Es wird daher vorgeschlagen:

- 1) Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern.
- 2) Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- 3) In eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer³² rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (SPA Niedere Tauern).

³² Dies ist eine Experteneinschätzung; generell wäre es besser, dies fallbezogen entlang der Grenze des Europaschutzgebietes zu beurteilen und konkret abzuleiten, was aber den Rahmen dieses Gutachtens übersteigen würde.

Zusammenfassung

Ziel und Gegenstand

Das Gutachten bewertet die geplante Windkraft-Eignungszone Steineck-Kammern im Entwurf der Steiermärkischen Landesregierung zum Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026 aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht. Es wurde im Auftrag betroffener Grundeigentümer erstellt und mündet in Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf.

Zentrale Aussage

Die Kernaussage des Gutachtens lautet, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern mit den naturschutzfachlichen Gegebenheiten des Gebiets nicht vereinbar ist und daher gestrichen werden sollte. Das Gutachten argumentiert ausdrücklich nicht generell gegen Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Ausweisung dieses konkreten Standorts.

Wesentliche naturschutzfachliche Befunde

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area (IBA) und einer Key Biodiversity Area (KBA) der Niederen Tauern. Für die KBA wird eine globale Bedeutung hervorgehoben.

Zusätzlich liegt die Eignungszone in funktionaler Nähe zu mehreren Schutzgebieten. Besonders betroffen ist das Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“, dessen Rand nur etwa 500 Meter entfernt liegt.

Das Gutachten verweist außerdem auf eine 2019 bestätigte überregionale Zugvogelroute im Bereich des Hennerkogels im Naturschutzgebiet XXI des Landes. Die dort erhobenen Werte für Wespenbussard, Rohrweihe sowie Greif- und Großvögel sind außergewöhnlich hoch. Zugleich wird argumentiert, dass Zugvögel aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone in genau jenen Luftraum einfliegen würden, der bei einer Realisierung von Windkraftanlagen durch den Rotorraum betroffen wäre.

Ein weiterer Befund betrifft die Funktion des Raums als überregional bedeutender Korridor für terrestrische Wirbeltiere. Das Gutachten stellt dazu einen Zusammenhang mit den seit Jahren bekannten Wildtierkorridoren sowie mit der geplanten Wildquerungshilfe über die S36 bei Kraubath her. Die geplante Eignungszone liegt in einem sensiblen „Warteraum“, der für Wildtiere vor der Querung von entscheidender Bedeutung ist.

Arten und Lebensräume

Das Gutachten beschreibt die Lebensräume in der Eignungszone als naturschutzfachlich und ökologisch besonders wertvoll. Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 weist in diesem Bereich die höchste Eignungsstufe für das Auerhuhn aus; zudem wird eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen hervorgehoben. Darüber hinaus liegt eine enge Verzahnung von naturnahen Wäldern, extensiven Weiden, Einzelbäumen mit Baumhöhlen, Quellmooren, Rinnsalen und Nassstellen vor. Daraus ergibt sich eine hohe Habitateignung für geschützte Pflanzen, spezialisierte Insekten, Fledermäuse sowie für Vogelarten, die auf diese Insekten angewiesen sind.

Bei Lokalaugenscheinen im April und Mai 2026 wurden mehrere sensible Arten und Hinweise auf deren Fortpflanzung im Gebiet der Eignungszone dokumentiert, darunter Haselhuhn, Waldschnepfe, Weißrückenspecht und Uhu. Insgesamt nennt das Gutachten für die geplante Eignungszone 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie als Brutvögel: Wespenbussard, Haselhuhn, Auerhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht und Heidelerche. Für Schwarzstorch, Steinadler und Wanderfalke wird eine Präsenz mit möglicher Brut erwähnt.

Rechtliche Argumentation

Ein wesentlicher Teil des Gutachtens stützt sich auf mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zum Vogelschutz, zur IBA-Relevanz, zur Schutzgebietsausweisung und zu Windkraftprojekten. Zusammengefasst ergibt sich daraus, dass ornithologisch nachweislich hochwertige Gebiete auch ohne formale Ausweisung wie ein Vogelschutzgebiet gemäß VS-Richtlinie (SPA) zu behandeln sind (faktisches Vogelschutzgebiet).

Sozioökonomischer und prozessualer Aspekt

Neben Naturschutz und Recht argumentiert das Gutachten auch mit Koexistenz, Fairness und Verfahrensqualität. Es wird kritisiert, dass betroffene Bürger, Grundeigentümer und Anrainer erst spät von den Planungen erfahren hätten, während das Land und potenzielle Projektwerber bereits seit Jahren an konkreten Vorarbeiten arbeiteten. Das führt unweigerlich zu einer Konfliktverschärfung.

Außerdem beschreibt das Gutachten das Gebiet als wichtigen Raum für sanften Tourismus und naturbezogene Erholung. Die ruhige, landschaftlich hochwertige Lage ohne größere technische Vorbelastung wird von Erholungssuchenden stark geschätzt; ein Windpark ist damit unvereinbar.

Standortwahl

Besonders betont wird, dass eine strategische Standortwahl für Windkraftanlagen die wirksamste Form der Konfliktvermeidung ist. Das Gutachten verweist dazu auf eine Studie von 2026 zu Minderungsmaßnahmen bei Windkraftanlagen und stellt fest, dass die Standortwahl vor Baubeginn die Grundlage aller weiteren Minderungsmaßnahmen bildet und sensible Gebiete, Migrationskorridore und Brutgebiete möglichst zu meiden sind.

Schlussfolgerungen und Forderungen des Gutachtens

In der integrativen Beurteilung wird festgehalten, dass die Eignungszone Steineck-Kammern in mehrfacher Hinsicht konfliktträchtig ist: wegen der Biodiversität und der Habitate, der Gefährdung des Naturschutzgebiets XXI, der Zugvogelroute, des Korridors für terrestrische Wirbeltiere, der Unvereinbarkeit mit sanftem Tourismus, der mangelnden Konfliktvermeidung sowie der Lage im IBA und KBA.

Nach dem Anspruch des Landes Steiermark, Konflikte durch eine Zonierung zu vermeiden, ist das Gebiet kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken, die unter anderem Genehmigungsverfahren verzögern oder infrage stellen können.

Einwende

Als konkrete Vorschläge zum Verordnungsentwurf nennt das Gutachten:

- (1) die Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern sowie
- (2) eine Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- (3) in eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (Niedere Tauern).

Policy Brief

Titel

Windenergie und Naturschutz in Steineck-Kammern: Warum die geplante Eignungszone aus naturschutzfachlicher und raumordnerischer Sicht gestrichen werden sollte

Problem

Die Steiermärkische Landesregierung hat im Entwurf zum Entwicklungsprogramm Windenergie 2026 die Eignungszone Steineck-Kammern vorgesehen. Laut Gutachten liegt dieser Standort jedoch in einem ökologisch hochsensiblen Raum, der sich durch besondere Bedeutung für Vogelarten, Biodiversität, Lebensraumvernetzung und Erholung auszeichnet. Das Instrument der Zonierung verfehlt hier, nach Einschätzung des Gutachtens, gerade sein Ziel, nämlich **Konflikte zu vermeiden**.

Warum der Standort kritisch ist

Im Gebiet wurden zahlreiche sensible Arten und wertvolle Lebensräume festgestellt. Hervorgehoben werden insbesondere die hohe Habitateignung für das Auerhuhn, Nachweise mehrerer Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie sowie Hinweise auf Brut- und Aufzuchträume. Das Gutachten sieht gerade darin einen starken Hinweis darauf, dass die Fläche nicht als positiver Windenergiestandort gesichert, sondern planerisch geschont werden sollte.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area und einer Key Biodiversity Area. Gleichzeitig befindet sie sich in unmittelbarer funktionaler Nähe eines landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiets und im Wirkraum eines überregional bedeutsamen Vogelzugkorridors sowie eines Korridors für terrestrische Wirbeltiere. Diese Kombination macht den Standort aus Sicht des Gutachtens besonders konfliktträchtig.

Rechtlich-politische Relevanz

Das Gutachten leitet aus mehreren EuGH-Urteilen ab, dass ornithologisch hochwertige Gebiete auch dann ernsthaft zu berücksichtigen sind, wenn sie nicht vollständig und formell als Schutzgebiet ausgewiesen sind. Zudem könne eine spätere UVP oder Projektgenehmigung die vorgelagerte Pflicht zu einer fachlich tragfähigen und konfliktvermeidenden Standortwahl nicht ersetzen. Die politische Kernbotschaft lautet daher: **Naturschutzkonflikte müssen auf der Ebene der strategischen Raumplanung gelöst werden, nicht erst im Einzelverfahren.**

Bewertung

Nach der Logik des Gutachtens ist Steineck-Kammern kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken.

Empfohlene politische Maßnahmen

1. **Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern aus dem Verordnungsentwurf.**
2. **Ausweisung einer weiter gefassten Ausschlusszone**
3. **Stärkere Berücksichtigung von Ausschlusskriterien bereits auf der strategischen Planungsebene**, insbesondere Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, Artenvorkommen, Biodiversitätswert und Lebensraumvernetzung.
4. **Frühzeitige, faire Einbindung betroffener Grundeigentümer, Anrainer und lokaler Akteure**, um Konflikte nicht erst im fortgeschrittenen Planungsstadium eskalieren zu lassen.

Graz, am 2. Juni 2026

Dr. Andreas Kranz

Dass dem im Verordnungsentwurf als „**Eignungszone Steineck**“ ausgewiesenen Areal **jegliche Eignung für Windkraftanlagen völlig fehlt** und dass anstelle einer Eignungszone oder der Belassung des ursprünglichen Standes als diesbezüglich „weisser Fleck“ **ausschließlich die Verordnung einer Ausschlusszone im Anschluss an die Ausschlusszone „Kraubatheck“ fachlich zwingend indiziert ist**, beweist allein schon dieses vorgebrachte Sachverständigengutachten, welches die von der präsumptiven Ordnungsgeberin Steiermärkische Landesregierung jahrelang konsequent verfolgte fachliche Linie, die sich in der Verordnung der Ausschlusszone Kraubatheck und des Naturschutzgebietes XXI manifestiert, bestätigt.

Auch liegt es auf der Hand, dass ein Windpark („Windindustrieanlage“) mit mehreren Anlagen in Rufweite zur bestehenden Ausschlusszone „Kraubatheck“ und zum Naturschutzgebiet XXI in dramatischer Weise schon allein durch Lärmbelästigung den biologischen Bestand vernichten wird!

2.4.3. Mangelnde Gebietseignung zufolge nichtausreichender Windgeschwindigkeiten und nicht ausreichender Windenergie

Das Areal, auf dem die Eignungszone Steineck vorgesehen ist, weist, wie im aktuellen Windatlas dokumentiert, für einen Windpark nicht geeignete Windgeschwindigkeit und Windenergie auf.

1. Windgeschwindigkeit

<https://gtif-austria.info/explore?x=14.9438&y=47.3663&z=12.7323&template=light&indicator=gtif-wind-atlas&datetime=2025-01-01>

2. Windenergie

<https://gtif-austria.info/explore?x=n4.9419&y=47.3647&z=13.1162&template=light&indicator=gtif-site-identification-wind&datetime=2025-01-01>

Auch dieser Umstand hätte dem präsumptiven Ordnungsgeber, selbst bei noch so rudimentärer Prüfung, auffallen müssen, die Steiermärkische Landesregierung hätte allein schon aufgrund dieser Gegebenheiten niemals eine Eignungszone am Steineck planen dürfen.

Herr Univ.-Prof. Dr. Reinhold Lazar, der die Karte des Windenergiepotentials Steiermark im Rahmen eines Arbeitskreises im Auftrag des Landes Steiermark selbst erstellt hatte, stellt in seiner Expertise vom 26.05.2026 explizit fest, dass *„jedenfalls keine sehr gute Eignungsbewertung bzw. Windenergiepotential für den Standort Steineck/Kammern abgeleitet werden (kann), einerseits wegen der relativ geringen Seehöhe und andererseits wegen orographischer Effekte (z.B. vorgelagerte Bergrücken in Richtung Kalwang).*

Auch diese Expertise von Herrn Univ.-Prof. Dr. Reinhold Lazar vom 26.05.2026 wird unter Einem als **Beilage** vorgelegt und vollinhaltlich zum eigenen Vorbringen erhoben.

Die zitierte Expertise und das diesbezügliche Vorbringen lautet wie folgt:

Univ.Prof. Dr. Reinhold Lazar
Frühlingstraße 36
8053 Graz

Graz, 26.5.2026

**Betr.: Geländeklimatische Stellungnahme zu den Windverhältnissen im Bereich des Bergrückens
nahe Steineck/Kammern – Ochsenboden und ihre Relevanz zur Windenergie**

1. Grundlagen

Diese Stellungnahme nimmt Bezug auf folgende Datengrundlagen:

- Windatlas Österreich 2011
- GTIF Austria – Windenergiekarte Österreich (veröffentlicht 2026)
- Windfeldbibliothek Steiermark 2017
- Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012 inkl. Erläuterungen

Diese Unterlagen sind mit unterschiedlichen Modellen erstellt worden. Die Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012 ist im Rahmen eines Arbeitskreises im Auftrag des Landes Steiermark von mir erstellt worden. Dafür sind etliche Sonderstationsdaten – zumeist jene von der Fa. ECOWATT (DI Frühwald) – eingeflossen, die sehr wesentlich einen guten Einblick in die komplexen topografischen Verhältnisse in der Steiermark vermittelt haben.

Zur Windfeldbibliothek Steiermark 2017 ist Folgendes anzumerken: Die Windfelder dienen in erster Linie dazu, Ausbreitungsrechnungen für Luftschadstoffe unter Berücksichtigung der topographischen Verhältnisse sowie der Landnutzung durchführen zu können, nicht um Windenergiepotential zu ermitteln. Die Erläuterung zur Windfeldbibliothek erwähnt hier auch auf S.13, dass die Differenz zwischen gemessenen und modellierten Werten insbesondere bei Bergstationen die höchsten Abweichungen aufweist; diese sind für die Beurteilung des Windenergiepotentials in Gebirgslagen naturgemäß besonders relevant.

2. Beurteilung der Windverhältnisse aus den derzeitigen Unterlagen

Vergleicht man nun die Daten aus der Karte 2011 mit jenen aus 2026, so erkennen wir bereits, dass eine Herabstufung der Werte für den Standortbereich Steineck – Ochsenboden von zunächst etwa 5-6m/s auf nun ca. 4m/s (bezogen auf 100m ü.Grund) erfolgt ist.

Diese Werte sind allerdings im Vergleich mit den Ergebnissen meiner Windenergiekarte Steiermark 2012 immer noch zu hoch veranschlagt. Dafür gibt es zwei Gründe:

Seehöhe:

Die Seehöhe im Bereich Steineck/Kammern mit ca. 1200m ist im Vergleich zu anderen Windkraftzonen, wie beispielsweise dem Lachtal, relativ niedrig – in meiner Karte kommt gerade noch das Kraubatheck mit über 1400m in eine untere Eignungsstufe.

Orographische Aspekte:

Auf alle Fälle müssen auch orographische Aspekte wie vorspringende Bergrücken wie der Hahnreich (über 1700m) südwestlich von Kalwang berücksichtigt werden, weil sich damit infolge von Verwirbelungen Strömungsverluste einstellen.

3. Fazit

Aus den derzeitigen Datengrundlagen kann jedenfalls keine sehr gute Eignungsbewertung bez. Windenergiepotential für den Standort Steineck/Kammern abgeleitet werden, einerseits wegen der relativ niedrigen Seehöhe und andererseits wegen orographischer Effekte (z.B. vorgelagerte Bergrücken in Richtung Kalwang).



Univ. Prof. Reinhold Lazar

Quellen:

Windatlas Österreich 2011: <https://windatlas.energiwerkstatt.org/>

GTIF Austria – Windenergiekarte Österreich 2026: <https://gtif-austria.info/explore?x=14.9690&y=47.3810&z=11.8923&template=light&indicator=gtif-wind-atlas&datetime=2025-01-01>

Windfeldbibliothek Steiermark 2017 (Erläuterungen):
https://app.luis.steiermark.at/berichte/Download/Fachberichte/ABT15_Lu_05_2022_Windfeldbibliothek_Steiermark_2017.pdf

Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012:



2.4.5. Nähe zu Siedlungsgebieten und Wohnhäusern

Die geplante Eignungszone Steineck befindet sich in unmittelbarer Nähe zu dicht besiedeltem Gebieten der Marktgemeinde Kammern im Liesingtal. So sind der Ortskern Kammern, sowie die Ortsteile Seiz, Paffendorf und Liesing weniger als 2 km von der geplanten Eignungszone entfernt. Zudem befindet sich die geplante Zone auf einem Bergrücken im südlichen Bereich des Gemeindegebiets, der Großteil der Wohnhäuser in den erwähnten Ortsteilen ist in südliche Richtung orientiert. Durch diese Umstände ist mit einer erheblichen Belastung der Bevölkerung zu rechnen. Dazu zählen Lärmemissionen, Schattenwurf, optische Beeinträchtigungen, Flugwarnlichter und daraus resultierend eine Minderung der Wohn- und Lebensqualität, die insbesondere in den Wintermonaten ein nicht akzeptables Ausmaß annehmen würde.

Auch weitere vereinzelte Wohnobjekte und Ferienhäuser werden von Windkraftanlagen - bau- und raumordnungsrechtlich unzulässig und damit auch den Schutzziele des § 17 UVP-G sowie dessen Immissionsminimierungsgebot widersprechend - mit Schallimmissionen beaufschlagt, was ebenso ein Ausschlusskriterium sowohl für die geplante Gebietsausweisung als auch für eine Anlagengenehmigung darstellt.

2.4.6. Beeinträchtigung eines bedeutenden Naherholungs- und Almgebietes

Das betroffene Gebiet der geplanten Eignungszone Steineck hat eine hohe Bedeutung für Naherholung, Landschaftsbild, Almwirtschaft und sanften Wandertourismus. Windenergieanlagen mit einer möglichen Gesamthöhe von rund 240 Metern und mehr würden zu einer erheblichen Veränderung des Landschaftsbildes führen und wären auch aus Siedlungs- und Erholungsräumen deutlich sichtbar bzw würden die Nutzbarkeit des Erholungsraumes und Almgebietes erheblich einschränken.

2.4.7. Beeinträchtigung des Flugverkehrs

Aufgrund der unmittelbaren Nähe der geplanten Eignungszone Steineck zum Flugplatz Timmersdorf sowie zum Standort des Rettungshubschraubers Christophorus 17 drängen sich sicherheitsrelevante Bedenken in Bezug auf den Flugverkehr geradezu auf. Dies sind

Auswirkungen auf Flugbewegungen, An- und Abflugbereiche, Sichtflugbedingungen, Hinderniswirkung und luftfahrtrechtliche Sicherheitsaspekte. Ebenfalls ist davon auszugehen, dass es durch die Notwendigkeit von Flugroutenänderungen zur zusätzlichen Lärmbelastung für die Bevölkerung kommt.

2.4.8. Zufahrten, Baustellenverkehr, Rodungsarbeiten

Für die Errichtung eines Windparks sind großdimensionierte Zufahrten, Ausbaumaßnahmen und Schwertransporte erforderlich. Als mögliche Zufahrtsbereiche steht im Gemeindegebiet Kammern insbesondere Kammersbach im Raum. Die Erschließungsnotwendigkeiten sind mit erheblichen Eingriffen in Natur, Land- und Forstwirtschaft sowie einer Mehrbelastung der Bevölkerung verbunden. Ebenfalls würde durch großflächige Rodungen das zusammenhängende geschlossene Waldgebiet geöffnet und der Deckungsschutz weiträumig verletzt, was zu höherer Anfälligkeit bei Starkwindereignissen führt und zu einer erhöhten Windwurfanfälligkeit für das Naturschutzgebiet mit seinen Naturwaldzellen.

2.4.9. Sicherheitsrisiken

Es bestehen Risiken im Hinblick auf Eiswurf und Eisfall, insbesondere bei winterlichen Verhältnissen, für die Forst- und Jagdwirtschaft sowie die daraus resultierenden Einschränkungen für die Bewanderung des Naherholungsgebiets. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass Rettungs- und Einsatzmaßnahmen mit Hubschraubern in der Nähe von Windenergieanlagen nicht mehr oder nur mehr eingeschränkt möglich sind.

2.4.10. Unverhältnismäßige Belastung durch den Erneuerbarenausbau

Die Marktgemeinde Kammern im Liesingtal ist bereits durch überörtliche Festlegungen belastet, insbesondere durch die PV-Vorrangzone Mötschendorf mit rund 29 ha Fläche für erneuerbare Energie. Durch fünf Flusskraftwerke leistet sie ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Gewinnung erneuerbarer Energie. Die zusätzliche Ausweisung einer Eignungszone für Windenergieanlagen im Bereich Steineck–Kammern würde zu einer unverhältnismäßigen Belastung des Gemeindegebietes führen.

2.4.11. Negative Auswirkungen auf Nachbargemeinden

Auch die Auswirkungen auf Nachbargemeinden, insbesondere auf die Gemeinde Traboch, sind zu berücksichtigen. Obwohl diese formal nicht Teil der vorgesehenen Eignungszone ist, wäre ihre Bevölkerung von der Verordnung der Eignungszone und einer darauf aufbauenden möglichen Errichtung von Windenergieanlagen erheblich betroffen.

2.4.12. Verfahrens- und Kostenaufwand

Die Ausweisung als Eignungszone Steineck würde im Falle eines konkreten Projektantrags unter Zugrundelegung der im Verordnungsentwurf normierten Gegebenheiten weitere örtliche Raumordnungsverfahren, Fachgutachten und insbesondere auch eine strategische Umweltprüfung erfordern. Daraus entstehen sehr erhebliche Kosten und ein sehr beträchtlicher Verwaltungsaufwand für die Standortgemeinden – dies bereits zur bloßen Prüfung einer möglichen Windenergienutzung mit unklarem Ausgang. Besonders unverhältnismäßig ist dies, weil ein mögliches Vorhaben aufgrund seiner Lage, Erschließung und Auswirkungen mehrere Gemeinden betreffen würde und auch dort entsprechende Verfahren, Gutachten und Umweltprüfungen erforderlich werden könnten.

2.4.13. Nichterfüllung sämtlicher vom Verordnungsgeber formulierten Voraussetzungen und Zusammenfassung

Der Verordnungsgeber Steiermärkische Landesregierung formuliert in den Erläuterungen, die im Rahmen des Begutachtungsverfahrens aufgelegt und ausgesandt wurden, auf den Seiten 8 ff die Planungsbegründung (Eignung) der einzelnen, im Rahmen der Novellierung 2026 neu festgelegten Vorrang- bzw. Eignungszonen.

Gemäß diesen Erläuterungen wurde durch den Verordnungsgeber „auf Basis raumordnungsfachlicher Kriterien und im Hinblick auf die Minimierung von Raumnutzungskonflikten“ anhand mehrerer methodischer Bearbeitungsschritte ermittelt, welche Vorrang- und Eignungszonen festgelegt werden sollen.

Als Eignungskriterien, die zu einer Standortgunst für die Errichtung von Windenergieanlagen und für Vorrang– bzw Eignungszonen führen, hat der Verordnungsgeber **explizit** das Windenergiepotential, das Energieerzeugungspotential (Anlagen mit mindestens 15 MW Gesamtleistung), das Einspeisepotential, die Lage zu bestehenden Vorrang– / Eignungszonen gemäß Sachprogramm Windenergie und die Erschließung / Zuwegung (vorhanden bzw mit vertretbarem Aufwand herstellbar) formuliert.

All diese in den Erläuterungen auf Seite 8 unten und Seite 9 oben unter Punkt 2. formulierten Voraussetzungen treffen für das Steineck eindeutig nicht zu.

Das Windenergiepotential ist, wie oben näher dargestellt, ungenügend. Das Energieerzeugungspotential ist, wie oben ebenfalls dargestellt, suboptimal. Das Einspeisepotential ist zufolge exponierter Lage nicht gegeben. Die Lage zu bestehenden Vorrang– /Eignungszonen gemäß Sachprogramm Windenergie ist nicht vorhanden, vielmehr ist in unmittelbarer Nähe der Eignungszone Steineck die Ausschlusszone Kraubatheck situiert. Die Erschließung/Zuwegung ist nicht vorhanden und auch nicht mit vertretbarem Aufwand herstellbar. Bereits diese zitierten vom Verordnungsgeber selbst unabdingbar vorausgesetzten Gegebenheiten treffen sohin für das Steineck in keinem Punkt zu.

Weiters setzt der Verordnungsgeber in den Erläuterungen (Seite 9) zu Punkt 3. folgendes negativ voraus:

Festlegung von Konflikt– /Ausschlusskriterien, die auf Grund eines hohen Konfliktpotenzials gegen einen Standort zur Errichtung von Windenergieanlagen sprechen können. Diese umfassen

- *die Lage zu Schutzgebieten, unter anderem Naturschutzgebieten,*
- *die Lage zur Ausschlusszonen gemäß Sachprogramm Windenergie idF. LGBI. Nr. 91/2019,*
- *die Lage zu gewidmetem Wohnbauland, bewohnten Gebäuden im Grünland und sonstigen Wohnungen, die Lage zu ornithologisch besonders sensiblen Bereichen sowie die Lage zu wildökologisch besonders sensiblen Bereichen (Lebensraumpotenziale bzw.– korridore).*

Alle diese vom Verordnungsgeber vorausgesetzten Negativkriterien, welche eine Eignung ausschließen, treffen beim Steineck vollinhaltlich zu.

Das Steineck liegt, wie ausgeführt, in der Nähe des Naturschutzgebietes XXI, liegt weiters unmittelbar gegenüber der Ausschlusszone Kraubatheck, liegt in einem ornithologisch besonders sensiblen Bereich und liegt weiters auch in einem wildökologisch besonders sensiblen Bereich. Diese „negativ Kriterien“, die der Verordnung selbst ausdrücklich formuliert hat, treffen sohin allesamt für das Steineck zu.

Auch die auf Seite 9. der Erläuterungen zu Punkt 4. formulierten, zu berücksichtigenden Abwägungskriterien aus den Bereichen Raumstruktur/Landschaftsraum: Sichtbeziehungen zu Siedlungsraum, Tourismus, Erholung, Kultur, Lage zu ausgewiesenen Gefahrenzonen, Natur- und Artenschutz sowie Luftfahrt und Landesverteidigung (zB Flugsicherheitszonen) sind allesamt für das Steineck relevant. Sie sprechen ebenfalls eindeutig fachlich, auf Basis der vom Verordnungsgeber selbst explizit formulierten Kriterien, gegen eine Eignung des Steinecks.
Vielmehr sprechen all diese Abwägungskriterien eindeutig und ausdrücklich für die Festlegung einer Ausschlusszone Steineck.

Besonders verwunderlich scheint Punkt 5. auf Seite 9 der erläuternden Bemerkungen, der wie folgt lautet und ebenfalls eine Planungsbegründung für die vorgeschlagene Festlegung der Eignungszone Steineck darstellt:

„Beurteilung der Potenzialstandorte unter Einbeziehung von Fachexperten des Landes, um die „bestgeeigneten“ Standorte bei gleichzeitig geringem Konfliktpotenzial zu identifizieren (Ergebnis: Rangreihung).“

„Als Ergebnis dieser Verarbeitungsschritte liegen Standortvorschläge vor, welche als raumordnungsfachlich geeignet für die Errichtung von Windenergieanlagen klassifiziert sind. Diese bilden den Entwurf für neu festzulegende Vorrang- bzw. Eignungszonen“ [...].

Dass, wie in den Erläuterungen explizit ausgeführt, Fachexperten des Landes Steiermark gerade das Steineck, gegen dessen Ausweisung als Eignungszone sämtliche vom Verordnungsgeber

selbst formulierten Eignungskriterien sprechen und für dessen Ausweisung als Ausschlusszone ebenfalls sämtliche vom Verordnungsgeber formulierten Ausschlusskriterien sprechen, im Verordnungsentwurf dennoch als Eignungszone formuliert ist, bleibt zusammenfassend völlig unergründlich!

Die Einschreiterin, Gemeinde Kammern im Liesingtal, spricht sich daher, wie in der Gemeinderatssitzung am 26.05.2026 einstimmig durch alle drei Gemeinderatsfraktionen beschlossen, ausdrücklich gegen die Etablierung einer Eignungszone Steineck aus und beantragt, diese nicht festzulegen, sondern anstelle der vorgesehenen Eignungszone vielmehr eine Ausschlusszone zu verordnen.

2.5. Antrag und Anregung

Zusammenfassend wird daher **beantragt**,

- **Streichung** der **Eignungszone Steineck** aus dem Verordnungsentwurf
- **Ausweisung** einer **weiter gefassten Ausschlusszone** in unmittelbarem Anschluss an die Ausschlusszone „Kraubatheck“, wobei diese Ausschlusszone jedenfalls das gesamte Areal der im Verordnungsentwurf dargestellten Eignungszone „Steineck“ umfasst

und weiters **angeregt**,

- generell die rechtlichen Wechselwirkungen zwischen dem Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie, der überörtlichen sowie der örtlichen Raumplanung, § 4a sowie weiteren Rechtsnormen des UVP-G 2000 sowie den österreichischen und insbesondere auch den unionsrechtlichen Beschleunigungsvorgaben näher zu präzisieren, um spätere Rechtsunsicherheiten und potentielle verfassungsrechtliche Konfliktlagen möglichst hintanzuhalten.

III.

Die Einschreiterin erstattet nachfolgende

URKUNDENVORLAGE

- Schreiben WEB 9/2025 an Gemeinde Kammern im Liesingtal
- Informationsschreiben Marktgemeinde Kammern im Liesingtal / Bgm Karl Dobnigg vom Mai 2026
- Aktenvermerk Bgm Karl Dobnigg vom März 2026
- Eingabe Forststiftung Heinrich XII. Prinz Reuss und andere vom 17.11.2016
- Gutachten ASV Dr. Reinhold Turk vom 21.11.2014
- Gutachten DI Dr. Andreas Kranz & Jitka Kranz MSc LL.M, Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz alka-kranz e.U. vom 02.06. 2026
- Expertise Univ.-Prof. Dr. Reinhold Lazar vom 26.05.2026

Graz, am 03.06.2026

Gemeinde Kammern im Liesingtal

Windpark Steineck

Angebot einer Partnerschaft

Gemeinde- und Bürgerbeteiligung

Im Gebiet der Marktgemeinde 8773 Kammern im Liesingtal (mit aktuell 1.671 Einwohnern) und der Gemeinde 8713 St. Stefan ob Leoben (mit einer aktuellen Einwohneranzahl von 1.801) gibt es ein Potential für die Entwicklung von Windkraftanlagen (WKA).

Daher erlaubt sich die WEB Windenergie AG, das größte österreichische Bürgerbeteiligungsunternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energie, beiden Gemeinden mit diesem Schreiben höflichst ein Angebot für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit für ein geplantes zukünftiges Windenergieprojekt übermitteln. Die vorliegende Zusammenstellung stellt die Grundlage für weitere Gespräche und ggf. vertragliche Vereinbarungen mit beiden oben genannten Standortgemeinden dar.

Im Übersichtsplan ist das Potenzialgebiet definiert und zeigt die Möglichkeit der Windkraftprojektentwicklung gemäß der von der örtlichen Raumordnung festgelegten Abstandregelungen auf. Die potenzielle Windkraftzone basiert auf dem vorgeschriebenen Mindestabstand von 1.000 Metern zur Flächenwidmung Bauland und 700 Meter zum bewohnten Gebiet. Der Plan weist ein **technisches maximales Potenzial von bis zu 7 Windkraftanlagen (WKA)** aus, 5 WKA in der Gemeinde Kammern und 2 WKA in der Gemeinde St. Stefan ob Leoben.

Aktuell liegen noch keine landesgesetzlichen raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen für Windkraft im Gebiet beider Gemeinden vor (eine ggf. Ausweisung von Vorrangzonen durch das Sachprogramm Erneuerbare Energie Wind wird dzt. durch das Amt der Stmk. LReg evaluiert). Die W.E.B setzt sich bei der Stmk. LReg dafür ein, das ggstl. Potenzialgebiet als Vorrangzone auszuweisen.

I. Gestattungszahlungen

Jährliches Entgelt

Beide Standortgemeinden profitieren durch jährliche Zahlungen aus der Nutzung der Windkraft. Die Zahlung ist erfolgt mit Baubeginn, d. h. dem Wegebau.

- Jährlich EUR 4.000.- pro MW (Megawatt) netzwirksamer Leistung zzgl. allfälliger USt., was einen jährlichen Betrag von EUR 16.800.- pro Windkraftanlage ausmacht – basierend auf der Anlagenklasse 4,2 MW ab Inbetriebnahme des Windparks als Ausgleich für die mit der Errichtung der Anlagen verbundenen Nachteile (wertgesichert nach Verbraucherpreisindex 2020/VPI).

- Aliquote Anpassung des Entgelts (Basis Anlagenklasse 4,2 MW) für den Fall, dass eine größere Windkraftanlage installiert werden kann.
- Die Gestattungszahlung erfolgt unabhängig vom Stromerlös der Windkraftanlagen.

Erklärung Gestattungsvertrag:

Mangels der Verfügbarkeit einer (landes- oder bundesweiten verbindlichen) rechtlichen Regelung über den finanziellen Ausgleich für durch die WKA bewirkte Veränderung des Landschaftsbildes i.S. einer Pflicht zur einmaligen oder periodischen Entrichtung einer Abgabe durch die Betreiberin, regelt diese im Gestattungsvertrag die finanzielle Vergütung der Gemeinde. Damit wird die Beeinträchtigung für ggf. allgemeine, ideelle und nicht im Einzelnen messbare Auswirkungen auf die Gemeinde durch die Planung, Errichtung und den Betrieb der WKA (insb. während Bauphase) abgegolten.

II. Energiegemeinschaft

Die W.E.B unterstützt den Aufbau und den Betrieb einer Energiegemeinschaft im Sinne des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) bzw. des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG) vor Ort.

Die Betreiber ermöglichen somit im Rahmen der rechtlichen Zulässigkeit und technischen Möglichkeit den Bürgern beider Gemeinden mit den im Gemeindegebiet gelegenen Verbrauchsanlagen die Teilnahme an einer Bürgerenergiegemeinschaft, über welche die Bürger nach Verfügbarkeit aus Windkraft erzeugten Strom für die gesamte Betriebsdauer des Windparks Steineck (voraussichtlich 30 Jahre) beziehen können.

Zur Definition des Preises, zu dem die Teilnehmer der Energiegemeinschaft den Strom aus dem Windpark Steineck nutzen, wird die EAG-Marktpremie herangezogen, welche die W.E.B für den Windpark Steineck erhält. Angestrebt wird die Überlassung des Stroms zu einem Strompreis der der Summe aus dem jeweils in der EAG-Marktpremienverordnung für Windkraft gemäß § 4 (1) Z 4 bzw 5. Festgelegten Preis (derzeit Eurocent 9,6/kWh zzgl USt), mindestens jedoch Eurocent 9,00/kWh zzgl USt, und den spezifischen Ausgleichsenergiekosten entspricht.

Erklärung Bürgerenergiegemeinschaft (BEG):

Eine BEG kann elektrische Energie erzeugen, speichern, verbrauchen und verkaufen, und ist nicht auf erneuerbare Quellen beschränkt. Als Mitglieder bzw. Gesellschafter sind Privat- und Rechtspersonen erlaubt, wobei die Gewinnerzielung nicht im Vordergrund steht, sondern die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Darüber hinaus können BEGs dazu beitragen, die lokale Wirtschaft zu stärken, indem sie ggf. Arbeitsplätze schaffen und Einkommen in der Gemeinde halten. BEGs können auch dazu beitragen, das Bewusstsein für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit zu erhöhen und die Beteiligung von Gemeinden an der Energiewende zu fördern.

III. W.E.B Grünstrom mit Preisgarantie

Die WEB energy sales GmbH ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der W.E.B, ist als Stromlieferant tätig und bietet potentiellen Kunden in beiden (Standort)Gemeinden – (Landwirtschafts-)Betrieben und Privathaushalten – den Abschluss von Verträgen über die Lieferung von Strom zu den folgenden Konditionen an.

- Arbeitspreis Energie „W.E.B-Grünstrom fix“ **9,90 ct/kWh** (netto)
- Grundpreis 5 EUR pro Zählpunkt (ZP) EUR pro Monat (netto)
- Laufzeit des Angebots: 5 Jahre ab Vertragsunterfertigung mit der WEB (+ Verlängerungsmöglichkeit 5 Jahre)

Ein Aus- oder Einstieg ist jederzeit möglich.

Für die Phasen der Projektentwicklung:

Vorphase (bis zur Zonenausweisung für Windkraft – Annahme ca. 5 Jahre):

- max. 1.000 kWh pro Zählpunkt

Projektentwicklungs- und Genehmigungsphase (Annahme 5 Jahre):

- max. 4.000 kWh pro Zählpunkt

Für die Betriebsphase:

- max. 100.000 kWh pro Zählpunkt und Tarifsenkung auf ca. 8 ct/kWh (netto)

IV. Vereinssponsorings

Für örtliche Vereine (z. B. Feuerwehren o. ä.) im Gemeindegebiet von Kammern und St. Stefan wird ab Gültigkeit einer zwischen der WEB und den Standortgemeinden noch abzuschließenden Vereinbarung auf deren Grundlage eine Sponsoringvereinbarung abgeschlossen, welche einen **jährlich abrufbaren Betrag von insgesamt EUR 3.000,-** ab Inbetriebnahme des Windparks enthalten wird.

Wir hoffen Ihnen ein attraktives Angebot erstellt zu haben und würden uns freuen, wenn Sie uns Ihr Vertrauen aussprechen.

Stand: 09/2025



Der Bürgermeister informiert

**Marktgemeinde
Kammern**
im Liesingtal



Information zur möglichen Errichtung von Windrädern

Liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger,

im Namen der Marktgemeinde darf ich Sie über den aktuellen Stand sowie die bisherigen Entwicklungen rund um das Thema Windenergie in unserem Gemeindegebiet informieren.

In den vergangenen Monaten und Jahren fanden mehrere Gespräche und Informationsveranstaltungen mit unterschiedlichen Projektwerbern sowie Vertreterinnen und Vertretern des Landes statt. Ziel dieser Kontakte war es, Möglichkeiten, Rahmenbedingungen und Auswirkungen möglicher Windkraftprojekte im Bereich Liesingberg bzw. Steineck zu erörtern.

Chronologie der bisherigen Entwicklungen:

- **September 2024:** Erstes Gespräch mit einem Projektwerber (WEB) bezüglich der Errichtung von Windrädern im Gemeindegebiet.
- **5. November 2024:** Informationsveranstaltung für Gemeinderat, Jägerschaft und Landwirtschaft über ein Projekt mit mehreren Windkraftanlagen inklusive Angeboten für Bevölkerung und Gemeinde (begünstigter Strompreis von 9,9 Cent/kWh für die Kammerner Bevölkerung, Vereinsförderungen von jährlich € 3.000,-- und € 16.800/Windrad für die Gemeinde).
- **3. Dezember 2025:** Vorstellung eines weiteren Projekts durch Vertreter der Verbund Green Power GmbH mit erweiterten Planungen von bis zu 6–7 Anlagen im Gemeindegebiet (begünstigter Strompreis von 9,6 Cent und MWSt. für die Kammerner Bevölkerung auf 20 Jahre, Kompensationszahlung an die Gemeinde von € 26.000,- pro Windrad und Jahr, die Dauer blieb unerwähnt).
- **28. Jänner 2026:** Gespräch mit Vertretern des Landes Steiermark zur möglichen Ausweisung einer sogenannten *Eignungszone für Windenergie*.
 - Wichtig: Diese Zone legt **keine konkrete Anzahl oder Standorte** fest, sondern definiert lediglich Bereiche, in denen Windkraft grundsätzlich möglich wäre.
- **27. März 2026:** Weitere Gespräche mit Projektbetreibern über mögliche Anlagen und begleitende Angebote (z. B. Strompreise, finanzielle Leistungen für die Gemeinde 7x € 25.000,-- pro Jahr auf ca. 20 – 30 Jahre, begünstigter Strompreis von 9,6 Cent und MWSt. für die Kammerner Bevölkerung auf 20 Jahre).

Aktuelle Situation:

Seitens des Landes Steiermark ist eine Verordnung zur Ausweisung einer Eignungszone für Windenergie angedacht. Dazu hat auch die Marktgemeinde die Möglichkeit, **bis spätestens 8. Juni 2026 eine offizielle Stellungnahme** abzugeben.

Ihre Meinung ist gefragt!

Uns als Gemeinde ist es ein großes Anliegen, die Interessen und Meinungen unserer Bevölkerung bestmöglich zu berücksichtigen. Daher laden wir Sie herzlich ein, sich aktiv einzubringen:

✉ Senden Sie Ihre Stellungnahme (Bedenken, Fragen oder Befürwortung) bis spätestens **21. Mai 2026 an:**

Per E-Mail: gde@kammern-liesingtal.gv.at

Per Post: Marktgemeinde Kammern, Hauptstraße 56, 8773 Kammern

Alle eingelangten Rückmeldungen werden von der Gemeinde gesammelt, ausgewertet, im Gemeinderat behandelt und anschließend in einer gemeinsamen Stellungnahme an das Land Steiermark übermittelt.

Abschließende Worte:

Die Entscheidung über mögliche Windkraftprojekte ist ein bedeutender Schritt für unsere Marktgemeinde und betrifft uns alle, sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich und landschaftlich. Umso wichtiger ist eine breite und sachliche Beteiligung.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Mitwirkung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Bürgermeister

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Karl Dobnigg' with a stylized flourish at the end.

(Karl Dobnigg)

Chronologie über Besprechungen wegen geplanter Windräder am Liesingberg

- **Mitte September 2024:**
Vorsprache von Herrn Wolfgang Jauk (WEB) bei Bgm.
- **Am 5. November 2024 (Beginn 19 Uhr)** fand im Sitzungssaal der Marktgemeinde Kammern von Herrn Jauk eine Informationsveranstaltung über die geplante Errichtung von 5 Windrädern durch die WEB am Liesingberg (Gemeindegebiet Kammern) statt.
Dazu waren die Mitglieder des Gemeinderates, sowie Vertreter der örtlichen Jägerschaft und Bauern geladen.
Diesbezüglich liegt auch ein schriftliches Angebot vor:
 - begünstigter Strompreis für die örtliche Bevölkerung von 9,9 Cent/kWh (netto)
 - Grundpreis 5 € pro Zählpunkt pro Monat (netto)
 - Laufzeit des Angebotes 5 Jahre ab Vertragsunterfertigung mit der WEB
 - Für örtliche Vereine und Feuerwehren – Sponsorverträge von jährlich insgesamt € 3.000,-
 - Für betroffene Gemeinden € 4.000 pro MW, was einen jährlichen Betrag von € 16.800,- pro Windkraftanlage ausmacht.
- **Am 3. 12. 2025** stellten sich Frau Mag. Magdalena Sekardi und Herr DI Dr. Philipp Stöger im Gemeindeamt als Vertreter des Verbundes (Verbund Green Power GmbH) vor.
Hier wurde das Vorhaben, die Errichtung von 6 - 7 Windrädern im Gemeindegebiet von Kammern und von gesamt zwischen 8 –und 14 (St. Michael und St. Stefan) vorgestellt.
Anwesend waren neben den beiden Vertretern des Verbundes: Bgm. Karl Dobnigg, Vzbg. Johann Ruppig, GK Leopold Kühberger und Amtsleiter Kaiser.
Diesbezügliche Angebote:
9,6 Cent und MWSt. auf 20 Jahre – Fixpreis ohne Index
Kompensationszahlung an die Gemeinde von € 26.000,- pro Anlage und Jahr – **Dauer blieb unerwünscht!**
- **Am 28. Jänner 2026** sprachen bei Bgm. Dobnigg zwei Vertreter des Landes Steiermark – Abt. 17, bezüglich einer Ausweisung für die Errichtung von Windrädern als Eignungszone – Steineck - vor.
Es waren dies Herr DI Seebacher und Herr Schrank.

Land:
28.28 ha
Photovoltaik
3580000,-
eng. Tal

Bestimmung:
Kohn - Lebensqualität
6 Wasserkraftwerke

Sie erklärten dabei, dass Sie hier nur einmal mit mir das Gespräch suchten, wie die hier die Einstellung der Marktgemeinde Kammern zu der Errichtung von Windrädern auf diesem Gebiet ist.

Die Windkraft Eignungszone legt keine Standorte und Anzahl der Windräder fest, sondern nur die Zone, wo Windräder errichtet werden dürfen.

Die Errichter der Windräder sind wieder von den Grundbesitzern abhängig, ob diese Ihr Wald-Grundstück zur Verfügung!

Sie sagten dabei zu, dass sie nun mit der Frau Bürgermeister in St. Michael und mit dem Bgm. von Stefan diesbezüglich die selben Gespräche führen werden und sich dann bei mir nochmals melden werden.

- Bei einer Abwasserverbandssitzung am Montag dem 9. März fragte ich Frau Bürgereisterin ^{Nicola} Sunitsch, ob diese beiden Herren mit ihr schon gesprochen haben und wie der Stand ist.
- Ihre Aussage dazu war, da wird eh nichts!
- Ich versuchte mehrmals einen der Herren von der Abteilung 17 des Lands telefonisch zu erreichen, dies war aber leider nicht möglich.
- Sogar vom Krankenhaus aus versuchte ich die Herren zu erreichen, kam dann über die Vermittlung zu einer Sekretärin, welche mir sagte, dass die beiden Herren in einer Sitzung sind.
- Es war gerade der Zeitpunkt, wo das Land die Pressekonferenz über die geplanten Zonen für die Errichtung von Windrädern präsentierte!!!
- Am 27. März sprachen bei mir Hr. Krempf –(Verbund) und Hr. Lukas Prasser (LRG) ebenfalls wieder wegen den geplanten Windrädern (Verbund) vor.

Vorschlag:

7 Windräder im Gemeindegebiet Kammern

7x € 25.000,- auf 20 -30 Jahre Jahre - Bestandsdauer

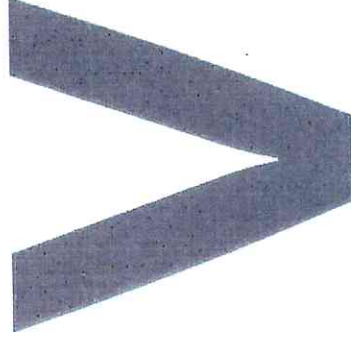
Strompreis für Bevölkerung 9,6 Cent auf 20 Jahre

Sie würden auch eine Bürgerinformation machen!

Trieben
Bevölkerung befragen: ~ 3 Monate
8 Wochen Frist - P. frei
Vorlaufzeit 6

Gespräch Windpark Kammern

VGP/GPA
03.2026



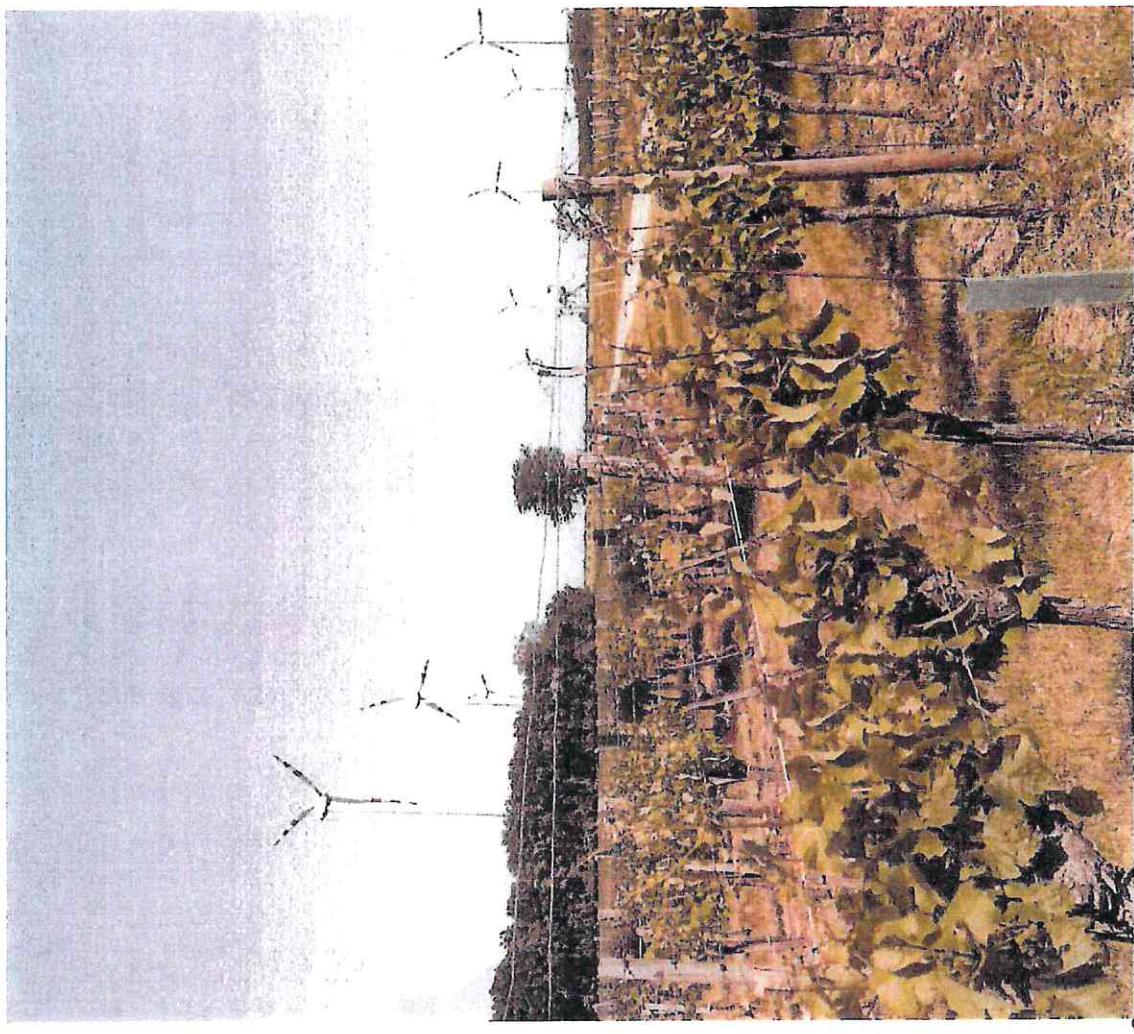
Verbund

Vertraulich - Confidential

Agenda

- Status Projekt/ Grundstückseigentümer
- Vorläufiger Zeitplan
- Einbindung / Beteiligung
- Diskussion

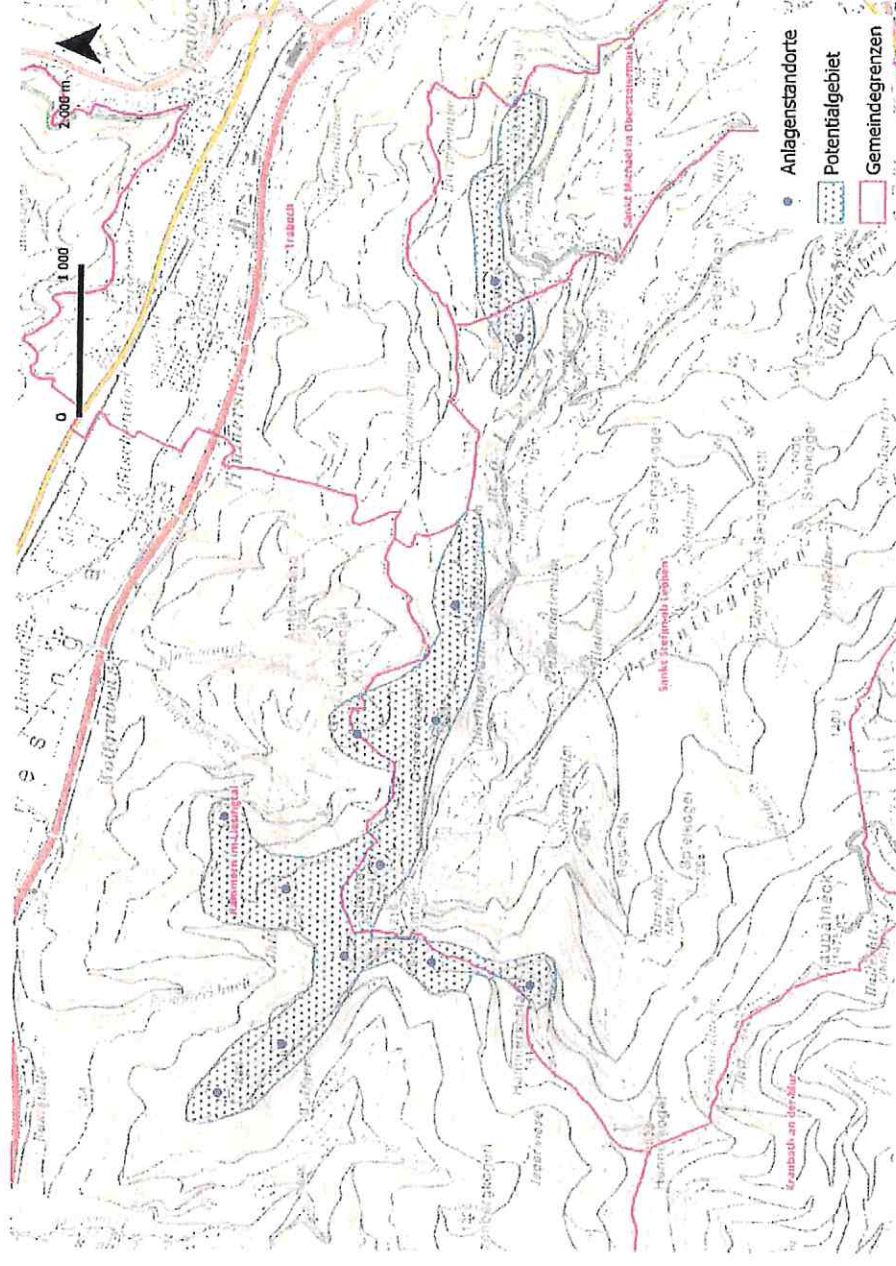
V



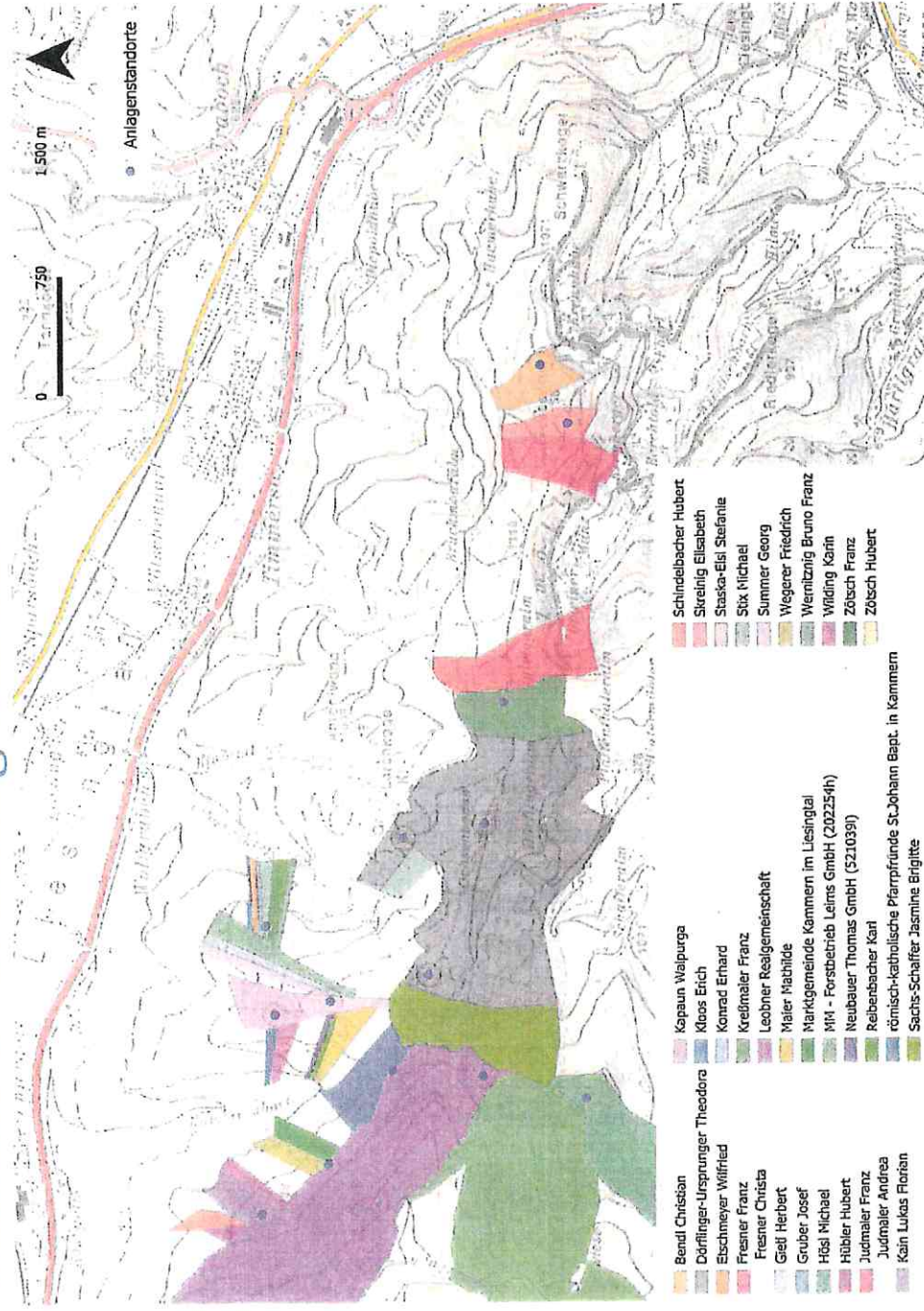
Vertraulich - Confidential

Projektgebiet

- Zonierungsvorschlag Sapro Steiermark
- Gemeinden
 - Gemeinde Kammern im Liesingtal
 - Gemeinde St. Stefan ob Leoben
 - Gemeinde St. Michael in der Obersteiermark
- Projektgröße
 - Anlagen: 8 – 14 Stück
 - Gesamtleistung: bis zu 84 MW
- Anlagentyp
 - Rotordurchmesser: 150 - 163 m
 - Nabenhöhe: Planung derzeit 125-148 m (Max. m)
 - Gesamthöhe: ca. 223 m
 - Leistung: ca. 6 MW pro Anlage



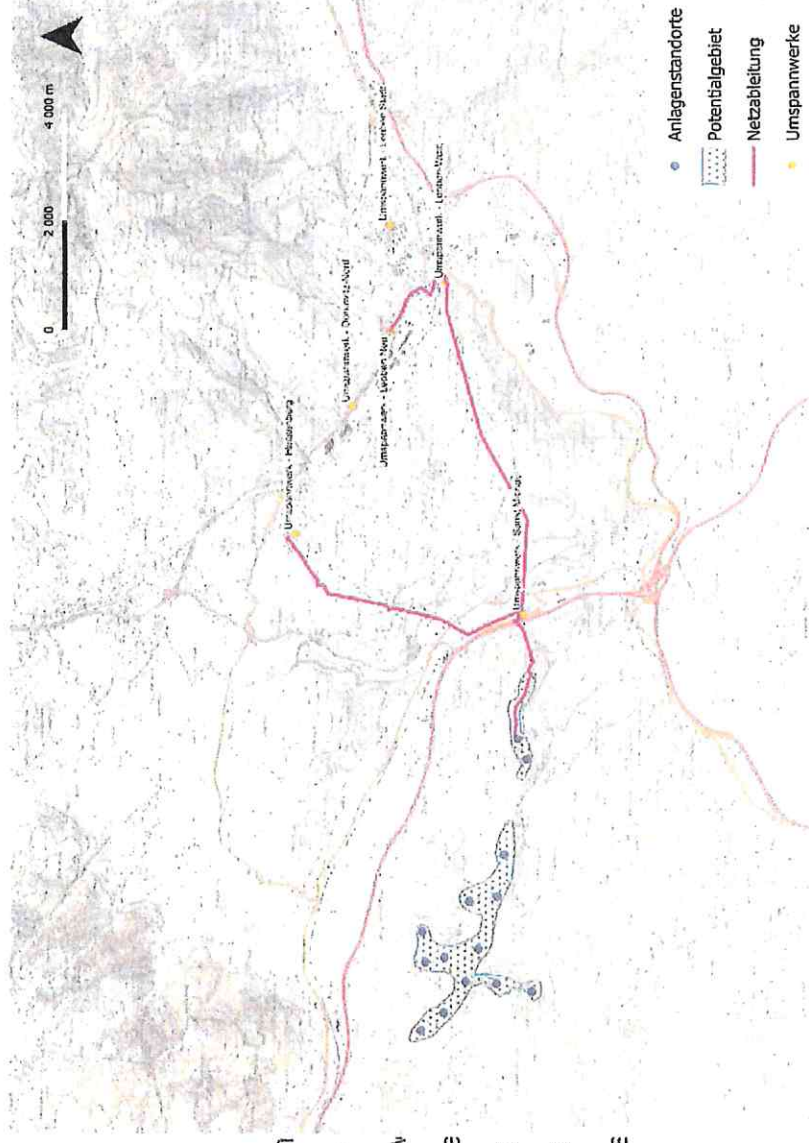
WP Kammern - Grundeigentümer



Vertraulich - Confidential

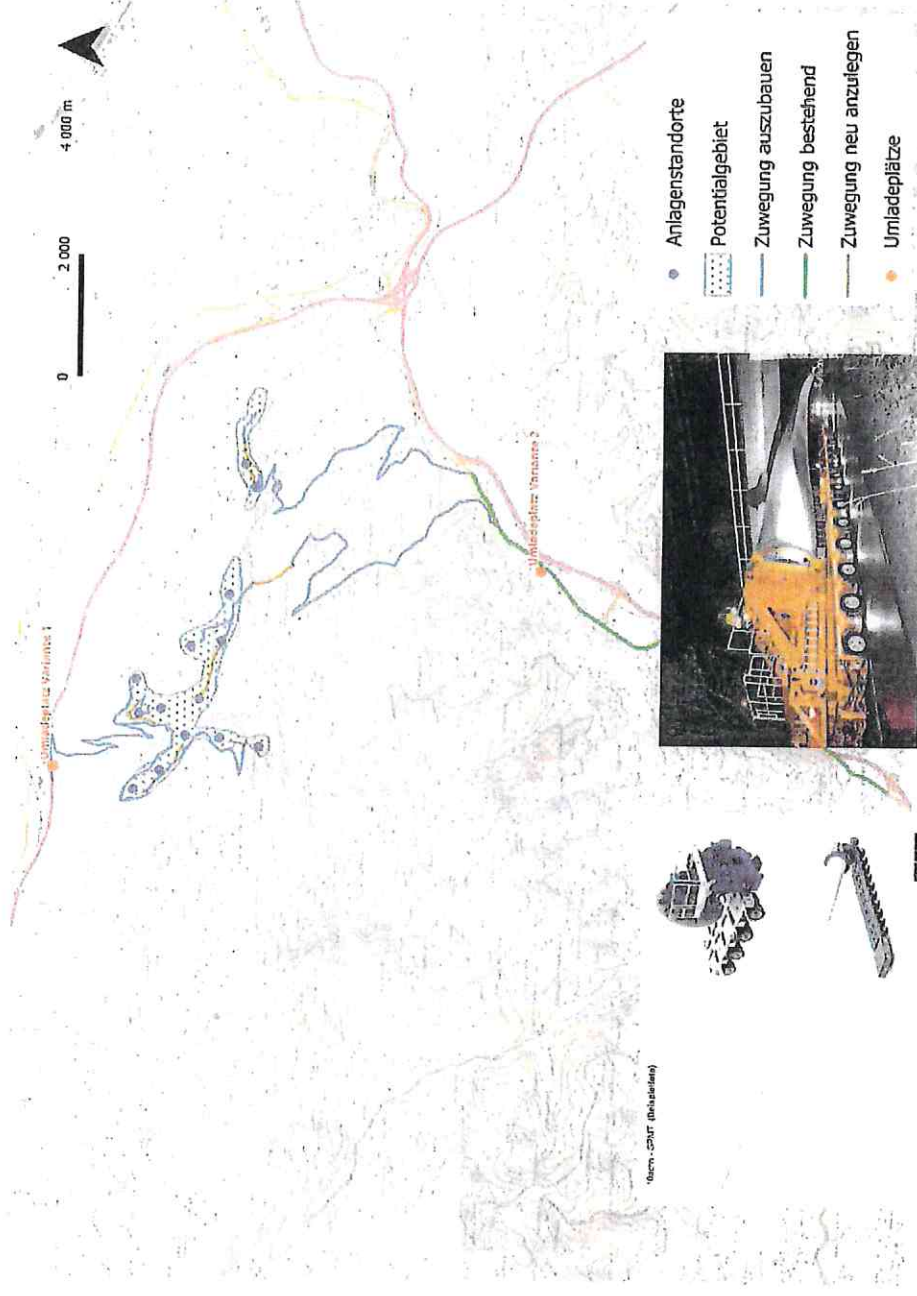
Netzableitung

- Mehrere Anschlusse in unmittelbarer Nähe
- Es werden derzeit zwei Umspannwerke Hesse Leoben Neu“ geprüft
- Netzableitung erfolgt
- Länge der Kabeltrasse

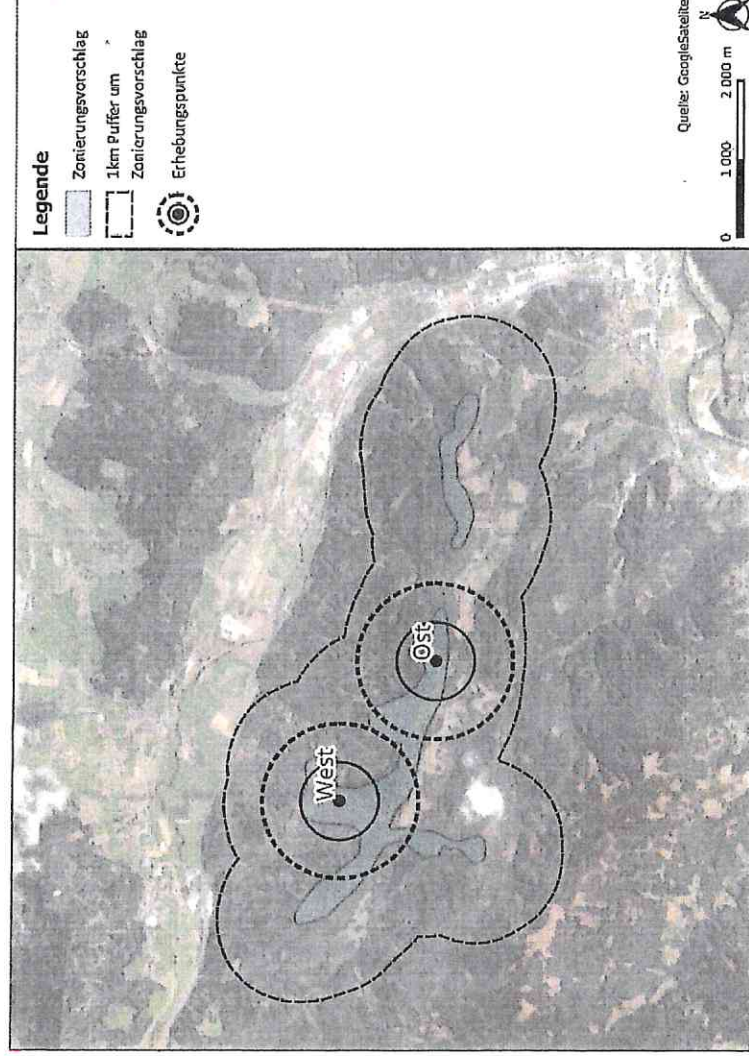


Zuwegungsvarianten

- **Zuwegungsvarianten**
 - Variante 1: Zufahrt über Kammern i. L. / Abfahrt A9
 - Variante 2: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Zmöllach
 - Variante 3: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Preßnitzgraben
- Zuwegung hauptsächlich über Autobahn, Bundes-/Landesstraße und bestehendes Forstwegenetz
- Variante 1 und 2 bereits durch Transportunternehmen geprüft
- Ab Umladeplatz muss mit Bladelifter/SPMT transportiert werden



Laufende Erhebungen im Projektgebiet



Ornithologische Untersuchungen seit 2024



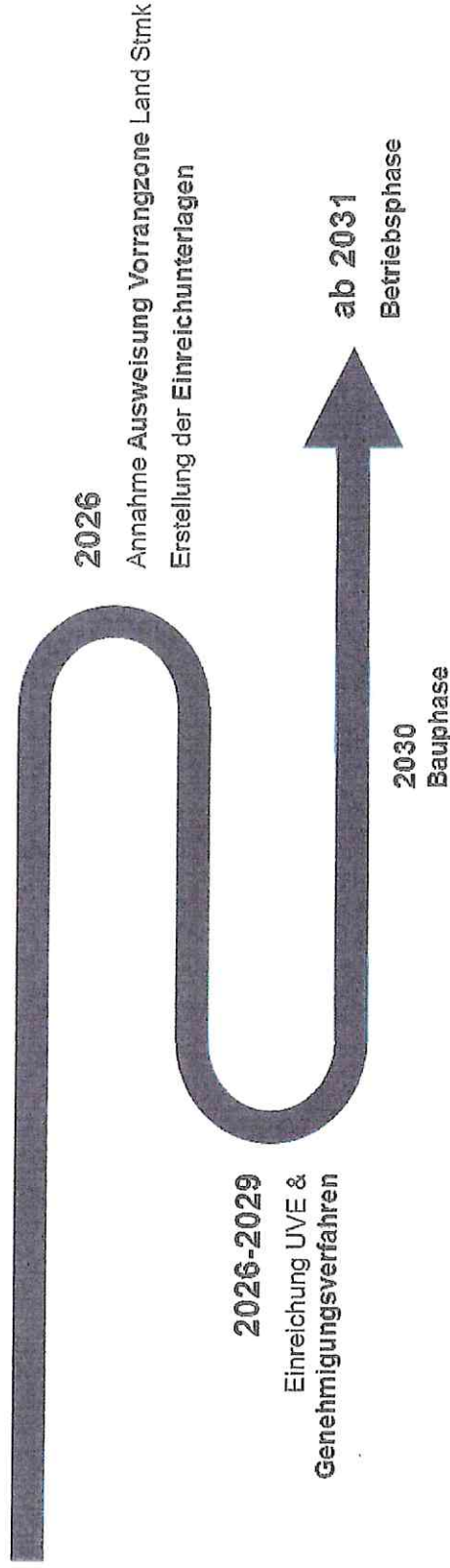
Windmessungen mittels Lidar seit Oktober 2024

Vorläufiger Zeitplan

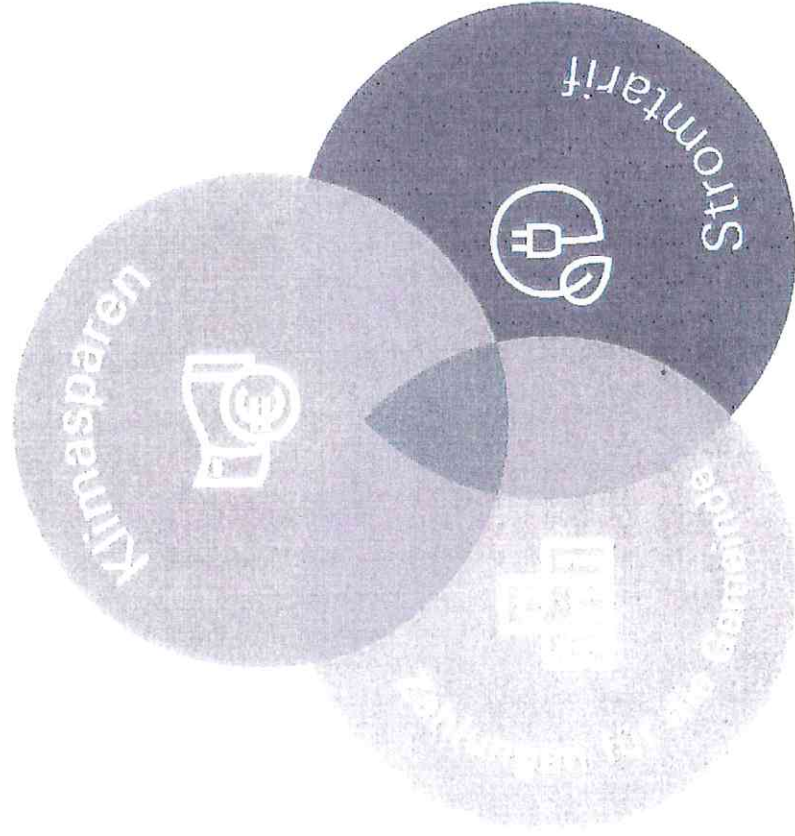
Die Entwicklungsdauer ist vor allem von den Genehmigungsverfahren abhängig. Es wird von einer Ausweisung einer SAPRO Zone im Jahr 2026 ausgegangen.

2025

- fortlaufende Ornithologische und ökologische Untersuchungen
- Windmessung mittels Lidar (seit 11.2024)



Partizipationsmodell der Gemeinde und Bürgerinnen & Bürger



Ansprechpartner

Magdalena Sekardi

T +43 664 – 821 34 55

E magdalena.sekardi@verbund.com

Stakeholder Management

Philipp Stöger

T +43 664 – 828 6474

E philipp.stoeger@verbund.com

Projektleitung

Gustav Krempf

T +43 664 – 828 5073

E philipp.stoeger@verbund.com

Geschäftsführer VGP AT

VERBUND Green Power Österreich GmbH

Am Hof 6a | 1010 Wien | Österreich

www.verbund.com

Disclaimer

Bitte beachten Sie, dass die in dieser Broschüre dargestellten technischen Details und allgemeinen Informationen zur Projektidee rein informativen Charakter haben und nicht verbindlich sind. Die Broschüre bildet keine Vertragsgrundlage. Dargestellte Grundrisse und Ansichten beruhen auf Daten, die den aktuellen Entwurfsstand bei Drucklegung repräsentieren und im Zuge weiterer Planungsphasen variieren können. Alle gezeigten Ansichten sind Symbolbilder und freie künstlerische Darstellungen. Die abgebildeten Visualisierungen können in natura abweichen. Die angeführte Projektidee entspricht dem Planungsstand vom 01.12.2025. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Bilder und Inhalte wird keine Haftung übernommen. Festgehalten wird, dass Interessenten aus dieser Broschüre keine wie immer gearteten Ansprüche erwachsen. Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne unter den oben angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.




Vertraulich - Confidential

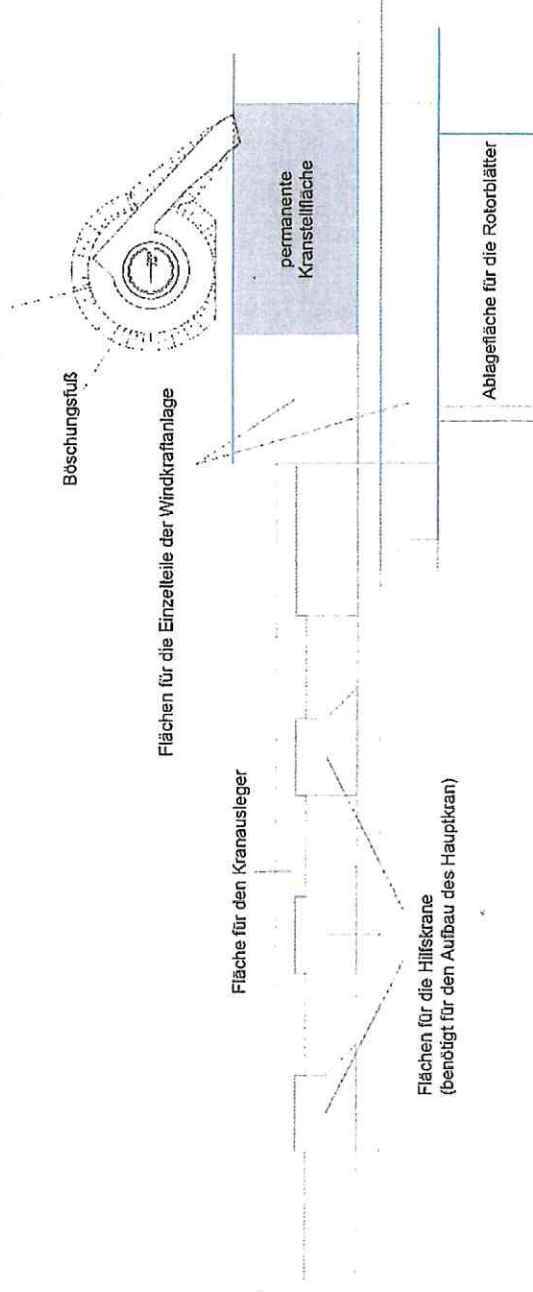
Anlagenstandort

- Größe der Kranstellflächen während der Bauphase beträgt ca. 7800 m²
- Nach der Bauphase wird die Kranstellfläche auf ca. 1000 m² reduziert

Temporäre Flächen für den Bau der Anlage

 Dauerhaft genutzte Flächen

Fundamentdurchmesser: ca. 26m
(Abweichungen durch den Untergrund möglich)



Gebühreneinzug AEV Code: P 630182
PSK Nr. 4157.959 Giro Nr. AT 08 19520 00000 626200
BIC KRECAT2GXXX

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Stempfergasse 7
8010 Graz

hba

Held Berdnik Astner & Partner
Rechtsanwälte GmbH

RA Dr. Guido HELD
RA Mag. Lukas HELD, LL.M.
RA Dr. Gottfried BERDNIK
RA Dr. Bernhard ASTNER
RA Dr. Joachim ZIERLER
[auch als Steuerberater zugelassen]
RA Dr. Ullrich SAURER
RA Mag. Doris BRAUN
RA Dr. Robert MIKLAUSCHINA
[auch gerichtlicher Sachverständiger für
Logistik-, Speditions-, Frachtrecht]
RA Mag. Dieter HUTTER
RA Dr. Leo GRÖTSCHNIG
RA Mag. Johannes ZINK
RA MMag. Petra HAAS-ZINK
RA Dr. Thomas GRUBER, LL.M.
RA Dr. Philipp SPATZ, LL.M.
[auch in New York zugelassen]
RA Mag. Thomas WALDBAUER
RA Mag. Denise MORBITZER

GZ: Abt13-10.10-S-59/2013

Einschreiter:

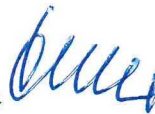
1. Forststiftung Heinrich XII. Prinz Reuss
FL-9490 Vaduz, Herrengasse 21
2. Dkfm. Georg Eltz
Mazuranicev Trg 5, HRV-10000, Zagreb
3. Ing. Josef Quinz, vulgo Bauer im Holz
Greith 1, 8733 Sankt Marein bei Knittelfeld (ST)
4. MM - Forstbetrieb Leims GmbH
Leims 35, 8773 Kammern im Liesingtal

alle vertreten durch:

hba

Held Berdnik Astner & Partner
Rechtsanwälte GmbH

AT-8010 Graz, Karmeliterplatz 4
Code P630182



A-8010 GRAZ
Karmeliterplatz 4
T +43 (0) 50 8060 200
F +43 (0) 50 8060 201
E graz@hba.at

A-1090 WIEN
Rooseveltplatz 10
T +43 (0) 50 8060 400
F +43 (0) 50 8060 401
E vienna@hba.at

A-9020 KLAGENFURT
Theaterplatz 5
T +43 (0) 50 8060 600
F +43 (0) 50 8060 601
E klagenfurt@hba.at

wegen:

Überarbeitung des Entwicklungsprogrammes für
den Sachbereich Windenergie

I. VOLLMACHTSBEKANNTGABE

II. ANREGUNG

auf Ausweisung des Naturschutzgebietes Nr. XXI als Ausschlusszone im Sinne
des Entwicklungsprogrammes für den Sachbereich Windenergie

Vollmacht gem.
§10 AVG, §8 RAO erteilt
1-fach
H/FRG

www.hba.at

FN 253765i

Bankhaus Krentschker & Co AG
IBAN AT521952000000626572
BIC KRECAT2GXXX

ATU 61172028 DVR 0855090

I.

In außen näher bezeichneter Rechtsache gibt die Einschreiterin bekannt, die Held Berdnik Astner & Partner Rechtsanwälte GmbH, Karmeliterplatz 4, 8010 Graz mit ihrer rechtsfreundlichen Vertretung beauftragt zu haben und beruft sich die ausgewiesene Rechtsanwaltsgesellschaft auf die ihr erteilte Vollmacht.

II.

1. Die umseits bezeichneten Einschreiter sind unter anderem Eigentümer des größten Teiles jener Grundstücke, auf denen sich das Naturschutzgebiet Nr. XXI „Niedere Tauern, Ostausläufer“ befindet.
2. Die Unterschutzstellung dieses Naturschutzgebietes erfolgte mit „Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 29. Jänner 2015 über die Erklärung von Gebieten der Niederen Tauern im Bereich Finsterwald, Hennerkogel und Hammer-schlag zum Naturschutzgebiet Nr. XXI“, LGBl. Nr. 17/2015. Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von rund 732 Hektar. Der Unterschutzstellung lagen die Ergebnisse verschiedener wildökologischer Untersuchungen zugrunde, die vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung Naturschutz, erst nach Erlassung der „Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Juni 2013, mit der ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie erlassen wird (LGBl. Nr. 72/2013, kurz: SAPRO Windenergie) in Auftrag gegeben worden waren (siehe hiezu insbesondere das Gutachten des Amtssachverständigen Dr. Turk sowie des vom Land Steiermark bestellten nichtamtlichen Sachverständigen Dr. Kollar).
3. Das Naturschutzgebiet Nr. XXI ist seit Jänner 2015

einerseits zu einem erheblichen Teil auf Flächen der Einschreiter ausgewiesen, die im SAPRO Windenergie im Juni 2013 bereits zur Ausschlusszone erklärt wurden; dies deshalb, da für diese Flächen bereits vor Erlassung des SAPRO Windenergie umfangreiche naturwissenschaftliche Untersuchungen vorlagen, die eine Ausweisung dieses Gebietsteiles als Ausschlusszone erforderlich machten (behördlich verfügte Wildschutzgebiete, BIOSA-Vertragsnaturschutzgebiet, von den Einschreitern vorgelegte Gutachten, etc);

andererseits zum Teil auf einem räumlich im Süden unmittelbar angrenzenden Höhenrücken, dem sog. Kraubatheck, ausgewiesen, wobei dieser zuletzt genannte Teil des Naturschutzgebietes im Zuge der Beschlussfassung des SAPRO Windenergie im Juni 2013 noch als „Eignungszone“ ausgewiesen wurde; dies mangels Vorliegens eingehender naturwissenschaftlicher Untersuchungen für diesen südlichen Teil.
4. Durch die Unterschutzstellung des Naturschutzgebietes Nr. XXI im Jänner 2015 soll die Eigenart, Funktionalität und naturräumliche Vielfalt der für diesen Teil der Niederen Tauern bedeutsamen Landschaft als naturnahes Ökosystem in naturnahem Zustand erhalten werden. Die subalpinen und hochmontanen Bereiche und das Moor („Schwarze Lacke“) sollen durch die Ausweisung als Naturschutzgebiet vor schädigenden Beeinträchtigungen und Störungen geschützt und ein günstiger Erhaltungs-

zustand naturnaher Wälder gesichert werden. Weiters dient die Unterschutzstellung dem Erhalt der von Natur aus heimischen, charakteristischen wildlebenden Pflanzen- und Tierarten in ihrer Vielfalt und in ihren natürlichen und naturnahen Lebensräumen. Insbesondere aber weisen die Einschreiter darauf hin, dass die Unterschutzstellung die Sicherung und Erhaltung des Gebietes als naturschutzfachlich bedeutsamer Korridor zwischen den Niederen Tauern und den südlich des Murflusses gelegenen Gebirgszügen für wechselnde Tierarten sowie die Erhaltung und Sicherung einer inneralpin bedeutsamen Vogelzugroute bezweckt.

5. Das oben angeführte Naturschutzgebiet umfasst insbesondere auch den gesamten Bereich der Eignungszone „Kraubatheck“ im Sinne des Entwicklungsprogramms für den Sachbereich Windenergie (SAPRO Windenergie).
6. Aus dem Zweck der Unterschutzstellung und den Gutachten der Sachverständigen (Dr. Hans Peter Kollar, Dr. Reinhold Turk, Dr. Andreas Kranz, DDr. Veronika Grünschnachner-Berger), die zur Ausweisung als Naturschutzgebiet führten, ergibt sich unzweifelhaft, dass es sich bei dem Naturschutzgebiet Nr. XXI, insbesondere auch dem Gebiet rund um das Kraubatheck, zur Gänze um ein Gebiet handelt, das für die Errichtung von Windkraftanlagen vollkommen ungeeignet ist. Dementsprechend hat das Land Steiermark als Naturschutzbehörde auch die Neuerrichtung jeglicher baulichen Anlagen im gesamten Gebiet des sog. Naturschutzgebietes Nr. XXI untersagt und die forstliche Nutzung nach Maßgabe des Verordnungsinhaltes teilweise eingeschränkt.

Beweis: Gutachten

- *Kollar*, „Kraubatheck“ – Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebietes, 26. Oktober 2014
 - *Turk*, Amtsgutachten zum Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. NSchg., 21.11.2014
 - *Kranz*, Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna – Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential, 28. Februar 2014
 - *Kranz*, Nachweise der Waldschnepfe am Kraubatheck – Freilanderhebungen im Juni 2014
 - *Grünschnachner-Berger*, Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten, Juli 2013
7. Die Errichtung von Windkraftanlagen stünde den Interessen des Landschaftsbildes, dem Schutz streng geschützter, zum Teil vom Aussterben bedrohter Vogelarten und dem Schutz von anderen Wildtieren, so insbesondere Fledermäusen, vor allem aber auch dem Schutz des außergewöhnlich bedeutenden Vogelzuges über das Kraubatheck/Hennerkogel/Glockkogel diametral entgegen. Um die Gefährdung dieser Interessen in Zukunft hintanzuhalten ist es notwendig, zumindest den Bereich des Naturschutzgebietes Nr. XXI als Ausschlusszone im Sinne des SAPRO Windenergie auszuweisen, um jede mögliche Nutzung als Standort für Windkraftanlagen zu unterbinden. Es liegen hinreichend Gründe zur Ausweisung des gesamten Bereiches des Naturschutzgebietes Nr. XXI als Ausschlusszone auch deshalb vor, weil der Bereich des Naturschutzgebietes Nr. XXI selbst aufgrund der vom Land Steiermark

eingeholten Gutachten als Trittstein und Quellgebiet für Raufußhühner mit überregionaler Bedeutung zu qualifizieren ist.

8. Die Einschreiter verweisen nochmals auf die Notwendigkeit zur Ausweisung des Bereiches des Naturschutzgebietes Nr. XXI als Ausschlusszone. Dies ergibt sich allein schon aus den vorliegenden Gutachten, insbesondere jenen der Sachverständigen Dr. Hans Peter Kollar, Dr. Reinhold Turk, Dr. Andreas Kranz und DDr. Grünsachner-Berger, die im Rahmen bzw. im Zusammenhang mit der Ausweisung des Gebiets „Niedere Tauern im Bereich Finsterwald, Hennerkogel und Hammerschlag“ als Naturschutzgebiet nach Juni 2013 erstellt wurden und daher bei der Beschlussfassung über das SAPRO Windenergie noch keine Berücksichtigung finden konnten.

Beweis: Gutachten der Sachverständigen Dr. Kollar, Dr. Turk, Dr. Kranz, DDr. Grünsachner-Berger

9. So hält **Kollar** in seiner Gutachterlichen Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebietes fest, dass das Gebiet eine außergewöhnlich hohe Artenvielfalt aufweist und ihm wesentliche Bedeutung als Durchzugsgebiet und Wildtierkorridor zukommt. Insbesondere wurden im Rahmen seiner Untersuchung 57 Vogelarten am Durchzug festgestellt, was eine vergleichsweise hohe Artenanzahl darstellt. In seinem Gutachten kommt Kollar zum Ergebnis, dass „(d)as Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose daher als sich hinsichtlich Ursprünglichkeit (Naturnähe) deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen“ ist.

Insgesamt konnten im Zuge seiner Erhebung 85 Vogelarten (darunter 19 vom Aussterben bedrohte oder gefährdete bzw. in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie aufgelistete Arten), davon 36 Brutvogelarten festgestellt werden. Besonders hervorzuheben sind dabei Birkhuhn, Auerhuhn und Waldschnepfe, sowie Steinadler und Wespenbussard. Auch auf die hohe Artenzahl an Fledermäusen sowie weitere standortgebundene geschützte und gefährdete Arten, vor allem unter den Wirbellosen, weist Kollar ausdrücklich hin. Nicht unberücksichtigt bleiben darf auch die große Bedeutung als Wanderkorridor für landgebundene Tiere sowie die Durchzugsstrecke für Vögel; beim Vogelzug wurden zum Teil über 5000 Durchzugsbewegungen täglich und zwar in einer Höhe zwischen 50m und 200m gezählt!

10. **Turk** stellt in seinem Gutachten fest, dass das nunmehrige Naturschutzgebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und sogar überregionale Bedeutung für den Naturschutz hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehensprecht, der Sperlingskauz etc. Das Gebiet ist ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und ein qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.
11. Laut **Grünsachner-Berger** kommt dem Bereich des nunmehrigen Naturschutzgebietes Nr. XXI eine große Bedeutung als Trittstein zu. Durch den Verlust wichtiger Trittsteine ist eine steiermarkweite Beeinträchtigung der Bestände von Raufußhühner zu befürchten.
12. Schon **Kranz** hat in seinem Gutachten darauf hingewiesen, dass im Bereich der

Eignungszone Kraubatheck zahlreiche Schutzgüter festgestellt werden konnten, wie beispielsweise zahlreiche Vogelarten, unter anderem auch Zugvogelarten, sowie Fledermäuse und Ameisen. Das Kraubatheck sei ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ am besten geeignete Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm. Außerdem liegt das Kraubatheck, und damit auch das Naturschutzgebiet Nr. XXI „auf einem regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbeforzugende Arten wie Luchs, Braunbär, Wolf und Rotwild“. Kranz konnte 13 der nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie geschützten Arten im Bereich des Kraubatheck im Rahmen seiner Beobachtungen nachweisen!

13. Aus all den vorgenannten Gründen ergibt sich ohne Zweifel, dass das gesamte Naturschutzgebiet Nr. XXI unter allen Umständen von der Bebauung mit Windkraftanlagen und sonstigen baulichen Anlagen freizuhalten ist. Um dies sicherzustellen, hat eine Ausweisung dieses Naturschutzgebietes als Ausschlusszone im Sinne des SAPRO Windenergie zu erfolgen.
14. Das SAPRO Windenergie sieht eine Überarbeitung seiner Verordnung spätestens nach Ablauf von 5 Jahren nach Erlassung des SAPRO Windenergie vor. Diese in Kürze anstehende Überarbeitung der Verordnung bietet die Möglichkeit, die oben dargestellten Erkenntnisse, die erst nach Erlassung des SAPRO Windenergie im Juni 2013 neu hervorgekommen sind, in die aktualisierte Version des SAPRO Windenergie einzuarbeiten.
15. Daher ergeht das

DRINGENDE ERSUCHEN

um Ausweisung der gesamten Fläche des Naturschutzgebietes Nr. XXI „Niedere Tauern, Ostausläufer“ als Ausschlusszone im Sinne des Entwicklungsprogrammes für den Sachbereich Windenergie

Graz, am 17.11.2016
Forstbe/Wildschu-3-H / 119

Forststiftung Heinrich XII. Prinz Reuss
Dkfm. Georg Eltz
Ing. Josef Quinz, vulgo Bauer im Holz
MM - Forstbetrieb Leims GmbH

Beilagen:

- Kollar, „Kraubatheck“ – Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebietes, 26. Oktober 2014
- Turk, Amtsgutachten zum Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. NSchG., 21.11.2014
- Kranz, Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna – Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential, 28. Februar 2014
- Kranz, Nachweise der Waldschnepfe am Kraubatheck – Freilandhebungen im Juni 2014
- Grünschnachner-Berger, Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten, Juli 2013

Amtsgutachten

Befund:

Das gegenständliche Gebiet umfasst die Hochlagen der östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in der Obersteiermark zwischen Liesingtal im Norden und Murtal im Süden, beginnend mit der Höhe „Blutsattel“-„Feuerkogel“ im Westen mit etwa 1666m Höhe und über die Kuppe „Hennerkogel“ mit 1533m Höhe zum Kraubatheck leicht abfallend.

Mit dem Höhenzug laufen die Seckauer Alpen als Teil der Niederen Tauern von den über der Waldgrenze liegenden Gipfeln und Graten Seckauer Zinken (2397m), Schwaigerhöhe, Lamprechthöhe und Speikbichl (1878m) mit bewaldeten Rücken zum Murtal hin aus. Die östlichste, mit 1475m Seehöhe immer noch deutlich über die Umgebung hinausragende Erhebung dieses Gebiets ist die Kuppe „Kraubatheck“. Südlich vom Murtal, dem Kraubatheck gegenüber, liegt in etwa 14 km Entfernung die Berggruppe um die Gleinalpe, die mit Wildegkogel, Speikkogel, Roßbachkogel und anderen (jeweils knapp 1800 bis knapp 1900m) die Höhenlagen nach Süden zu gegen die Stubalpe hin fortsetzt. Im Sattel zwischen Hennerkogel und Kraubatheck liegt im Wald die „Schwarze Lacke“ (KRANZ 2014a; Schwarzlacke in der ÖK), ein natürlicher Moorsee von etwa 4000 m² Größe. Die Schwarze Lacke ist als natürliches Gewässer gemäß Stmk NSchG als Landschaftsschutzgebiet (§ 7 Abs. 1 in Verbindung mit §6 Abs. 3-6) geschützt. Das für die Unterschutzstellung vorgesehene Gebiet ist bewaldet, wobei der Fichten-Lärchenwald auf etwa 1400-1500m Seehöhe überwiegt. Der Wald ist in den Kuppenlagen infolge Windwurf, Schneebruch und Kalamitäten aufgelichtet, zur Fichte (*Picea abies*) als Hauptbaumart treten Lärche (*Larix decidua*) und vereinzelt Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*) hinzu. Die natürliche Waldgesellschaft ist der hochmontan-tiefalpine Fichtenwald. Altholz ist kleinflächig erhalten geblieben. Inmitten jüngeren Waldes stehen zerstreut einzelne alte Fichten und Lärchen, die auf frühere Weidenutzung hinweisen, die nach unten anschließenden Hänge sind großflächig von Wirtschaftswald mittleren Alters mit einigen regelmäßigen Schlagflächen bestanden. Zur Unterschutzstellung sind nur die höheren Lagen des Höhenzuges oberhalb von etwa 1300m über Adria auf eine Breite von etwa 250-1.000m vorgesehen.

Außer einer Jagdhütte, Zäunen, Wegen, einem Feldaltar mit Sitzbänken, Marterln u. dgl. sowie einem Windmessmast, der befristet bewilligt ist (s. Bescheide) sowie mäßige Eingriffe der Forstwirtschaft (Forstwege, kleinflächige forstliche Nutzungen) enthält das Gebiet keine anthropogenen Einrichtungen.

Das Gebiet weist darüber hinaus eine Kette von sechs über das Steirische Jagdgesetz verordneten Wildschutzgebieten zur Hintanhaltung von Störungen der Auer- und Birkhühner zur Brut- und Aufzuchtzeit auf, des Weiteren ein Vertragsnaturschutzgebiet (BIOSA) im Ausmaß von 500 ha zur Erhaltung und Förderung der Auer- und Birkhuhnlebensräume, stellvertretend für alle geschützten Charaktervögel des höheren und hochgelegenen Bergwaldes.

Das Gebiet ist ein Teil des IBA (Important Bird Area, Bedeutendes Vogelgebiet), und kann als solches bei Entscheiden des EuGH und des VwGH als wissenschaftliche Grundlage zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannt und herangezogen werden. Als Ausweisungsgründe für das IBA werden gemäß IBA-Kriterien die Arten Steinadler, Birkhuhn, Auerhuhn, Mornellregenpfeifer, Sperlingskauz, Raufußkauz und Dreizehenspecht angeführt (ZECHNER & SPREITZER in DVORAK 2009). Die Entfernung zum Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ als Teil des kohärenten Schutzgebietsnetzwerkes „Natura 2000“ der Europäischen Union beträgt etwa 6 km.

Die Befunde der Vorgutachter (Grünschachner-Berger 2013, Pfeifer 2013, Leitner 2013, Kranz 2014 und Kollar 2014) sind auch im gegenständlichen Befund berücksichtigt.

Gutachten:

Im zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gebiet wurden, alle vorliegenden Unterlagen zusammenfassend, 85 Vogelarten und 11 Fledermausarten angetroffen.

In der Biotopbeschreibung des Landes (Revision vom 18.9.1991) wird die ebenfalls im ggstl. Gebiet liegende „Schwarze Lacke“ unter dem Code 11.0072 (Hennerkogel (Schwarzlacke), St. Stefan) als Verlandungsmoor bezeichnet und es wird dort empfohlen, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Eine landeseigene Studie von Grünschachner-Berger (2013) weist darauf hin, dass in dem ggstl. Gebiet die Auerhuhndichte hier im Vergleich zu anderen steirischen Vorkommen überdurchschnittlich groß ist und darüber hinaus Reihe von anderen Anhang I Arten gemäß VS-RL vorkommt.

Eine weitere Studie von Kranz (2014) erwähnt das Vorkommen von 59 Vogelarten, davon 13 Anhang I Arten gemäß VS-RL, 25 Zugvogelarten und Hinweise auf eine bedeutende inneralpine Zugroute, Balzplätze bzw. Brutnachweise von Auer- und Birkhuhn, Sperlingskauz und Dreizehenspecht sowie Brutverdacht für Wespenbussard, das Vorkommen von 11 der 28 in Österreich lebenden Fledermausarten (alle streng geschützt, da Anhang IV Arten gemäß FFH-Richtlinie), potenzielle Ruhestätten von Fledermäusen und Niststandorte von Anhang I Vögeln in 63 Baumhöhlen sowie Nester hügelbauender Ameisen im Ausmaß von mindestens 102 Kolonien.

Bezüglich der VS-RL belegen die vorliegenden Daten im Kontext der Lebensräume, Vorkommen und Dichten von Anhang I Arten in der ganzen Steiermark, dass das ggst. Gebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und überregionale Bedeutung hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehenspecht und der Sperlingskauz.

Die Bedeutung des Gebietes für die genannten Arten liegt in dessen Lage (tiefsubalpiner naturnaher Bergwald am östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in einer Höhe über 1.300 m) und im Zusammenhang mit anderen Vorkommen dieser Arten. Es ist demnach ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.

Es stellt darüber hinaus auch einen regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbevorzugende Arten wie Luchs, Braunbär und Wolf dar. Auf die Bedeutung des im ggstl. Gebiet liegenden Höhenrückens am Kraubatheck als international bedeutsamer Weitwanderwechsel von Großraubwild (Bär, Wolf, Luchs) verweisen bereits Völk et. al (2001) und Leitner (2013).

Eine im Auftrag der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Studie (Kollar 2014) bestätigt ebenfalls, dass das Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose hinsichtlich seiner Ursprünglichkeit (Naturnähe) als ein sich deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen ist. Demnach ist die Anzahl der Vogelarten hier deutlich höher als die in den umliegenden Wirtschaftswäldern zu erwartende Artenzahl und weist die Artengemeinschaft aus Auerhuhn, Birkhuhn, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Waldschnepfe und Wespenbussard auf sehr naturnahe Lebensgrundlagen (Lebensraumtypen) hin. Dies wird auch durch die hohe Artenzahl an Fledermäusen unterstützt.

Die gutachterlichen Stellungnahmen der Vorbegutachter decken sich mit den persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen des Gefertigten zum Gebietscharakter und seiner Bedeutung für eine Vielzahl wildlebender Tiere (geschützte Arten). Die Richtigkeit der Ergebnisse der

Vorbegutachter steht außer Zweifel und lässt auch zwischen den Sachverständigen keine Widersprüche erkennen.

Daher ergibt sich zusammenfassend folgende Schlussfolgerung:

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.

Eine Erklärung des Gebietes zum Naturschutzgebiet steht im Einklang mit den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Für den Fachbereich Naturschutz:

(Dr. Reinhold Turk)

Quellen:

Grünschachner-Berger, V. 2013: Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten. Gutachten im Auftrag der A 10 – Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, 29 Seiten.

Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

Kranz, A. und Toman A.. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

Leitner, H. 2013: Bedeutung des Kraubatheck als Korridor für landgebundene Großsäuger Expertise, Büro für Wildökologie und Forstwirtschaft e. U., Klagenfurt, 9 Seiten.

Völk, F., Glitzner, I. & M. Wöss, M. 2001: Kostenreduktion bei Grünbrücken durch deren rationellen Einsatz. Kriterien – Indikatoren – Mindeststandards. Erstellt im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Straßenforschung, Heft 513, Wien. 97 Seiten plus Anhang.

Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten

im Auftrag betroffener Grundeigentümer
zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“
des Verordnungsentwurfes
der Steiermärkischen Landesregierung
für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026



DI Dr. Andreas Kranz & Jitka Kranz MSc LL.M
Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz

alka-kranz e. U.

Graz, im Juni 2026

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	4
Hintergrund	5
Definition und Erläuterung zur Eignungszone	5
Konkrete Planungen von Windkraftanlagen.....	6
Befund.....	8
IBA – Important Bird Area	8
EuGH C-3/96, 1998.....	9
EuGH C-166/97, 1999	9
EuGH C-374/98, 2000	11
EuGH C-388/05, 2007	12
EuGH C-141/14, 2016	13
EuGH C-66/23, 2024.....	14
KBA – Key Biodiversity Area	15
Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone	16
Vogelschutzgebiet (SPA).....	16
FFH-Gebiet (SCI)	18
Naturschutzgebiet XXI	18
Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019	23
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	24
Dienstanweisung des Verkehrsministeriums	24
Waldentwicklungsplan.....	25
Habitate und Biodiversität in der Eignungszone	25
Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU).....	25
Lokalausweise 2026	27
Naturerfahrung durch sanften Tourismus.....	32
Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb.....	32
Verhandlungen über die Koexistenz.....	34
Gutachten	36
Koexistenz und Konflikt	36
Vermeidung negativer Auswirkungen	36

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende.....	37
Habitate und Biodiversität in der Eignungszone	38
Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere	38
Überregional bedeutsame Zugvogelroute	39
Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI.....	39
Key Biodiversity Area	40
IBA und SPA.....	40
EuGH, C-3/96, 1998.....	40
EuGH, C-166/97, 1999	41
EuGH, C-374/98, 2000.....	42
EuGH, C-388/05, 2007.....	42
EuGH, C-141/14, 2016	43
EuGH C-66/23, 2024.....	43
Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen.....	44
Zusammenfassung.....	46
Policy Brief.....	49

Auftragnehmer:

Ingenieurbüro für Wildökologie und Naturschutz e. U.
Am Waldgrund 25, 8044 Graz, Österreich
andreas.kranz@alka-kranz.eu
0664 2522017

Zitiervorschlag:

Kranz A. & Kranz J. 2026: Naturschutzfachliches und naturschutzrechtliches Gutachten im Auftrag betroffener Grundeigentümer zur geplanten Eignungszone „Steineck-Kammern“ des Verordnungsentwurfes der Steiermärkischen Landesregierung für den Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026; 50 Seiten.

Executive Summary

Der Anspruch des Sachprogramms lautet, den Ausbau der Windenergie raumverträglich zu steuern und negative Umweltauswirkungen durch eine Zonierung zu vermeiden. Unter genau dieser Zielvorgabe ist die Eignungszone Steineck-Kammern kein geeigneter Positivstandort, sondern ein Standort mit hohem Ausschlussbedarf.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht ungeeignet ist, da sie in einem „Important Bird Area“ (IBA) liegt, sich in der Nähe von Schutzgebieten befindet, für sensible Vogelarten von Bedeutung ist sowie als Zug- und Vernetzungskorridor fungiert. Damit wird das Gebiet zu einem faktischen Vogelschutzgebiet und ist wie ein unionsrechtliches Vogelschutzgebiet (SPA) zu behandeln.

Konfliktvermeidung muss bereits auf Ebene der strategischen Raumplanung erfolgen, und spätere Minderungsmaßnahmen oder UVP-Verfahren können die Standortentscheidung nicht ersetzen.

Daher empfiehlt das Gutachten, die Eignungszone zu streichen und die Ausschlusszonen im Bereich der Niederen Tauern auszuweiten.

Hintergrund

Das Land Steiermark hat am 13. April 2026 einen Entwurf einer Verordnung für das Entwicklungsprogramm im Sachbereich Windenergie veröffentlicht, mit der Möglichkeit, bis zum 8. Juni 2026 eine Stellungnahme abzugeben.

Der Verordnungsentwurf definiert in den Erläuterungen zwei Ziele: a) Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern und b) Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonen. Daraus abgeleitet werden drei Maßnahmen: 1) Festlegung von zusätzlichen 7 Vorrang- und 5 Eignungszonen sowie Erweiterungen bestehender Vorrang- bzw. Eignungszonen; 2) Evaluierung und Aktualisierung der Ausschlusszonen; 3) Festlegung allgemeiner und standortspezifischer Minderungsmaßnahmen.

Diese Verordnung sieht unter anderem die Eignungszone „Steineck-Kammern“ für Windkraftanlagen in den östlichen Ausläufern der Niederen Tauern vor. Das gegenständliche Gutachten bewertet die naturschutzfachliche Bedeutung des Gebiets vor Ort, im regionalen und überregionalen Kontext sowie vor dem Hintergrund der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen und Erkenntnisse und beurteilt den Planungsprozess im Hinblick auf die Konfliktvermeidung im Naturschutz (IUCN HWCC-Richtlinie <https://www.hwctf.org/>). Darauf aufbauend werden Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf formuliert.

Definition und Erläuterung zur Eignungszone

Der Verordnungsentwurf definiert Eignungszonen in § 3a (3) wie folgt:

„Eignungszonen sind Standorte, an denen ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht. In diesen Zonen ist eine Widmungsfestlegung auf der Ebene der örtlichen Raumplanung als Grundlage für ein Projektgenehmigungsverfahren erforderlich.“

In den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf wird zu den Eignungszonen wie folgt ausgeführt:

„Eignungszonen dokumentieren ein regionales öffentliches Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen am Standort (Standortsicherung). Für die Errichtung von Windenergieanlagen in Eignungszonen sind die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen in den örtlichen Raumordnungsinstrumenten der jeweiligen Standortgemeinden zu treffen (Festlegungen im örtlichen Entwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan).“

Konkrete Planungen von Windkraftanlagen

Die Gemeinde Kammern im Liesingtal informiert auf ihrer Homepage¹ über konkrete Pläne von Energieproduzenten. Demnach gibt es seit 2025 Gespräche mit Projektwerbern, die 2026 intensiviert wurden, und die Kompensationszahlungen an die Gemeinde sowie die begünstigten Strompreise für die Bewohner der Gemeinde im Falle einer Realisierung des Projekts dokumentieren.

Nachfolgende naturschutzfachlich relevante Unterlagen hat die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 als Projektinformation zur Verfügung gestellt: a) Lage der geplanten Windkraftanlagen (Abbildung 1), b) laufende Erhebungen (Abbildung 2) und c) Zuwegvarianten (Abbildung 3). Im März wurde das Gebiet seitens der Projektwerberin Verbund AG noch als Vorrangzone vorgestellt und zumindest der südlichste Anlagenstandort befand sich im Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK. Der in Abbildung 1 dargestellte Zonierungsvorschlag ist demnach nicht mehr aktuell und entspricht nicht dem im Verordnungsentwurf vorgesehenen.

Projektgebiet

- Zonierungsvorschlag Sapro Steiermark
- Gemeinden
 - Gemeinde Kammern im Liesingtal
 - Gemeinde St. Stefan ob Leoben
 - Gemeinde St. Michael in der Obersteiermark
- Projektgröße
 - Anlagen: 8 – 14 Stück
 - Gesamtleistung: bis zu 84 MW
- Anlagentyp
 - Rotordurchmesser: 150 - 163 m
 - Nabenhöhe: Planung derzeit 125-148 m (Max. m)
 - Gesamthöhe: ca. 223 m
 - Leistung: ca. 6 MW pro Anlage

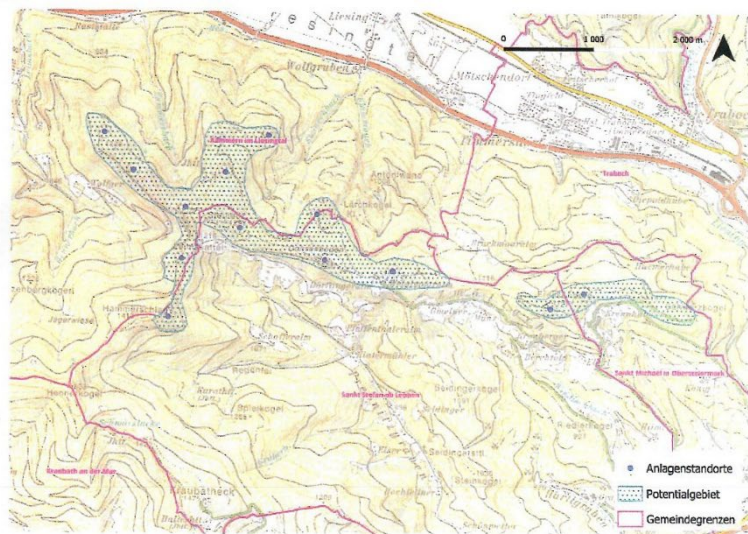


Abbildung 1: Projektgebiet, wie es die Projektwerberin Verbund AG der Gemeinde Kammern im März 2026 präsentiert hat; damals noch als Vorrangzone.

¹ https://www.kammern-liesingtal.gv.at/Information_zur_moeglichen_Errichtung_von_Windraedern, abgerufen am 19.05.2026

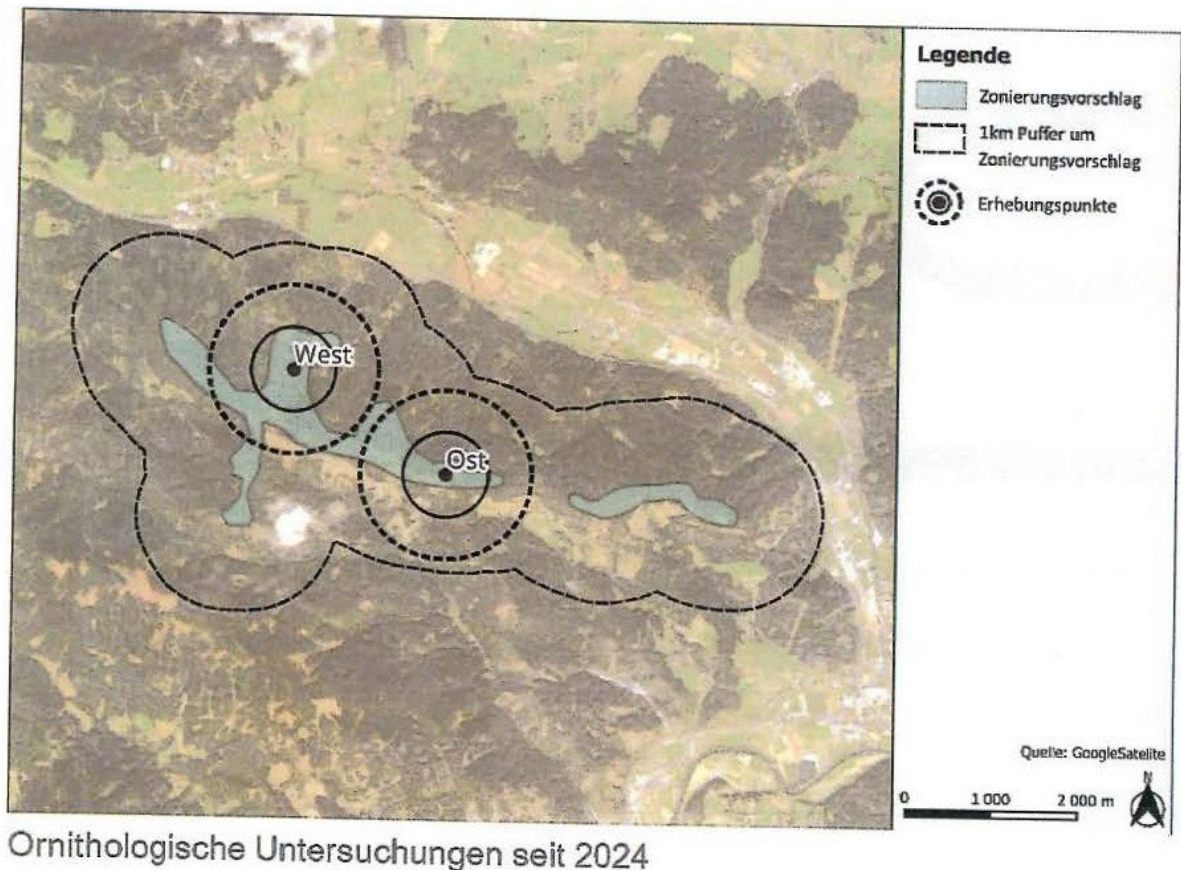


Abbildung 2: Lage der Erhebungspunkte für ornithologische Vorerhebungen der Projektwerberin seit 2024

Zuwegungsvarianten

- Zuwegungsvarianten
 - Variante 1: Zufahrt über Kammern i. L. / Abfahrt A9
 - Variante 2: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Zmöllach
 - Variante 3: Zufahrt über S 36 Abfahrt Feistritz St. Lorenzen – Preßnitzgraben
- Zuwegung hauptsächlich über Autobahn, Bundes-/Landesstraße und bestehendes Forstwegenetz
- Variante 1 und 2 bereits durch Transportunternehmen geprüft
- Ab Umladeplatz muss mit Bladelifter/SPMT transportiert werden

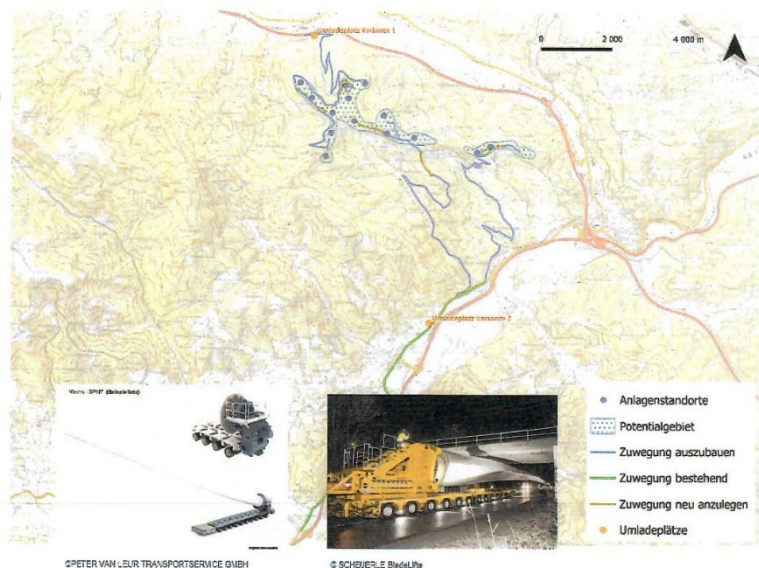


Abbildung 3: Zuwegvarianten

Befund

IBA – Important Bird Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area² (Abbildung 4). IBAs haben sich zu einem wichtigen Werkzeug der fachlichen Naturschutzarbeit entwickelt. In Europa entstanden und erstmals erprobt, werden IBAs heutzutage weltweit, einschließlich der Weltmeere, ausgewiesen. Sie bilden überall eine wesentliche Grundlage für die Identifizierung potenzieller Schutzgebiete zur Sicherung von Beständen gefährdeter und nur lokal verbreiteter Vogelarten sowie ihrer Lebensräume.³ In Österreich gibt es Stand 2009 56 IBAs. Davon sind 12% als global, 54% als regional und 34% als subregional von Bedeutung eingestuft. Das IBA „Niedere Tauern“ ist als von regionaler Bedeutung eingestuft. In der Steiermark sind sechs IBAs ausgewiesen. Der Verordnungsentwurf sieht einzig in dem IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor.

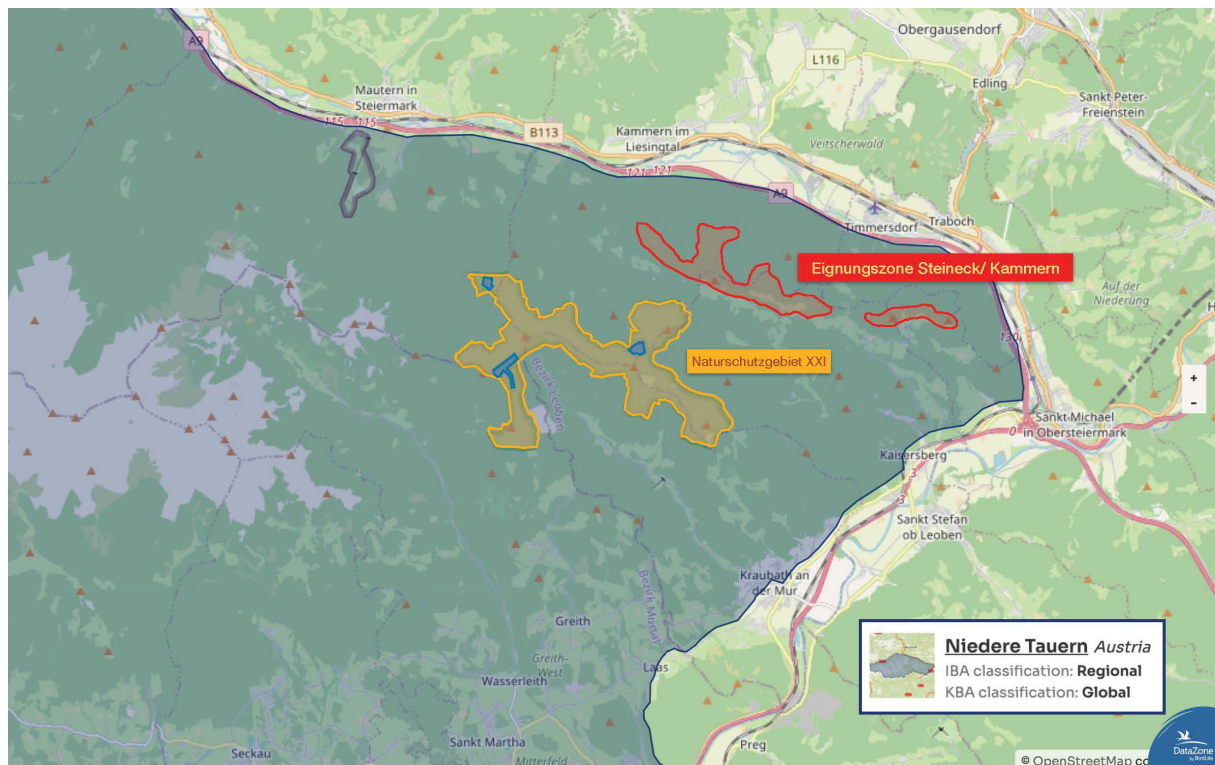


Abbildung 4: Die Lage des IBA und KBA Niedere Tauern dunkel hinterlegt, rot die designierte Eignungszone Steineck-Kammern und orange die Lage des Naturchutzgebietes XXI des Landes STMK mit seinen drei Naturwaldzellen (blau).

² Dvorak M. (Herausgeber) 2009: Important Bird Areas. Die wichtigsten Vogelschutzgebiete Österreichs. BirdLife Österreich. Verlag Naturhistorisches Museum Wien, Wien, 578 pp.

³ Loupal G. 2009 in Dvorak IBAs in Österreich.

Zu IBAs liegen sechs Urteile des EuGH vor, die hier relevant sind.

- EuGH, C-3/96, 1998
- EuGH, C-166/97, 1999
- EuGH, C-374/98, 2000
- EuGH, C-388/05, 2007
- EuGH, C-141/14, 2016
- EuGH, C-66/23, 2024

EuGH C-3/96, 1998

Aus der Rechtssache C-3/96 ergibt sich eine grundsätzliche Leitentscheidung zur Auswahl und Abgrenzung vogelschutzrelevanter Gebiete nach ornithologischen Kriterien. Der Gerichtshof hat entschieden, dass ein **Mitgliedstaat gegen die Vogelschutzrichtlinie verstößt, wenn er zu wenige oder flächenmäßig zu kleine Gebiete als besondere Schutzgebiete**⁴ ausweist, obwohl nach ornithologischen Kriterien mehr bzw. größere Gebiete als geeignet erscheinen. Besonders wichtig ist, dass nach Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie die Mitgliedstaaten die **am besten geeigneten Gebiete** als Schutzgebiete ausweisen müssen. Der EuGH sagt ausdrücklich, dass diese Pflicht **nicht durch andere Schutzmaßnahmen ersetzt werden** kann. Eine weitere zentrale Aussage dieses Urteils ist, dass **wirtschaftliche** und freizeitbedingte Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht berücksichtigt werden dürfen. Der Gerichtshof hält ausdrücklich fest, dass die in Art. 2 genannten wirtschaftlichen Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebiets nicht einfließen dürfen. Außerdem sagt der EuGH, dass die Mitgliedstaaten zwar einen **Beurteilungsspielraum haben, dieser sich jedoch nur auf die Anwendung ornithologischer Kriterien bezieht** – nicht darauf, ob man aus anderen Gründen auf die Ausweisung der am besten geeigneten Flächen verzichten darf. Schließlich hält das Urteil fest, dass ein wissenschaftliches IBA-Verzeichnis – im Fall des IBA 89 – zwar **nicht rechtlich verbindlich** ist, aber wegen seines wissenschaftlichen Wertes als Bezugsgrundlage verwendet werden kann, wenn keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Belege vorliegen.

EuGH C-166/97, 1999

Das Urteil betont hier zwei Hauptpflichten aus Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie:

- Es müssen **ausreichend große** Gebiete als Schutzgebiete ausgewiesen werden, wenn sie ornithologisch relevant sind.

⁴ Besonderes Schutzgebiet (BSG) ist identisch mit SPA (special protection area) und Europäischem Vogelschutzgebiet.

- Ein bereits eingerichtetes Schutzgebiet braucht einen **rechtlichen Schutzstatus**, der tatsächlich geeignet ist, die Erhaltungsziele sicherzustellen; ein bloßer Restschutz oder eine nur partielle Regelung genügt nicht.

Der Gerichtshof sagt außerdem ausdrücklich, dass sich ein Mitgliedstaat nicht auf interne Umstände oder innerstaatliche Schwierigkeiten berufen kann, um die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen zu rechtfertigen.

Für den IBA-Fall mit Windkraft-Eignungszone sind hier folgende Aspekte von Relevanz:

A. Ein bloß unzureichend gesichertes Schutzregime reicht nicht

Der EuGH verlangt für ein Vogelschutzgebiet einen **rechtlichen Schutzstatus**, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig vorkommende Zugvögel sicherzustellen. Im konkreten Fall genügte eine Regelung, die „außer im Bereich der Jagd keine konkreten Maßnahmen“ umfasste, gerade **nicht**.

Für Windkraftplanungen bedeutet das: Wenn ein Gebiet ornithologisch hochwertig ist, kann man unionsrechtliche Konflikte nicht dadurch entschärfen, dass man sich auf nur allgemeine oder schwache Schutzmechanismen verlässt.

B. Auch ein nicht ausgewiesenes Gebiet kann unionsrechtlich relevant sein

Der Gerichtshof sagt ausdrücklich, dass die Verpflichtungen aus Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie **auch dann** zu beachten sind, wenn ein Gebiet **nicht** zum Schutzgebiet erklärt wurde, **obwohl dies hätte geschehen müssen**.

C. Aber: Es muss konkret nachgewiesen werden, dass gerade dieses Areal zu den geeignetsten Gebieten gehört

Der EuGH formuliert auch die Grenze sehr klar: Ein Verstoß gegen Art. 4 Abs. 4 Satz 1 kommt nur in Betracht, wenn das betreffende Gebiet „zu den zahlen- und flächenmäßig für die Erhaltung geschützter Arten geeignetsten Gebieten“ gehört.

Wenn die Behörde in einem IBA eine Eignungszone ausweist, muss sie belastbar darlegen können, dass die konkrete Teilfläche **nicht** zu den besonders wertvollen Teilräumen gehört bzw. dass die ornithologische Konfliktlage fachlich tragfähig aufgearbeitet wurde.

D. Die bloße Aufnahme in ein Verzeichnis genügt nicht automatisch

Der EuGH sagt ausdrücklich: Die bloße Tatsache, dass ein Gebiet in ein Verzeichnis von Gebieten von Bedeutung für die Erhaltung der Vögel aufgenommen wurde, beweist nicht automatisch, dass es zwingend zum besonderen Schutzgebiet erklärt werden müsste.

Ein **IBA allein** genügt nach diesem Urteil **nicht automatisch**, um Windkraftanlagen zu verhindern.

E. Die Lage im IBA ist aber ein starkes wissenschaftliches Indiz

Auch wenn der EuGH hier sagt, dass ein Verzeichnis allein nicht automatisch alles entscheidet, hält er die fachliche ornithologische Einordnung dennoch für zentral. Das passt auch zur Rechtssache C-3-96, in der der Gerichtshof dem IBA wegen seines **wissenschaftlichen Wertes** Bedeutung als Bezugsgrundlage zuerkennt.

EuGH C-374/98, 2000

Diese Rechtssache ist für die gegenständliche Frage relevant, weil sie gerade den Fall behandelt, dass ein ornithologisch bedeutsames Gebiet **nicht** als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen wurde und zugleich ein belastendes Vorhaben im Gebiet zugelassen wurde bzw. betrieben wurde.

Der Gerichtshof hat entschieden, dass die Französische Republik gegen Art. 4 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie verstoßen hat, weil sie keinen Teil des Gebiets Basses Corbières zum besonderen Schutzgebiet erklärt und zudem keine besonderen Schutzmaßnahmen mit ausreichender geografischer Ausdehnung ergriffen hat.

Der EuGH hält fest, dass in einem Gebiet, das die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet erfüllt, **besondere Schutzmaßnahmen** zu ergreifen sind, die geeignet sind, das **Überleben und die Vermehrung** der in Anhang I genannten Vogelarten sicherzustellen.

Liegt eine geplante Windkraft-Eignungszone in einer Important Bird Area und ist sie vogelschutzfachlich konfliktträchtig, so ist nach diesem EuGH-Urteil zu berücksichtigen, dass IBA-Verzeichnisse wissenschaftliche Beweismittel dafür liefern, und weiter zu prüfen, ob ein Gebiet zu den für die Erhaltung geschützter Vogelarten zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebieten gehört. Erfüllt ein Gebiet die Kriterien für eine Ausweisung als besonderes Schutzgebiet, sind **besondere Schutzmaßnahmen** zu treffen, die auch hinsichtlich ihrer **geografischen Ausdehnung ausreichen**. Die fehlende formelle Ausweisung darf den Schutzstandard nicht verringern; vielmehr unterliegen solche Gebiete weiterhin Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie.

Daraus folgt:

- A) IBA sind ein starkes wissenschaftliches Beweismittel, auch wenn sie nicht rechtlich bindend sind.

- B) Schutzmaßnahmen müssen räumlich ausreichend sein, nicht nur symbolisch oder punktuell.
- C) Für nicht ausgewiesene, aber ausweisungswürdige Gebiete gilt weiter Art. 4 Abs. 4 Satz 1 Vogelschutzrichtlinie (faktisches Vogelschutzgebiet)

EuGH C-388/05, 2007

Dieses Urteil liefert eine sehr klare Aussage, dass ein Gebiet, das aufgrund seiner ornithologischen Bedeutung eigentlich als Vogelschutzgebiet hätte ausgewiesen werden müssen, nicht deshalb schlechter gestellt werden darf, weil die formale Ausweisung (noch) fehlt. Aus folgenden Gründen ist dieses Urteil hier von besonderer Relevanz:

A. Die formelle Nichtausweisung ist kein Entlastungsargument

Ein Gebiet wird nicht dadurch „freies Planungsland“, dass es zwar ein IBA ist und aus ornithologischer Sicht ausweisungswürdig wäre, jedoch noch nicht formell als Vogelschutzgebiet ausgewiesen wurde.

B. Das IBA ist ein ernstes wissenschaftliches Warnsignal

Das Urteil bestätigt, dass ein IBA kein bloßer unverbindlicher Hinweis ist, sondern ein wissenschaftlich relevantes Beweismittel für die Schutzwürdigkeit eines Gebietes.

Das heißt:

- Die Behörde muss sich **substantiiert** mit der IBA-Lage auseinandersetzen.
- Sie kann das IBA **nicht einfach ignorieren** oder nur beiläufig abtun.
- Je stärker die ornithologischen Daten sind, desto schwerer wiegt die IBA-Einstufung.

C. Verboten sind Beeinträchtigungen und erhebliche Störungen

Der EuGH stellt in diesem Urteil auf die Beeinträchtigung der Lebensräume und die Belästigung/Störung der Vögel ab.

Für Windkraft kann das — soweit fachlich nachgewiesen — insbesondere relevant sein bei:

- Lebensraumverlust durch Anlagen, Wege, Kranstellflächen, Ableitungen;
- Störung empfindlicher Brut- oder Rastvogelarten;
- Beeinträchtigung von Zug- oder Nahrungsräumen.

D. Die Behörde braucht eine besonders tragfähige Begründung für eine Positivausweisung

Wenn ein Gebiet in einem IBA liegt und als problematisch für den Vogelschutz gilt, dann ergibt sich aus dem Urteil jedenfalls eine **erhöhte Begründungslast**:

Die planende Behörde muss darlegen, weshalb die Fläche **trotz** IBA-Lage und trotz ornithologischer Konflikte als Eignungszone ausgewiesen werden soll.

E. Was das Urteil nicht sagt

Wichtig ist die Grenze des Urteils:

- Es sagt **nicht**, dass **jede** Windkraftnutzung in einem IBA automatisch unzulässig ist.
- Es sagt auch **nicht**, dass **jedes** IBA automatisch vollständig wie ein schon ausgewiesenes Schutzgebiet zu behandeln ist.

Es sagt aber sehr klar, dass ein IBA als wissenschaftlicher Maßstab ernst zu nehmen ist und dass ein ausweisungswürdiges Gebiet **vor der förmlichen Ausweisung nicht schutzlos** ist.

EuGH C-141/14, 2016

Diese Rechtssache ist eines der deutlichsten Urteile dazu, wie mit IBA-Gebieten, Windkraftprojekten und der unzureichenden Ausweisung von Schutzgebieten umzugehen ist.

Der EuGH hat hier entschieden, dass die Republik Bulgarien mehrfach gegen Unionsrecht verstoßen hat, weil sie

1. das IBA Kaliakra **nicht vollständig** in das SPA Kaliakra aufgenommen hat, obwohl die betroffenen Flächen zu den für den Vogelschutz geeigneten Gebieten gehörten,
2. die Durchführung mehrerer **Windkraftprojekte** in dem Teil des IBA Kaliakra genehmigt hat, der **nicht** als Schutzgebiet ausgewiesen war, obwohl dies hätte geschehen müssen,
3. weitere Projekte in bereits geschützten Gebieten genehmigt hat und dadurch gegen das Verschlechterungsverbot aus Art. 6 Abs. 2 der Habitatrichtlinie verstoßen hat,
4. und die **kumulativen Auswirkungen** mehrerer Windenergieprojekte nicht ordnungsgemäß geprüft hat.

Besonders relevant sind folgende Punkte:

A. Positive Standortfestlegung in einem IBA braucht eine besonders tragfähige Begründung

Wenn eine Fläche in einem IBA liegt und ornithologisch sensibel ist, darf sie nicht ohne belastbare standortbezogene Begründung als Eignungszone ausgewiesen werden. Das folgt aus der Pflicht, die **zahlen- und flächenmäßig geeignetsten Gebiete** für den Vogelschutz zu sichern, und aus der Anerkennung des IBA als wissenschaftliches Beweismittel.

B. Die fehlende formelle Schutzgebietsausweisung entschärft den Konflikt nicht

Auch ein Teil eines IBA, der noch nicht als SPA ausgewiesen wurde, kann weiterhin dem Schutzmaßstab des Art. 4 Abs. 4 Vogelschutzrichtlinie unterliegen, wenn er eigentlich hätte ausgewiesen werden müssen.

C. Schon die Gefahr erheblicher Störungen reicht

Man muss nicht erst beweisen, dass die Vogelpopulationen endgültig zusammengebrochen sind. Für die rechtliche Relevanz genügt nach dem Urteil die **Wahrscheinlichkeit oder Gefahr**, dass Windkraftanlagen Habitate verschlechtern oder erhebliche Störungen verursachen.

D. Kumulative Effekte sind ein Pflichtprogramm

Eine Planung ist angreifbar, wenn sie Windkraftprojekte oder sonstige Vorhaben im Gebiet **nicht in ihrer Gesamtwirkung** berücksichtigt. Genau das beanstandet der EuGH bei Kaliakra.

Daraus folgt: Wenn eine geplante Eignungszone in einem IBA für den Vogelschutz problematisch ist, besteht eine besonders strenge Pflicht zur standortbezogenen, wissenschaftlich fundierten und kumulativen Prüfung; die fehlende formelle Ausweisung reduziert den Schutzmaßstab nicht.

EuGH C-66/23, 2024

Der Gerichtshof hat im Tenor zwei Aussagen getroffen:

1. Für jedes besondere Schutzgebiet (SPA/Europäisches Vogelschutzgebiet) müssen die Mitgliedstaaten **individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen** festlegen – und zwar **für alle** in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie genannten Vogelarten, für **regelmäßig auftretende Zugvogelarten** sowie **für ihre Lebensräume**. Der Staat darf zwar Prioritäten setzen, aber nur nach Maßgabe der Wichtigkeit der Maßnahmen für die Erhaltungsziele **aller** dieser Arten.

2. Die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen von Projekten nach der UVP-Richtlinie ändert nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatrichtlinie. Anders gesagt: Eine UVP ersetzt oder verkleinert die materiellen Naturschutzpflichten nicht.

Das Urteil betrifft nach seinem Tenor also nicht direkt ein IBA oder einen Windpark, sondern die Schutzanforderungen für besondere Schutzgebiete und das Verhältnis dieser Pflichten zu Projekt-Umweltprüfungen.

Das Urteil ist dennoch hier von besonderer Relevanz, weil ausdrücklich festgehalten wird, dass der Schutzansatz **nicht nur auf einzelne ausgewählte Arten** beschränkt werden darf. Für ein Schutzgebiet müssen Ziele und Maßnahmen **für alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

KBA – Key Biodiversity Area

Die Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Key Biodiversity Area⁵ (Abbildung 4). In Österreich gibt es 57 KBAs. Davon sind nur vier (7 %) KBAs als von ausschließlich globaler Bedeutung eingestuft: unter anderem der Neusiedler See sowie die Niederen Tauern, in dem sich die geplante Eignungszone befindet.

Für das IBA/KBA Niedere Tauern gibt es unter anderem folgende Policy-Instrumente, um die Ziele zum Schutze der Artenvielfalt und insbesondere der Vögel zu erreichen:

- [Convention on Biological Diversity \(CBD\)](#)
- [Convention on Migratory Species \(CMS\)](#)
- [Memorandum of Understanding on the Conservation of Migratory Birds of Prey in Africa and Eurasia \(CMS Raptors MOU\)](#)

Mit diesen Politikinstrumenten wird indirekt auch zum Ausdruck gebracht, dass dieses Gebiet nicht nur von naturschutzfachlicher Bedeutung für die Steiermark oder Österreich ist, sondern weltweit – insbesondere für Afrika – als wichtiges Gebiet gilt.

⁵ <https://www.keybiodiversityareas.org/site/factsheet/3245>

Naturschutzgebiete in funktionaler Nähe der Eignungszone

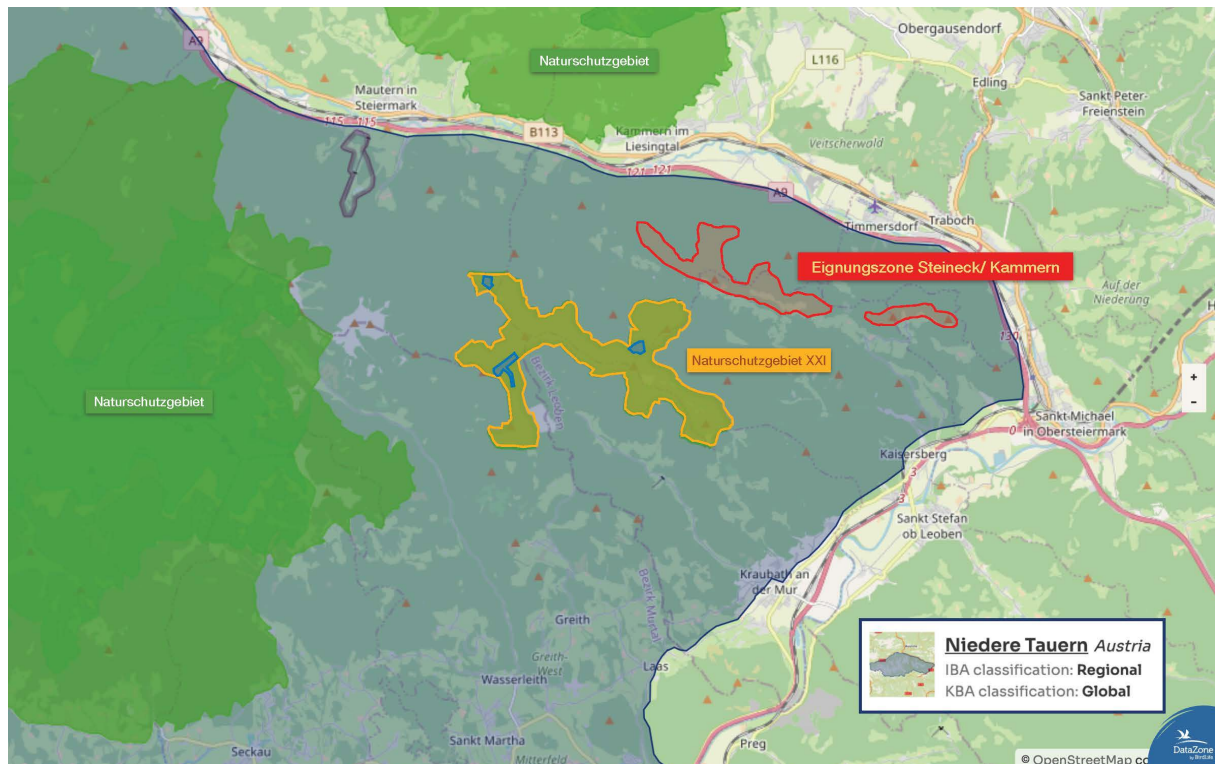


Abbildung 5: Lage der designierten Eignungszone (rot) sowie die Naturschutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) hellgrün und der FFH-Richtlinie (SCI) dunkelgrün und des NSG XXI des Landes (orange).

Vogelschutzgebiet (SPA)

Das Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ besteht in seiner gegenwärtigen Ausprägung seit 2011⁶ und seine nächste Grenze zur Eignungszone liegt etwa 7,5 km entfernt (Abbildung 5). In der entsprechenden Verordnung⁷ wird dieses SPA zum Europaschutzgebiet 38 (AT 2209000) erklärt. In § 2 wird der Schutzzweck in der Fassung des LGBL Nr. 23/2011 wie folgt definiert: Das Gebiet dient dem Schutz von Schutzgütern nach der Vogelschutz-Richtlinie und bezweckt:

- a) die Erhaltung und Wiederherstellung einer ausreichenden Vielfalt und einer ausreichenden Flächengröße der Lebensräume für die Anhang-I-Vogelarten;
- b) die Bewahrung und Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustands für die Anhang-I-Vogelarten;
- c) die Erhaltung der Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in den Wanderungsgebieten für die Zugvögel.

⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680814/74835791/>

⁷ <https://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=Lgbl&Lgblnummer=83/2006&Bundesland=Steiermark&BundeslandDefault=Steiermark&FassungVom=&SkipToDocumentPage=True>

In § 2a werden die Ziele wie folgt definiert:

- (1) Der günstige Erhaltungszustand der in der Anlage A genannten Schutzgüter ist dauerhaft zu sichern.
- (2) Im Falle einer aus naturschutzfachlichen Gründen notwendigen Prioritätenreihung der Schutzgüter kommt dem Mornellregenpfeifer (*Charadrius morinellus*) bei der Umsetzung des Schutzzwecks oberste Priorität zu.

In § 2b werden die Maßnahmen wie folgt definiert: Die Ziele sollen vorrangig im Wege des Vertragsnaturschutzes erreicht werden durch die Erhaltung und Entwicklung von

- a) zur Brut für Spechte, Kleineulen und andere Höhlenbrüter geeigneten Alt- und Totholzanteilen;
- b) standorttypischer Ufervegetation entlang der Fließgewässer und natürlicher Stillgewässer;
- c) Moorstandorten und anderen Feuchtflächen;
- d) Wiesen- und Weideflächen.

In § 2c werden folgende Verbote definiert:

Im Europaschutzgebiet sind nachstehende Handlungen verboten: 1. im Großen und Kleinen Lachtal zum Schutz des Mornellregenpfeifers im unmittelbaren Brut- und Jungenaufzuchtsbereich im Zeitraum vom 10. Mai bis 10. September a) jede ungebührliche Lärmentwicklung; b) Hunde frei laufen zu lassen, ausgenommen zur Jagdausübung oder des Einsatzes von Diensthunden der Exekutive, des Militärs und von Rettungshunden. 2. im Bereich von verorteten Steinadlerhorsten a) das Klettern im Umkreis von 300 m; b) das Hängegleiten, Paragleiten und der Einsatz sonstiger Fluggeräte im Umkreis von 500 m.

Für dieses Gebiet sind folgende Vogelarten nach der VS-RL Anhang I als Schutzgüter genannt: Bartgeier, Steinadler, Wanderfalke, Haselhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht, Blaukehlchen, Auerhuhn, Alpenschneehuhn, Mornellregenpfeifer und Birkhuhn.

Weiters sind folgende regelmäßig vorkommende Zugvögel als Schutzgüter angeführt: Baumfalke, Waldschnepfe, Feldlerche, Felsenschwalbe, Rauchschwalbe, Baumpieper, Gebirgsstelze, Heckenbraunelle, Alpenbraunelle, Steinschmätzer, Ringdrossel, Mauerläufer, Berglaubsänger, Klappergrasmücke, Ringeltaube und Mehlschwalbe.

FFH-Gebiet (SCI)

Das FFH-Gebiet „Hochlagen der östlichen Wölzer Tauern und Seckauer Alpen“ besteht seit 2006⁸ und ist als Europaschutzgebiet 39 (AT2209004) ausgewiesen. Seine nächste Grenze liegt etwa 9,5 km von der Eignungszone entfernt (Abbildung 5).

Schutzzweck ist die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands folgender Schutzgüter: ausgewählte natürliche Lebensräume und Pflanzen gemäß § 13 Abs. 3 Z 5 lit. a des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter auch acidophile, bodensaure Fichtenwälder, sowie ausgewählte prioritäre Lebensräume gemäß § 13 Abs. 3 Z 7 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, darunter der Bürstlingsrasen.

Naturschutzgebiet XXI

Das NSG XXI des Landes Steiermark „Niedere Tauern Ostausläufer“ besteht seit 2015⁹. Es liegt 500 m von der Eignungszone entfernt (Abbildung 6).

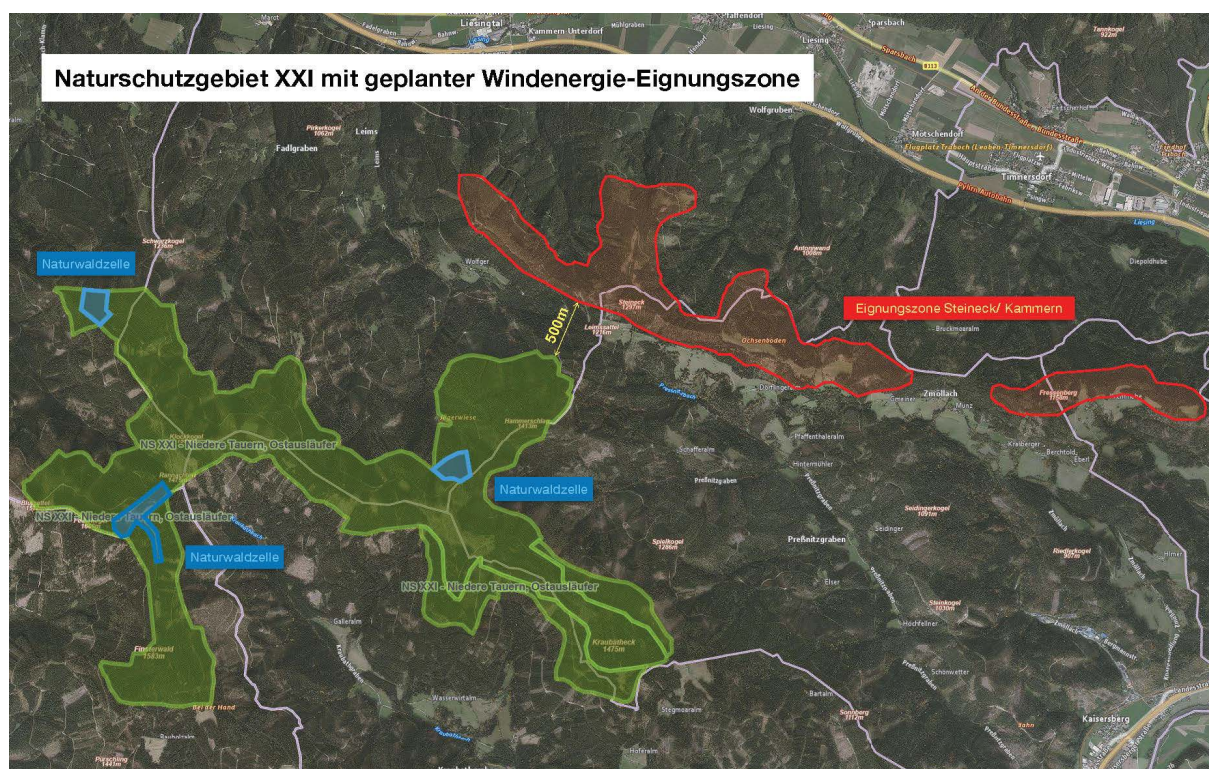


Abbildung 6: Lage der designierten Eignungszone (rot) im Bezug zum Naturschutzgebiet XXI des Landes STMK (grün) mit den drei Naturwaldzellen (blau).

⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11680815/74835791/>

⁹ <https://ris.bka.gv.at/eli/lgb/ST/2015/17/P1/LST40018283>

Die naturschutzfachlichen Grundlagen für das Naturschutzgebiet XXI wurden ab 2013 auf Eigeninitiative der Grundbesitzer erhoben. Nachdem der Befund außerordentlich positiv ausgefallen war, stellte das Land Steiermark das Gebiet mit einer Größe von 620 Hektar unter Naturschutz. Drei Grundbesitzer waren bereit, Naturwaldzellen einzurichten, in denen jegliche Nutzung untersagt ist, um damit einen Beitrag zur natürlichen Bergwaldentwicklung (Prozessschutz) zu leisten.

Das Amtsgutachten seitens der Naturschutzabteilung des Landes von Dr. Reinhold Turl vom 21. November 2014 beschreibt die Wertigkeit vor dem Hintergrund der das Gebiet und den Großraum betreffenden Studien wie folgt (Schreibweise original unverändert):

Gegenstand: Kraubatheck, Unterschutzstellung gem. § 5 Stmk. NSchg., Befund und Gutachten

Graz, 21.11.2014

Amtsgutachten

Befund

Das gegenständliche Gebiet umfasst die Hochlagen der östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in der Obersteiermark zwischen Liesingtal im Norden und Murtal im Süden, beginnend mit der Höhe „Blutsattel“-„Feuerkogel“ im Westen mit etwa 1666 m Höhe und über die Kuppe „Hennerkogel“ mit 1533 m Höhe zum Kraubatheck leicht abfallend.

*Mit dem Höhenzug laufen die Sekauer Alpen, als Teil der niederen Tauern von den über der Waldgrenze liegenden Gipfeln und Graten Sekauer Zinken (2397 m), Schwaigerhöhe, Lamprechthöhe und Speikbichl (1878 m) mit bewaldeten Rücken zum Murr-Tal hin aus. Die östlichste, mit 1475 m Seehöhe immer noch deutlich über die Umgebung hinausragende Erhebung dieses Gebiets ist die Kuppe „Kraubatheck“. Südlich von Murtal, dem Kraubatheck gegenüber, liegt in etwa 14 km Entfernung die Berggruppe um die Gleinalpe, die mit Wildegkogel, Speikkogel, Roßbachkogel und anderen (jeweils knapp 1800 bis 1900 m) die Höhenlagen nach Süden zu gegen die Stubalpe hin fortsetzt. Im Sattel zwischen Hennerkogel und Kraubatheck liegt im Wald die „Schwarze Lacke“ (KRANZ 2014a; Schwarzlacke in der ÖK), ein natürlicher Moorsee von etwa 4000 m² Größe. Die Schwarze Lacke ist als natürliches Gewässer gemäß Stmk NSchG als Landschaftsschutzgebiet (§ 7 Abs. 1 in Verbindung mit §6 Abs. 3-6) geschützt. Das für die Unterschutzstellung vorgesehene Gebiet ist bewaldet, wobei der Fichten-Lärchenwald auf etwa 1400-1500m Seehöhe überwiegt. Der Wald ist in den Kuppenlagen infolge Windwurf, Schneebruch und Kalamitäten aufgelichtet, zur Fichte (*Picea abies*) als Hauptbaumart treten Lärche (*Larix decidua*) und vereinzelt Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*) hinzu. Die natürliche Waldgesellschaft ist der hochmontan-tiefalpine Fichtenwald. Altholz ist kleinflächig erhalten geblieben. Inmitten jüngeren Waldes stehen zerstreut einzelne alte Fichten und Lärchen, die auf frühere Weidenutzung hinweisen, die nach unten anschließenden Hänge sind großflächig von Wirtschaftswald mittleren Alters mit einigen regelmäßigen Schlagflächen bestanden. Zur*

Unterschutzstellung sind nur die höheren Lagen des Höhenzuges oberhalb von etwa 1300m über Adria auf eine Breite von etwa 250-1.000m vorgesehen.

Außer einer Jagdhütte, Zäunen, Wegen, einem Feldaltar mit Sitzbänken, Marterln u. dgl. sowie einem Windmessmast, der befristet bewilligt ist (s. Bescheide) sowie mäßige Eingriffe der Forstwirtschaft (Forstwege, kleinflächige forstliche Nutzungen) enthält das Gebiet keine anthropogenen Einrichtungen.

Das Gebiet weist darüber hinaus eine Kette von sechs über das Steirische Jagdgesetz verordneten Wildschutzgebieten zur Hintanhaltung von Störungen der Auer- und Birkhühner zur Brut- und Aufzuchtzeit auf, des Weiteren ein Vertragsnaturschutzgebiet (BIOSA) im Ausmaß von 500 ha zur Erhaltung und Förderung der Auer- und Birkhuhnlebensräume, stellvertretend für alle geschützten Charaktervögel des höheren und hochgelegenen Bergwaldes.

Das Gebiet ist ein Teil des IBA (Important Bird Area, Bedeutendes Vogelgebiet), und kann als solches bei Entscheiden des EuGH und des VwGH als wissenschaftliche Grundlage zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannt und herangezogen werden. Als Ausweisungsgründe für das IBA werden gemäß IBA-Kriterien die Arten Steinadler, Birkhuhn, Auerhuhn, Mornellregenpfeifer, Sperlingskauz, Raufußkauz und Dreizehenspecht angeführt (ZECHNER & SPREITZER in DVORAK 2009). Die Entfernung zum Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ als Teil des kohärenten Schutzgebietsnetzwerkes „Natura 2000“ der Europäischen Union beträgt etwa 6 km.

Die Befunde der Vorgutachter (Grünschachner-Berger 2013, Pfeifer 2013, Leitner 2013, Kranz 2014 und Kollar 2014) sind auch im gegenständlichen Befund berücksichtigt.

Gutachten:

Im zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gebiet wurden, alle vorliegenden Unterlagen zusammenfassend, 85 Vogelarten und 11 Fledermausarten angetroffen.

In der Biotopbeschreibung des Landes (Revision vom 18.9.1991) wird die ebenfalls im ggstl. Gebiet liegende „Schwarze Lacke“ unter dem Code 11.0072 (Hennerkogel (Schwarzlacke), St. Stefan) als Verlandungsmoor bezeichnet und es wird dort empfohlen, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Eine landeseigene Studie von Grünschachner-Berger (2013) weist darauf hin, dass in dem ggstl. Gebiet die Auerhuhndichte hier im Vergleich zu anderen steirischen Vorkommen überdurchschnittlich groß ist und darüber hinaus Reihe von anderen Anhang I Arten gemäß VS-RL vorkommt.

Eine weitere Studie von Kranz (2014) erwähnt das Vorkommen von 59 Vogelarten, davon 13 Anhang I Arten gemäß VS-RL, 25 Zugvogelarten und Hinweise auf eine bedeutende inneralpine Zugroute, Balzplätze bzw. Brutnachweise von Auer- und Birkhuhn, Sperlingskauz und Dreizehenspecht sowie Brutverdacht für Wespenbussard, das Vorkommen von 11 der 28 in Österreich lebenden Fledermausarten (alle streng geschützt, da Anhang IV Arten gemäß FFH-Richtlinie), potenzielle Ruhestätten von

Fledermäusen und Niststandorte von Anhang I Vögeln in 63 Baumhöhlen sowie Nester hügelbauender Ameisen im Ausmaß von mindestens 102 Kolonien.

Bezüglich der VS-RL belegen die vorliegenden Daten im Kontext der Lebensräume, Vorkommen und Dichten von Anhang I Arten in der ganzen Steiermark, dass das ggst. Gebiet nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und überregionale Bedeutung hat. Die relevanten Schlüsselarten sind hier das Auerhuhn, das Birkhuhn, der Dreizehenspecht und der Sperlingskauz.

Die Bedeutung des Gebietes für die genannten Arten liegt in dessen Lage (tiefsubalpiner naturnaher Bergwald am östlichen Ausläufer der Niederen Tauern in einer Höhe über 1.300 m) und im Zusammenhang mit anderen Vorkommen dieser Arten. Es ist demnach ein essentielles Quellgebiet für benachbarte Teilpopulationen und der qualitativ hervorragender Trittstein zwischen den Niederen Tauern und der Gleinalm.

Es stellt darüber hinaus auch einen regional wie überregional sehr bedeutsamen Korridor zwischen Randalpen und Zentralalpen für landgebundene, waldbevorzugende Arten wie Luchs, Braunbär und Wolf dar. Auf die Bedeutung des im ggstl. Gebiet liegenden Höhenrückens am Kraubatheck als international bedeutsamer Weitwanderwechsel von Großbraubwild (Bär, Wolf, Luchs) verweisen bereits Völk et. al (2001) und Leitner (2013).

Eine im Auftrag der Abteilung 13 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Studie (Kollar 2014) bestätigt ebenfalls, dass das Gebiet in seiner Lebensraumeignung für eine naturraumgerechte Fauna einschließlich Vögel, Säugetiere und Wirbellose hinsichtlich seiner Ursprünglichkeit (Naturnähe) als ein sich deutlich aus seiner Umgebung heraushebender Naturraum einzustufen ist. Demnach ist die Anzahl der Vogelarten hier deutlich höher als die in den umliegenden Wirtschaftswäldern zu erwartende Artenzahl und weist die Artengemeinschaft aus Auerhuhn, Birkhuhn, Dreizehenspecht, Sperlingskauz, Waldschnepfe und Wespenbussard auf sehr naturnahe Lebensgrundlagen (Lebensraumtypen) hin. Dies wird auch durch die hohe Artenzahl an Fledermäusen unterstützt.

Die gutachterlichen Stellungnahmen der Vorbegutachter decken sich mit den persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen des Gefertigten zum Gebietscharakter und seiner Bedeutung für eine Vielzahl wildlebender Tiere (geschützte Arten). Die Richtigkeit der Ergebnisse der Vorbegutachter steht außer Zweifel und lässt auch zwischen den Sachverständigen keine Widersprüche erkennen.

Daher ergibt sich zusammenfassend folgende Schlussfolgerung:

Aufgrund seiner hervorragenden Artenvielfalt, einschließlich seltener und gefährdeter Arten, seiner weitgehenden Ursprünglichkeit und naturräumlichen Einheit sowie seiner Bedeutung als verbindender Korridor, Trittstein und Quellgebiet für Tierarten und damit verbunden auch seiner wichtigen Funktion für die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf regionaler und überregionaler Ebene für eine Reihe von Anhang I Arten gemäß VS-RL und Anhang IV Arten der FFH-RL, sind daher aus fachlicher Sicht

alle Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung des Gebietes „Kraubatheck“ in der Abgrenzung wie in den Unterlagen beschrieben, gegeben.

Um den Schutzzweck im Sinne der Lebensraumbedingungen für die im Gebiet vorkommenden Tierarten zu bewahren ist es jedenfalls erforderlich, im Rahmen der Verordnung dem Schutzzweck entsprechende Zonierungen für die Nutzung des Gebietes einzurichten sowie entsprechende Verbotstatbestände, wie sie bereits im Verordnungsentwurf vorgeschlagen sind, zu formulieren. Jedenfalls dürfen auf Grund des Vogelzuges keine hohen, über die Baumkronen hinausragenden Bauwerke (z.B. Windräder) errichtet werden.

Eine Erklärung des Gebietes zum Naturschutzgebiet steht im Einklang mit den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Für den Fachbereich Naturschutz:

(Dr. Reinhold Turk)

Quellen:

Grünschnachner-Berger, V. 2013: Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten. Gutachten im Auftrag der A 10 - Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, 29 Seiten.

Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

Kranz, A. und Toman A.. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

Leitner, H. 2013: Bedeutung des Kraubatheck als Korridor für landgebundene Großsäuger Expertise, Büro für Wildökologie und Forstwirtschaft e. U., Klagenfurt, 9 Seiten.

Völk, F., Glitzner, I. & M. Wöss, M. 2001: Kostenreduktion bei Grünbrücken durch deren rationellen Einsatz. Kriterien - Indikatoren - Mindeststandards. Erstellt im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Straßenforschung, Heft 513, Wien. 97 Seiten plus Anhang.

Überregional bedeutsame Zugvogelroute 2019

Im Herbst 2019 wurde das Zugvogelaufkommen im Bereich des Hennerkogels mitten im Naturschutzgebiet XXI erfasst¹⁰: Die Anzahl der Ende August am Hennerkogel beobachteten Wespenbussarde war 2,6-mal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Standorte und 1,8-mal so hoch wie der beste Standort der 30 von Linhart et al. (2018)¹¹ dokumentierten Standorte in den Alpen der Steiermark. Noch ausgeprägter war der Unterschied bei der Rohrweihe: Die Werte am Hennerkogel sind mehr als viermal so hoch wie der Durchschnitt der 10 besten Linhart-Standorte und immerhin noch 2,3-mal so hoch wie der beste der 30 Linhart-Standorte. Ganz ähnlich sind auch die Unterschiede bei den Greif- und Großvögeln: Die Werte für Greifvögel vom Hennerkogel liegen um das 2,4-fache über dem Durchschnitt der besten 10 Standorte von Linhart sowie immer noch um 1,75-mal über dem Maximalwert.

Das bestätigt die überregionale Bedeutung dieser inneralpinen Zugvogelroute und unterstreicht die Bedeutung des Schutzgebietes im steirischen Kontext sowie die daraus resultierende Verantwortung des Landes. Die Erhebungen von 2019 bestätigten die Befunde von Kranz & Toman (2014)¹² und Kollar (2014)¹³ erneut. Außerdem sind sie ein gutes Beispiel dafür, dass eine Fokussierung auf den Herbstzug des Wespenbussards, wie in der BirdLife-Richtlinie¹⁴ vorgesehen, sehr kurz greift und den Zug anderer Greifvögel, wie hier der Rohrweihe, kaum erfasst.

Gut die Hälfte der am Gipfel des Hennerkogels (1.533 m) beobachteten Greifvögel am Zug nutzte die Thermik und kam aus dem Tal kreisend höher. Das bedeutet, sie kamen genau aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone, in der Windkraftanlagen errichtet werden könnten. Die räumliche Nähe der Eignungszone zum NSG XXI (Horizontaldistanz von 500 m) sowie die nur unwesentlich geringere Gebirgshöhe der Eignungszone (ca. 1.100 m – 1.300 m) bedeuten, dass die am Hennerkogel beobachteten Zugvögel zuvor durch den Rotorraum betroffene Lufträume fliegen würden.

¹⁰ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

¹¹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

¹² Kranz, A. und Toman A. Kraubatheck. 2014: Windpark versus geschützte Fauna. Faunistisches Gutachten zum naturschutzfachlichen Konfliktpotential von Dr. A. Kranz unter Mitarbeit von Dr. A. Toman (Vögel), Mag. I. Kranz (Fledermäuse) & Dr. L. Poledník (GIS).

¹³ Kollar, H.P. 2014: „Kraubatheck“. Gutachterliche Stellungnahme zur Ausweisung eines Naturschutzgebiets, 25 Seiten.

¹⁴ BirdLife Österreich 2016: Bewertung von Windkraftstandorten in Hinblick auf die Gefährdung von Zugvögeln: Empfehlungen zur Erhebungsmethodik und der Interpretation der Ergebnisse, 1-20.

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Dienstanweisung des Verkehrsministeriums

Die Lebensraumvernetzung ist ein entscheidendes Instrument im Biodiversitäts- und Artenschutz und wird nicht zuletzt durch das bereits bestehende Autobahn- und Schnellstraßennetz infrage gestellt. Der erforderliche Nachrüstungsbedarf wurde 2001 formuliert, und die Priorisierungen erfolgten 2005. Daraus resultierte 2006 eine Dienstanweisung des damaligen Bundesministeriums für Verkehr, Technologie und Innovation, die die Nachrüstung von 20 Grünbrücken bis 2027 vorschreibt. Eine dieser 20 Grünbrücken ist für die S36 in der Gemeinde Kraubath zur Absicherung des Koralm-Korridors vorgesehen und befindet sich derzeit in Umsetzung (S. Neidhart (ASFINAG), pers. Mitt.).

In der Dienstanweisung werden folgende internationale Verpflichtungen als rechtliche Basis für diese Nachrüstung angeführt, und diese sind auch alle für das Land Steiermark maßgebend, was hier durch die Nennung der jeweiligen Internetquellen des Amtes der STMK-Landesregierung zum Ausdruck gebracht wird.

- FFH-Richtlinie 92/43/EWG Anhang II und Anhang IV
- Weltcharta für die Natur der Vereinten Nationen (1982)¹⁵
- Bonner Konvention (1972)¹⁶
- Berner Konvention (1983; BGBl. Nr. 372/1983 i.d.g.F.)¹⁷
- Alpenkonvention (1991) mit dem Protokoll Naturschutz und Landschaftspflege¹⁸
- Biodiversitätskonvention (1991; BGBl. Nr. 213/1995)¹⁹
- UNEP (Rio 1992, Addis Abeba 2004) und IUCN (Amman 2000) sowie daraus abgeleitet die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie²⁰
- Naturschutzgesetze und Jagdgesetze sowie Tierartenschutzverordnungen der Länder

Der genau hier erforderliche Nachrüstungsbedarf ist seit über 20 Jahren bekannt und hat auch Eingang in die Konzepte und Planungen der Steiermark gefunden, z. B. im Waldentwicklungsplan.

¹⁵ Resolution A/RES/37/7 <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326193120phpYJ8KrU.pdf>

¹⁶ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398603/DE/>

¹⁷ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74838150/DE/>

¹⁸ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123920802/DE/>

¹⁹ <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/123398477/DE/>

²⁰ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html>

Waldentwicklungsplan

Der aktuelle Waldentwicklungsplan von 2013²¹ spricht nicht nur von einem Nord-Süd-Korridor (dem Koralm-Korridor), sondern auch von einem Ostalpen-Ost-West-Korridor und begründet die Notwendigkeit der Erhaltung folgendermaßen:

Die vielfältigen Formen menschlicher Landnutzung haben in den vergangenen Jahrzehnten die Populationen wildlebender Tiere zunehmend negativ beeinflusst. Zunehmende Zersiedlung, Freizeitnutzung, Landwirtschaft und Tourismus sowie wachsende Verkehrs- und Energieinfrastrukturen zerschneiden natürliche Habitate in isolierte Lebensrauminselfen und schränken die Wanderbewegungen migrierender Arten ein. Nahrungsbeschaffung, Fortpflanzung und genetische Vielfalt werden beeinträchtigt. Der Klimawandel mit einhergehender Temperaturerwärmung in den Alpen erschwert das Aufrechterhalten der Lebensraumvernetzung durch das Ausweichen der Tiere in höhere Lagen. Global gesehen gilt die Zerschneidung von Lebensräumen als eine der stärksten Bedrohungen für die Erhaltung der Biodiversität. Vernetzte, zusammenhängende Lebensräume mit einer gewissen Mindestgröße bilden die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Ökosystem. Sie ermöglichen genetischen Austausch und Artenvielfalt gleichermaßen, wie sie Isolationseffekte und damit wenig stabile Inselfpopulationen verhindern. Gleichzeitig garantieren sie fortpflanzungsfähige Individuen und eine geringere Mortalitätsrate bei Wildtieren, indem sie die Zahl der Verkehrsoffer verringern.

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Modellierung der Lebensraumeignung (BOKU)

Eine im Auftrag der Abteilung 10 des Landes Steiermark von der Universität für Bodenkultur Wien durchgeführte Studie²² modelliert unter anderem die Lebensraumeignung der gesamten Steiermark für das Auerhuhn und kommt 2025 für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern zu dem Schluss, dass hier die höchste Eignungsstufe (grüne Rasterzellen) vorliegt (Abbildung 7) und auch als Aufzuchtort attraktiv ist, wie der Nachweis einer Henne zur Brutzeit im Mai 2026 belegt (Abbildung 8). Überdies stellt der von der Eignungszone betroffene Höhenrücken die östlichste Ausdehnung und damit die nächste Verbindung zum südöstlich der Mur gelegenen Gebirgsstock der Gleinalm dar. Damit wird offensichtlich, dass auch für diese Waldhuhnart das Gebiet der Eignungszone eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen mit dem östlichen Randgebirge hat.

²¹https://www.agrar.steiermark.at/cms/dokumente/10431751_12978244/ae7d80f9/WEP_Murtal_gesamt.pdf

²² Zohmann-Neuberger M., Fuchs L. & Lunt F. 2025: Modellierung der Lebensräume für Birkhuhn, Auerhuhn und Alpenschneehuhn in der Steiermark. Bericht an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung Abt. 10 (25 Seiten).

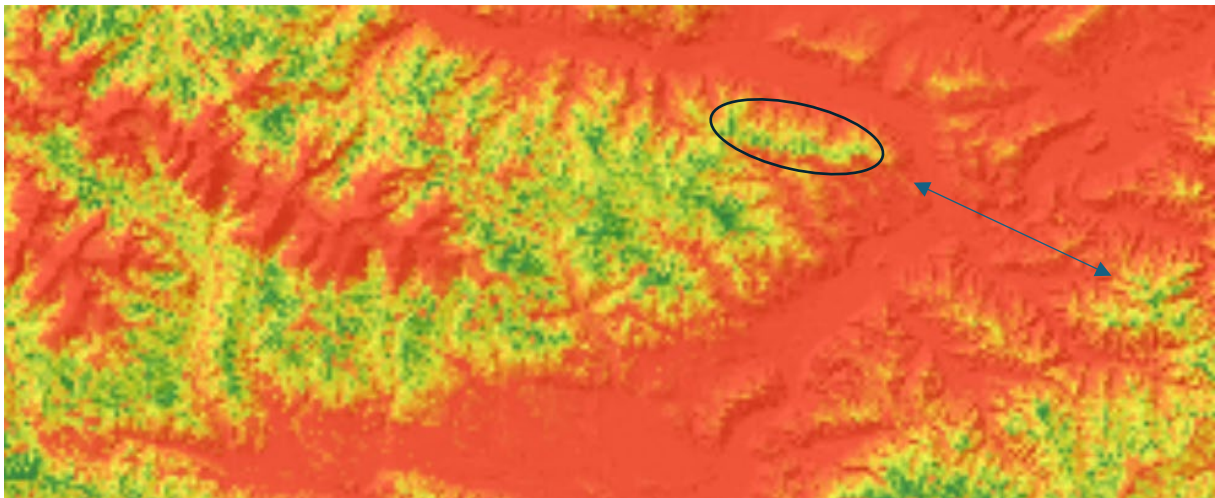


Abbildung 7: Lebensraumeignung für das Auerhuhn laut Modellierung Zohmann-Neuberger et al. (BOKU) 2025; grüne Rasterzellen weisen die höchste Habitataignung aus; die Ellipse beschreibt die Lage der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern) und der Pfeil verweist auf die kürzeste Entfernung zwischen Lebensräumen höchster Eignung beiderseits des Murtales und damit auf die Brückenkopffunktion der Eignungszone für die Vernetzung von Auerhuhnvorkommen.



Abbildung 8: Auerhenne und Haselhenne (beide Anhang I, VSR) in der Eignungszone Steineck-Kammern Mai 2026



Abbildung 9: Junguhu im Horst (Foto Luber, 31.05.2026) und Gewöllrest des Uhus (Anhang I VSR) knapp nördlich der Eignungszone im Mai 2026

Lokalaugenscheine 2026

Eigene Lokalaugenscheine im April und Mai 2026 in der Eignungszone haben mehrere **Haselhuhn**paare (Abbildung 8) nachgewiesen, eine ebenfalls sensible, aber wenig erforschte und weder durch Monitoring noch durch Modellierung erfasste Anhang-I-Raufußhuhnart der Steiermark. Damit ist belegt, dass in der Eignungszone Jungenaufzuchträume liegen, was im Hinblick auf die Schutzverpflichtungen laut Vogelschutzrichtlinie von Relevanz ist (Vogelrichtlinie, Artikel 5 (d)). Bei spätabendlichen Beobachtungen am Steineck wurden wiederholt **Waldschnepfen** beim typischen Balzflug beobachtet. Diese Vogelarten weisen vergleichsweise leise Revier- und Balzgesänge auf und sind daher gegenüber Umgebungslärm empfindlich. Knapp nördlich der Eignungszone wurden zahlreiche Rupfungsfunde und Gewölle des **Uhus** gefunden (Abbildung 9), und am 31. Mai wurde vom Ornithologen Peter Luber ein Jungvogel bestätigt (Abbildung 9). Der Horst liegt etwa 700 m von der Eignungszone entfernt.

Das Gebiet der Eignungszone und seine unmittelbare Umgebung (500-m-Puffer) weisen eine bemerkenswerte enge Verzahnung naturschutzfachlich wertvoller Lebensräume auf: a) sehr naturnahe Wälder in steiler Berghanglage (Abbildung 10), b) extensive Weiden, einschließlich geschützter Pflanzen wie der Trollblume und diverser Orchideen (Abbildung 11), mit langen Randlinien zum bewaldeten Umland und Waldinseln, c) zahlreiche solitäre Laubbäume (Abbildung 12) mit Baumhöhlen für nistende Vögel, d) Quellmoore, Rinnsale und Nassstellen.

Damit weist das Gebiet eine überdurchschnittlich **hohe Habitatevernünftigung** für eine Vielzahl botanischer Artengruppen auf, insbesondere für geschützte und seltene Pflanzen an Nass- und Trockenstandorten sowie für extensiv bewirtschaftete, nicht überdüngte Weiden.

Zoologisch ist das Gebiet für spezialisierte Insekten, die auf diese Sonderstandorte angewiesen sind, besonders attraktiv. Daraus folgt, über die Nahrungskette, ein hoher Wert des Gebietes für insektenfressende Vögel (u.a. Spechte wie der **Schwarzspecht** (Abbildung 13), **Grauspecht**, **Grünspecht** (Abbildung 14) und **Weißrückenspecht** (Abbildung 15), **Baumfalke** und **Wiedehopf**) sowie für Fledermäuse und Raubvögel (**Sperber** (Abbildung 15), **Turmfalke**) und Eulen (**Sperlingskauz**), die sich in ihrer Nahrung auf Kleinvögel und Kleinsäuger spezialisiert haben und im Gebiet nachweisbar sind.



Abbildung 10: Naturnaher Bergmischwald am Steilhang am Rande der designierten Eignungszone



Abbildung 11: Trollblume und Knabenkraut-Orchidee in der Eignungszone 2016



Abbildung 12: Solitärer Bergahorn links und solitäre Rotbuche auf Weide in der Eignungszone 2026



Abbildung 13: Schwarzspecht (Anhang I, VSR) an der Bruthöhle, Eignungszone 2016.



Abbildung 14: Grünspecht und Grauspecht (Anhang I-Art) in der Eignungszone 2026



Abbildung 15: Sperber mit von ihm erbeutetem Dreizehenspecht (Anhang-I-Art VSR) in der geplanten Eignungszone 2026

Die Vogelschutzrichtlinie²³ führt in Artikel 4 aus, dass für die in Anhang I der Richtlinie explizit genannten Vogelarten besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume anzuwenden sind.

Im Gebiet der geplanten Eignungszone betrifft dies folgende 10 Arten, die hier als Brutvögel vorkommen:

- Wespenbussard
- Haselhuhn
- Auerhuhn
- Uhu
- Sperlingskauz
- Raufußkauz
- Grauspecht
- Schwarzspecht
- Dreizehenspecht
- Heidelerche

²³ Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten

Für drei weitere Anhang-I-Arten ist die Präsenz in der Eignungszone gegeben, eine Brut ist möglich, aber bislang nicht bestätigt:

- Schwarzstorch
- Steinadler
- Wanderfalke

Die hier anzutreffende Gemengelage (Abbildung 16 und Abbildung 17) aus sehr naturnahen und unzugänglichen Waldbereichen, langen Waldrändern und artenreichen Wiesen weist das Gebiet auch als potenziellen **Wildkatzenlebensraum** aus²⁴ (bislang wurde hierzu kein Monitoring durchgeführt).



Abbildung 16: Blick von der Schafferalm nach Norden auf die geplante Eignungszone östlich des Steinecks



Abbildung 17: Blick auf die Eignungszone entlang des Höhenrückens östlich vom Steineck

²⁴ Kranz, A. & Mateos González, F. 2026: Wildkatzenforschung – Studie zur Habitatnutzung der Europäischen Wildkatze im Gebiet des Nationalparks Thayatal. Endbericht, 47 Seiten.

Naturerfahrung durch sanften Tourismus

Der Höhenrücken vom Steineck ostwärts und das südlich angrenzende, von Weideflächen, Waldinseln und markanten Einzelbäumen geprägte Tal des Preßnitzgrabens haben einen besonderen Reiz für Erholungssuchende. Das Gebiet weist bislang keinerlei Beeinträchtigung durch Überlandleitungen, größere asphaltierte Straßen, Steinbrüche oder andere anthropogene Eingriffe auf. Das Gebiet ist vom Lärm des Mur- und Liesingtales völlig abgeschirmt. Die gut frequentierten Wanderwege und die zahlreichen Bänke entlang dieser Wege belegen, dass das Gebiet von Erholungssuchenden sehr gerne genutzt wird.



Abbildung 18: Gut frequentierte Wanderwege und Bänke für Erholungssuchende verweisen darauf, dass das Gebiet wegen seiner landschaftlichen Schönheit sehr geschätzt wird.

Vermeidung negativer Auswirkungen von WKAs im Betrieb

Um dem aktuellen Stand der Wissenschaft Genüge zu tun, wird hier auf eine erst im Mai 2026²⁵ veröffentlichte Studie verwiesen. Sie bietet demnach den aktuellsten Überblick über Maßnahmen zur Verringerung der Mortalität vor allem von Vögeln und Fledermäusen in den Umgebungen von Windkraftwerken. Die dargestellten Erkenntnisse stammen aus der Fachliteratur, wissenschaftlichen Artikeln, internationalen Methoden und Fallstudien, insbesondere aus europäischen Ländern, aber auch aus den USA:

Im Falle von Windkraftanlagen stellt das Sterben wildlebender Tiere, insbesondere von Vögeln und Fledermäusen, aus Sicht des Naturschutzes ein erhebliches Problem dar. Dies geschieht zum einen durch direkte Kollisionen mit den rotierenden Teilen der Turbine, bei Fledermäusen zudem durch sogenanntes Barotrauma, d. h.

²⁵ Amador C. et al 2026: <https://bibliografie.nature.cz/soubor/XvA2QaXwxQ7foQ1C>

Gewebeschäden, die durch plötzliche Luftdruckänderungen in der Umgebung des Rotors verursacht werden.

Neben der direkten Sterblichkeit von Vögeln und Fledermäusen können Windkraftanlagen auch andere Tiergruppen beeinträchtigen. Der Bau von Turbinen, Zufahrtsstraßen und der dazugehörigen Infrastruktur kann zu einer Fragmentierung des Lebensraums, einer Beeinträchtigung der Migrationsdurchlässigkeit der Landschaft sowie zum Verlust oder zur Einschränkung geeigneter Lebensräume führen. Diese Auswirkungen können unter anderem bei Arten, die ausgedehnte Gebiete nutzen oder über größere Entfernungen wandern, wie beispielsweise bei Großbrautieren, erheblich sein. Eine bedeutende Rolle kann auch der Störungseffekt während des Baus und des Betriebs der Kraftwerke spielen, der dazu führt, dass Tiere bestimmte Standorte meiden oder ihr räumliches Verhalten ändern.

Nachfolgend sind die wichtigsten Maßnahmen zur Minderung der negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf gefährdete Arten aufgeführt:

1. Die Standortwahl vor Baubeginn bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Maßnahmen zur Auswirkungsminderung. **Ziel sollte es sein, sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore und Nistgebiete empfindlicher Arten zu meiden. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu ungeeigneten Anlagen um mehrere Größenordnungen senken und gleichzeitig helfen, zusätzliche Kosten für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden, die bei einer ungeeigneten Standortwahl erforderlich wären.**

2. Wenn der Bau eines Kraftwerks bestimmte wildlebende Tiere gefährdet, können sogenannte Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen werden, um das Risiko ihrer Verletzung oder ihres Todes zu verringern.

2.1. Zur Verringerung der Fledermaussterblichkeit erweisen sich Betriebsbeschränkungen bei niedrigeren Windgeschwindigkeiten, die sogenannte Cut-in-Speed (d. h. die Turbinen werden erst bei höheren Windgeschwindigkeiten in Betrieb genommen, wenn die Aktivität der Fledermäuse abnimmt), oder saisonale Stilllegungen (z. B. das Abschalten der Turbinen während der Fledermaus-Wanderungszeit) als die wirksamsten Maßnahmen. Eine effektiv eingestellte Betriebsbeschränkung senkt die Sterblichkeitsrate um 60 bis 85 %. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf 0,5 bis 3 % der jährlichen Energieproduktion geschätzt. Zu den ausgefeilteren Ansätzen gehört der Einsatz prädiktiver automatischer Algorithmen, die Temperatur, Windgeschwindigkeit und Wetterdaten in Echtzeit einbeziehen, sodass eine Betriebsbeschränkung nur dann erfolgt, wenn die Bedingungen für eine hohe Fledermausaktivität gegeben sind. Eine weitere Schutzmaßnahme für diese Tiergruppe sind akustische Abschreckvorrichtungen. Bisherigen Studien zufolge weisen diese jedoch eine

schwankende Wirksamkeit auf, die vom Artenspektrum der Fledermäuse und den konkreten Bedingungen abhängt. Diese Maßnahme wird daher nicht als vollwertige Alternative zur Einschränkung des Turbinenbetriebs angesehen.

2.2. Bei Vögeln kommen Kamerasysteme zum Einsatz, die künstliche Intelligenz nutzen, um sich nähernde Vögel zu identifizieren, und die Turbinen innerhalb von 35 bis 43 Sekunden automatisch abschalten. Feldstudien belegen eine Verringerung der Sterblichkeit von Steinadlern, Seeadlern und Geiern um 50 bis 85 % in Anlagen, die diese Systeme einsetzen. Die Erkennungstechnologien stoßen jedoch auf erhebliche Einschränkungen. Kleinere, schneller fliegende Arten werden möglicherweise nicht in ausreichender Entfernung erkannt, um eine wirksame Reaktion zu ermöglichen. Erkennungssysteme funktionieren daher am besten bei großen Raubvögeln in Gebieten mit bekannt hohem Kollisionsrisiko, sollten jedoch nicht als universelle Lösung angesehen werden. Eine weitere Schutzmaßnahme für Vögel kann der Einsatz von visuellen Sichtbarkeitshilfen sein, wie z. B. das Bemalen von Rotorblättern. Es gibt nicht viele Studien zu dieser Maßnahme, und die Ergebnisse sind unterschiedlich. In Smøla (Norwegen) reduzierte das Bemalen eines Rotorblatts mit schwarzer Farbe die Vogelsterblichkeit um 70 %, wahrscheinlich aufgrund der verbesserten Sichtbarkeit des Rotorblatts. Versuche in den Niederlanden ergaben jedoch keine Wirkung, wahrscheinlich aufgrund optischer Unterschiede im Hintergrund des Rotors (Farbe des Himmels) oder einer unterschiedlichen Artenzusammensetzung. In Südafrika senkten Rotorblätter mit roten Streifen die Sterblichkeit von Raubvögeln um bis zu 86 %.

Verhandlungen über die Koexistenz

Konflikte wegen des Naturschutzes sind allgegenwärtig und beschränken sich nicht auf Konflikttierarten wie Wolf und Tiger, sie ergeben sich auch aus unterschiedlichen Nutzungsansprüchen auf Gebiete. Im gegenständlichen Fall konkurrieren Ansprüche des Naturschutzes und der Energiegewinnung aus der Windkraft um eine Fläche. Der professionelle Umgang mit solchen Konflikten, deren Abmilderung auf ein für alle Seiten akzeptables Maß und die daraus abzuleitende Koexistenz sind vergleichsweise junge Disziplinen im Arten-, Biodiversitäts- und Naturschutz (<https://www.hwctf.org/>). Mit fortschreitender und intensiver multipler Nutzung des Raums zu menschlichen Zwecken ist in dieser Disziplin ein ganz zentrales Instrument des Naturschutzes der Zukunft zu sehen.

Im gegenständlichen Fall haben sich vor über 10 Jahren Grundbesitzer im Nahbereich der designierten Eignungszone dazu entschlossen, auf ihrem Grund und Boden dem Naturschutz den Vorrang gegenüber der Energiegewinnung aus Windkraft einzuräumen.

Sie sehen nun ihre Bemühungen u. a. zur Sicherung eines überregional bedeutsamen Zugvogelkorridors gefährdet.

Viele der Grundbesitzer und Anrainer der designierten Eignungszone wurden erst unmittelbar vor oder durch die Veröffentlichung des gegenständlichen Verordnungsentwurfs darüber informiert, dass hier nicht nur eine Eignungszone ausgeschieden werden soll, sondern dass auch konkrete Pläne für die Errichtung von mehreren Windkraftanlagen seit Jahren vorliegen und entsprechende Vorerhebungen laufen.

Die professionelle Konfliktforschung weist darauf hin, dass bei der Planung alle betroffenen Parteien gleichermaßen zu informieren sind. Diese Wissenschaft macht auch unmissverständlich klar, dass es zu erheblichen Kosten führt, wenn man allfällige Konflikte ignoriert. Fairness und die Hebelwirkung von Macht (auch, aber nicht nur, über Politik und Behörden) sind weitere wesentliche Elemente, die für eine nachhaltige Koexistenz unerlässlich sind.²⁶

²⁶ Zimmermann A & McQuinn B 2026. Negotiating coexistence. The art and science of resolving conflicts in conservation. Oxford University Press. 132 Seiten.

Gutachten

Koexistenz und Konflikt

Sachprogramme wie das Gegenständliche zur Windenergie sollten anhand objektiver Kriterien und unter fairer Gleichbehandlung aller Stakeholder Konflikte im Vorfeld verhindern oder zumindest minimieren. Im Falle der designierten Eignungszone Steineck-Kammern ist dies offensichtlich nicht gelungen, wie die Bemühungen der Bürgerinitiative Kammern im Liesingtal nahelegen.

Bürger der betroffenen Gemeinden, insbesondere aber direkt von der designierten Eignungszone betroffene Grundeigentümer und unmittelbar betroffene Anrainer, haben erst jüngst von den Planungen des Landes erfahren.

Im Gegensatz dazu arbeitet das Land seit Jahren mit potenziellen Projektwerbern intensiv zusammen. Aus den der Gemeinde Kammern zur Verfügung gestellten Unterlagen geht hervor, dass unterschiedliche Vorarbeiten bereits seit Jahren im Gange sind, und die konkrete Planung für die Errichtung von Windkraftanlagen ist weit fortgeschritten.

Im gegenständlichen Fall hat dieser Konflikt eine ausgesprochene Naturschutzdimension; erstens wegen der Grundbesitzer, die sich aktiv in das Naturschutzgebiet XXI eingebracht haben, und zweitens wegen jener Grundbesitzer in der designierten Eignungszone, die dort seit Jahren wirtschaftlich im sanften Naturtourismus tätig sind, der mit Windkraftanlagen absolut unvereinbar wäre.

Offensichtlich liegt hier keine faire Gleichbehandlung der Betroffenen vor. Seitens des Landes bzw. der mit ihnen kooperierenden Projektwerber ist man dabei, seine Macht auszunutzen und in die Falle der „Gewinner-Verlierer“-Denkweise zu geraten. Dies untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Verwaltung und führt à la longue zu einer Vertiefung und Institutionalisierung des Konflikts mit **absehbar negativen Rückkopplungseffekten**.

Vermeidung negativer Auswirkungen

Es liegt nicht im Rahmen dieses Gutachtens, Maßnahmen zur Vermeidung umfassend zu diskutieren. Die Ausführungen zur Vermeidung negativer Auswirkungen im Befundkapitel betreffen nur die Betriebsphase, fokussieren sich auf die Vermeidung von artenschutzrelevanten Tötungen und behandeln die Raufußhuhnproblematik nicht, da sie für Tschechien nicht relevant ist.

Sie wurden von der tschechischen Naturschutzbehörde erstellt und sind ein gutes Beispiel dafür, wie mit der Problematik negativer Auswirkungen auf den Artenschutz umgegangen werden kann. Sie stammen aus einem Land, in dem die Errichtung von Windkraftanlagen noch am Anfang steht.

Die tschechische Behörde bringt hier unmissverständlich zum Ausdruck, dass die **Standortwahl die effektivste und zugleich kosteneffizienteste** Herangehensweise ist, um negative Auswirkungen auf die Tierwelt zu verhindern und Konflikte mit dem Artenschutz zu vermeiden.

Die Standortwahl bildet die Grundlage für alle nachfolgenden Minderungsmaßnahmen. Die Vermeidung von Standorten in Schutzgebieten, bekannten Migrationskorridoren und Brutgebieten von Greifvögeln, Eulen und Raufußhühnern beugt Konflikten vor, noch bevor der Bau beginnt. Eine strategische Standortwahl kann das Kollisionsrisiko im Vergleich zu schlecht gelegenen Anlagen um ein Vielfaches reduzieren, was sie zur kosteneffizientesten Minderungsstrategie macht.

Daraus folgt ohne weitere Einschränkung, dass **das Gebiet hier nicht als Eignungszone für Windkraftanlagen in Frage kommt.**

Wertschätzung unberührter Natur durch Erholungsuchende

Die nahegelegenen Täler der Mur und Liesing sind durch verschiedene Infrastruktureinrichtungen stark belastet, und dies gilt insbesondere für den dicht bebauten Siedlungsraum zwischen St. Michael und Bruck an der Mur. Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Naturerlebnissen, das sie hier quasi vor der Haustür in einem versteckten Graben und angrenzenden Höhenrücken finden; anhand der KFZ-Kennzeichen (Wien, Graz und Umland dieser Städte) an den Parkplätzen im Graben wird allerdings schnell ersichtlich, dass das Gebiet auch überregional bekannt und beliebt ist. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil das Gebiet landschaftlich besonders reizvoll ist und durch die solitären Laubbäume einen besonderen Charakter erhält, der in dieser Art erst wieder in den Schachten des Nationalparks Bayerischer Wald²⁷ zu erleben ist.

Naturerlebnis ist nicht nur ein Grundbedürfnis urban geprägter Mitteleuropäer, sondern auch eine Grundvoraussetzung für den Naturschutz. Vergraut man den Menschen hier die Erholung durch einen Windpark, hat dies zumindest mittelbare negative Auswirkungen auf den Naturschutz, das Verständnis für Rücksichtnahme, die Ausweisung von Schutzgebieten und die Investition in Querungshilfen wie jene über die S36 bei Kraubath. Und umgekehrt: Werden hier keine Windkraftanlagen gebaut, kann hier besonders erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz sowie für eine

²⁷ https://pages.et4.de/de/nationalpark-bayerischerwald/streaming/detail/POI/p_100037550/hochschachten

maßvolle und nachvollziehbare Energiestrategie und -planung des Landes betrieben werden. Sanfter Tourismus ist, wie hier besonders schön zu sehen, untrennbar mit Naturschutz verbunden.

Aus der hier seit Jahrzehnten gelungenen Symbiose und Synthese von sanftem Tourismus und gelebtem, wenn auch nicht verordnetem Naturschutz folgt zwangsläufig, **dass das Gebiet mit einer Eignungszone für Windkraftanlagen unvereinbar ist.**

Habitate und Biodiversität in der Eignungszone

Die Kammlage rund um das Steineck und östlich davon weist eine enge Verzahnung von Wald- und Weidestandorten auf. Diese historisch gewachsene Kulturlandschaft hat auch für Erholungssuchende ihren besonderen Reiz; naturschutzfachlich herausragend ist jedoch die daraus resultierende Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen.

Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 macht den hohen Wert des Gebietes für das Auerhuhn im Kontext der gesamten Steiermark deutlich. Daraus ergibt sich auch die strategische Lage als Brückenkopf zur Vernetzung benachbarter Vorkommen, der räumlich festgelegt ist; die Tiere können nicht nach Süden ausweichen, ohne dabei den Korridor zu verlassen. Unter anderem deshalb wird damit die Eignungszone zum faktischen Vogelschutzgebiet im Sinne der EuGH-Urteile.

In nur wenigen Lokalaugenscheinen im Mai 2026 wurden zweifelsfreie Hinweise auf Brutnachweise von 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie gefunden. Ihr Vorkommen verdeutlicht, dass das Gebiet in seiner Lage und Ausformung für die Vögel sehr wertvoll ist.

In Artikel 4 dieser Richtlinie heißt es ausdrücklich, dass besondere Schutzmaßnahmen für die Lebensräume der Anhang-I-Arten anzuwenden sind.

Als besondere Schutzmaßnahmen sind jedenfalls nicht Maßnahmen zu verstehen, die gravierende Auswirkungen der Windkraftanlagen samt ihren Zuwegungen und Ableitungen reduzieren oder Habitatverbesserungen in einem ohnehin hochwertigen Lebensraum vorschreiben. Besonderer Schutz bedeutet zuallererst, das Gebiet von technischen Großprojekten zu verschonen.

Das Gebiet der Steineck-Kammern ist daher **für eine Eignungszone nach der gegenständlichen Verordnung des Landes nicht geeignet.**

Überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere

Wie aus Plänen und Dienstanweisungen von Bund und Land hervorgeht, ist bekannt, dass im Großraum der designierten Eignungszone ein überregional bedeutsamer Korridor für terrestrische Wirbeltiere verläuft. Der Bund veranlasst die ASFINAG AG zu einer nicht unerheblichen Investition durch die Nachrüstung einer Wildquerungshilfe

über die S36 bei Kraubath. Die östlichen Ausläufer der Niederen Tauern sind der Bereich, in dem sich die Wildtiere der Murtalquerung annähern, dieser Bereich wird auch zum Warteraum, bevor die Querung erfolgt; in diesem Warteraum befindet sich die designierte Eignungszone, die darauf angelegt ist, die Errichtung partout solcher technischer Großprojekte in diesen Raum zu lenken. Gerade im Frühstadium der strategischen Planung zukünftiger Windparks sollten derartige sensible Bereiche als Windkraft-Ausschlusszonen definiert werden, um den schon viel länger formulierten Zielen der Gesellschaft zu entsprechen. **Die Verordnung einer Eignungszone für die Windkraftnutzung ist in diesem Gebiet daher unangebracht.**

Überregional bedeutsame Zugvogelroute

Die im Bereich der designierten Eignungszone verlaufende Zugvogelroute ist in der Steiermark von beispielloser Bedeutung, und deren Missachtung hat unmittelbare Implikationen für zahlreiche internationale Verpflichtungen und erscheint vor dem Hintergrund der angeführten EuGH-Urteile höchst problematisch. Die Studie Kranz et al, (2024)²⁸ belegt, dass das Zugvogelaufkommen hier höher ist als an 20 anderen landesweit im Auftrag des Landes untersuchten Studie²⁹. Damit ist klar, dass es sich hier um eines der besten geeigneten Gebiete handelt, die gemäß EuGH C-3/96 als SPA auszuweisen wären und jedenfalls wie ein faktisches Vogelschutzgebiet zu behandeln sind

Sachprogramme wie jenes für die Windkraft hätten genau die Aufgabe, auf solche Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen. An dieser Stelle darf nochmals auf die Herangehensweise der tschechischen Naturschutzbehörde verwiesen werden, nämlich darauf, dass eine saubere Planung besser ist als alle dann getroffenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen; darüber hinaus wäre dies deutlich kosteneffizienter.

Die hier verlaufende international bedeutsame Zugvogelroute erfordert daher, **das Gebiet großflächig als Ausschlusszone für Windkraftanlagen zu definieren.**

Gefährdung der Ziele des Naturschutzgebietes XXI

Die Nähe des landeseigenen Naturschutzgebiets ist erschreckend, und die Befundlage seitens des Amtssachverständigen des Landes wiegt schwer. Am Herbstzug müssen die Zugvögel zuerst durch den mit Rotoren gespickten Luftraum fliegen, nicht selten

²⁸ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

²⁹ Linhart, W., Trautner, J., Ludwig, T., Ludwig, L. & Borowsky, M. (2018): Studie zum herbstlichen Greifvogelzug in der Steiermark. Kofler Umweltmanagement. – Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Referat Naturschutz, 1-103.

kreisend, um dort am Hang die Thermik zu nutzen, um dann das für sie vorgesehene Naturschutzgebiet zu erreichen.

Es ist unverständlich, warum in einem strategischen Planungsprozess des Landes eine Windpark-Eignungszone partout in den funktionalen Wirkraum eines von ihm selbst ausgewiesenen Naturschutzgebietes stellen will.

Im gegenwärtigen Stadium einer langfristigen Weichenstellung, in der künftig in der Steiermark erneuerbare Energien durch Windkraft erzeugt werden sollen, ist die Umgebung dieses Naturschutzgebiets zweifelsfrei **als Ausschlusszone auszuweisen**.

Key Biodiversity Area

Die designierte Eignungszone liegt vollständig in einem Schlüsselgebiet der Artenvielfalt von globaler Relevanz. In ganz Österreich gibt es von derart eingestuft Gebieten nur vier und in eines davon will das **Land Steiermark ohne Not und Grund die Errichtung von Windkraftanlagen lenken?**

IBA und SPA

Die designierte Eignungszone ist von BirdLife als Important Bird Area (IBA) ausgewiesen und ein Teil dieses viel größeren IBAs ist auch ein Europaschutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA). Die sechs EuGH-Urteile sind hier für die Interpretation von IBA und SPA von besonderer Relevanz.

EuGH, C-3/96, 1998

Der Europäische Gerichtshof hat im Urteil **C-3/96** ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten die für den Schutz der relevanten Vogelarten **zahlen- und flächenmäßig am geeignetsten Gebiete** zu Schutzgebieten zu erklären haben. Zugleich hat der Gerichtshof anerkannt, dass ein IBA-Verzeichnis zwar nicht rechtlich verbindlich, aufgrund seines wissenschaftlichen Wertes aber als Bezugsgrundlage heranzuziehen ist, sofern keine besseren gegenteiligen wissenschaftlichen Beweismittel vorliegen.

Aus dieser Rechtsprechung folgt für das vorliegende strategische Planungsverfahren zwar kein automatisches Verbot der Nutzung von Windenergie in einem IBA. Sehr wohl folgt daraus aber, dass ein IBA in der raumordnerischen Standortsteuerung nicht ohne besonders tragfähige und fachlich belastbare Begründung als positiver Eignungsstandort abgesichert werden darf.

Die Befunde zum Naturschutzgebiet XXI, das unmittelbar neben der designierten Eignungszone, aber gänzlich außerhalb des SPA liegt, legen den Schluss nahe, dass hier nicht die flächenmäßig geeignetsten Gebiete zum SPA erklärt wurden. Die 2019 hier nachgewiesene überregionale Zugvogelroute ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier Gebiete weder im Sinne der Vogelschutzrichtlinie noch im Sinne des Urteils C-3/96

geschützt werden. Die Lokalausweise 2026 in der Eignungszone belegen, dass nicht nur Zugvögel, allesamt auch Schutzgüter des Europaschutzgebietes 38 (SPA), sondern auch Anhang I-Arten, ebenfalls Schutzgüter des benachbarten SPA, vorkommen und hier wie am Beispiel des Auerhuhns (BOKU-Studie) dokumentiert, eine kritische Verbreitung aufweisen, die zur Vernetzung von überregionaler Bedeutung sind.

Damit liegen mehrere unabhängige wissenschaftlich fundierte Belege vor, wonach die Größe des derzeitigen Europaschutzgebietes 38 (SPA) zu klein ausgewiesen ist und **den unionsrechtlichen Erfordernissen nicht entspricht**.

Eine Argumentation für die Eignungszone, die darauf abzielte, das IBA bzw. SPA wäre ohnehin groß genug und es bedürfe nicht der Flächen der designierten Eignungszone, erkennt, dass weder die Zugvögel noch die Anhang-I-Arten auf ihrem Brückenkopf, der hier essentiell für den Populationsaustausch ist, die Möglichkeit haben, auszuweichen.

Das Urteil **C-3/96** kommt weiters zu dem Schluss, dass die Verpflichtung zum Ausweis solcher Schutzgebiete nicht durch andere Schutzmaßnahmen umgangen werden kann und dass **wirtschaftliche Erfordernisse bei der Auswahl und Abgrenzung** solcher Gebiete nicht maßgeblich sein dürfen. Die Standortwahl muss die Grundlage aller weiteren Vermeidungsmaßnahmen bilden und sensible Gebiete, bekannte Migrationskorridore sowie Brutgebiete empfindlicher Arten möglichst meiden (siehe die Strategie der tschechischen Naturschutzbehörde aus dem Jahr 2026). Damit wird für den gegenständlichen Raum gerade bestätigt, dass die Konfliktvermeidung primär **durch planerische Ausscheidung ungeeigneter Standorte** zu erfolgen hat und nicht erst durch nachgelagerte Betriebsauflagen oder technische Minderungsmaßnahmen.

Dies deckt sich auch mit der vom Rechnungshof [rechnungshof.gv.at] eingeforderten methodisch nachvollziehbaren Berücksichtigung von Schutzgebieten und Ausschlusskriterien bereits auf der Ebene des Entwicklungsprogramms. **Eine strategische Raumplanung, die konfliktträchtige Standorte als Eignungszonen sichert, verfehlt ihre Steuerungsfunktion.**

EuGH, C-166/97, 1999

Das Urteil verlangt u.a. für ein Vogelschutzgebiet einen rechtlichen Schutzstatus, der geeignet ist, das Überleben und die Vermehrung der Anhang-I-Arten sowie die Nutzung durch regelmäßig auftretende Zugvögel sicherzustellen. Die für das Europaschutzgebiet 38 verordneten Maßnahmen und Verbotstatbestände reichen sicher nicht aus, um diesen EuGH-Vorgaben zu entsprechen³⁰; das Naturschutzgebiet XXI entspricht hier mit den Naturwaldzellen, dem Einzelschutz von Nistbäumen und dem Verbot technischer Anlagen, insbesondere Windkraftanlagen, schon deutlich mehr, ist aber, wie das

³⁰ Siehe dazu auch das EuGH C-66/23

Beispiel der designierten Eignungszone beweist, deutlich zu klein dimensioniert, um diesen Schutzansprüchen effektiv gerecht zu werden.

Nach diesem EuGH-Urteil darf die Konfliktlage nicht dadurch relativiert werden, dass die betroffene Fläche nicht vollständig als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen ist oder dass spätere Projektverfahren, allgemeine Vorgaben oder sonstige Schutzmechanismen allfällige Defizite ausgleichen könnten. Nach dieser EuGH-Rechtsprechung wäre vielmehr bereits auf der Ebene der strategischen Standortausweisung darzulegen, warum gerade diese Fläche trotz ihrer ornithologischen Relevanz nicht zu den besonders schutzwürdigen Teilräumen zählt. In Anbetracht der hier lebenden Arten und der Lebensraumfunktionen ist die Schutzwürdigkeit bereits unter Beweis gestellt.

EuGH, C-374/98, 2000

Wesentliche Aspekte dieses Urteils wurden bereits bei den vorgenannten behandelt. Es wird betont, dass eine fehlende formale Ausweisung den Schutzstandard nicht absenken darf. Gerade weil die geplante Eignungszone vollständig in einem IBA liegt, darf die fehlende formale SPA-Ausweisung einzelner Teilflächen nicht dazu führen, dass das Gebiet als weniger konfliktträchtig behandelt wird. Da das Gebiet Brut-, Zug- und Lebensraumfunktionen für zahlreiche relevante Vogelarten aufweist, muss die Planung den **höheren fachlichen Konfliktmaßstab** zugrunde legen. Eine hier positive Standortausweisung ohne nachvollziehbare, wissenschaftlich belastbare Entkräftung der IBA-Relevanz wäre daher mangelhaft.

EuGH, C-388/05, 2007

Auch in diesem Urteil werden Aspekte behandelt, die bereits abgehandelt wurden, so auch eine besonders tragfähige Begründung für eine Postivausweisung, die hier allerdings seitens des Landes fehlt. Nachdem die für das Gebiet der Eignungszone Steineck-Kammern vorliegenden ornithologischen Daten auf mehreren Untersuchungen beruhen und verschiedene Aspekte (Zugvögel, Anhang-I-Arten, Korridor) abdecken, wiegt gemäß dieser EuGH-Entscheidung die IBA-Ausweisung besonders schwer.

Das Urteil äußert sich hier weiters dezidiert zur Beeinträchtigung der Lebensräume und Belästigung bzw. Störung von Vögeln, die mit Windkraftanlagen einhergehen. Es ginge hier um Lebensraumverluste durch die Anlagen, Kranstellflächen und Ableitungen, die Störung empfindlicher Brutvogelarten wie des Haselhuhns, die Störung von Rastvogelarten wie der Waldschnepfe oder dem Wespenbussard und die Beeinträchtigung von Zug- (Rohrweihe etc.) oder Nahrungsräumen (Auerhuhn). Diese negativen Auswirkungen müssten bei der Vorhabensrealisierung alle eingepreist werden, was darauf hinausläuft, dass die sorgfältige Standortwahl der zu wählende Zugang wäre und nicht eine Eignungszone, sondern eine Ausschlusszone vom Land ausgewiesen werden müsste.

EuGH, C-141/14, 2016

Dieses Urteil trifft die Bedingungen der geplanten Eignungszone Steineck-Kammern (IBA, Windkraftprojekt und unzureichende Ausweisung von Schutzgebieten) am besten und zeigt, was zu erwarten ist, wenn von der Eignungszone nicht Abstand genommen wird und Betroffene Rechtsmittel bedarfsweise bis zum EuGH ergreifen.

Ergänzend wird deutlich, dass bereits die Gefahr einer erheblichen Störung oder die Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung des Lebensraums ausreicht; diese Aspekte müssen nicht eingetreten sein, um rechtlich relevant zu sein.

Weiters führt das Urteil aus, dass bei solchen Problemstellungen kumulative Effekte ein Pflichtprogramm darstellen müssen. Hier wären nicht nur der bestehende Windpark in Oberzeiring, sondern auch die geplanten Eignungs- und Vorrangzonen zu berücksichtigen.

EuGH C-66/23, 2024

Nach dieser EuGH-Erkenntnis müssen für besondere Schutzgebiete individuelle Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen für **alle** relevanten Anhang-I-Arten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und ihre Lebensräume festgelegt werden.

Im gegenständlichen, zusätzlich flächenmäßig unzureichend ausgewiesenen Europaschutzgebiet 38 ist dies nicht der Fall. Es fehlen Maßnahmen für die Raufußhuhnarten (Auerhuhn, Birkhuhn, Haselhuhn und Alpenschneehuhn), den Uhu und den Wanderfalke sowie deren Lebensräume sowie für alle 16 hier als Schutzgut angeführten regelmäßigen Zugvögel.

Zudem ändert die Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen nach der UVP-Richtlinie nichts an der Reichweite der Verpflichtungen aus der Vogelschutz- und Habitatrichtlinie; eine UVP ersetzt oder verringert diese materiellen Naturschutzpflichten nicht. Die Festlegung einer Eignungszone kann daher nicht damit gerechtfertigt werden, dass Konflikte später im UVP- oder Genehmigungsverfahren gelöst würden. Wenn – wie im Gebiet – zehn Anhang-I-Arten als Brutvögel vorkommen und für weitere Arten eine Präsenz mit möglicher Brut besteht, wenn das Gebiet von diversen Zugvögeln regelmäßig genutzt wird, dann muss die planerische Behandlung des Standortes sämtliche relevanten Arten und ihre Lebensräume erfassen und darf die Betrachtung nicht auf einzelne Teilaspekte oder „Leitarten“ verkürzen, wie dies z.B. durch die bloße Erfassung des Zugeschehens des Wespenbussard und die Ignorierung der Rohrweihe der Fall wäre³¹.

³¹³¹ Kranz et al. 2024: Nachweis einer bedeutenden inneralpinen Zugvogelroute in der Steiermark. Joannea Zoologie 21:41-53.

Integrative Beurteilung der Teilaspekte und Schlussfolgerungen

Das gegenständliche Gutachten liefert für eine Einwendung eine ungewöhnlich dichte standortbezogene Tatsachengrundlage.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig in einem IBA und einem KBA; das IBA „Niedere Tauern“ ist in Österreich von regionaler Bedeutung, die KBA „Niedere Tauern“ sogar von globaler Bedeutung. Der Verordnungsentwurf sieht einzig im IBA der Niederen Tauern eine Eignungszone vor. Für die konkrete Konfliktsituation ist außerdem relevant, dass die Eignungszone nur etwa 500 m vom landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“ entfernt liegt. In der Eignungszone wurden binnen kürzester Zeit zehn Anhang-I-Arten dokumentiert und sie weist eine hohe Vielfalt hochwertiger Lebensräume auf.

Besonders schlagkräftig wird das Gutachten durch das Aufzeigen der hier vorliegenden regionalen und überregionalen **funktional-ökologischen Zusammenhänge**. Hier befinden sich eine überregionale Zugvogelroute, ein überregionaler Korridor für terrestrische Wirbeltiere sowie ein Brückenkopf für Waldvogelarten wie das Auerhuhn zur Vernetzung der Vorkommen beiderseits des Murtals.

Das Gebiet der designierten Eignungszone hat demnach mit seiner Lage in dem IBA Niedere Tauern eine kritische Lage, die nicht durch andere Bereiche des IBA substituiert werden kann und wird dadurch zum faktischen Vogelschutzgebiet (EuGH, C-3/96, EuGH C-166/97, EuGH C-141/14). Das Gebiet ist daher auch ohne offizielle Ausweisung wie ein Schutzgebiet nach der Vogelschutzrichtlinie (SPA) zu behandeln.

Da Eignungszonen Standorte sind, an denen ein „regionales öffentliches Interesse“ an der Errichtung von Windenergieanlagen besteht dienen sie der Standortsicherung, wobei die konkrete Widmungsfestlegung auf örtlicher Ebene erfolgen muss. Die Ausweisung als Eignungszone ist daher keine bloß abstrakte Kartendarstellung, sondern eine **positive standortbezogene Vorentscheidung**, die raumordnungsrechtlich ein regionales öffentliches Interesse am Standort dokumentiert. Gerade deshalb muss diese Vorentscheidung methodisch und naturschutzfachlich tragfähig sein, auch um spätere Verfahrensrisiken zu vermeiden.

Die Konfliktrichtigkeit der Eignungszone Steineck-Kammern besteht aus folgenden acht Themen:

1. Wegen der Habitate und der Biodiversität in der designierten Eignungszone.
2. Wegen der Gefährdung des benachbart gelegenen Naturschutzgebietes XXI.
3. Wegen der überregional bedeutsamen Zugvogelroute.
4. Wegen des überregional bedeutsamen Korridors für terrestrische Wirbeltiere.
5. Wegen der Unvereinbarkeit mit dem sanften Naturtourismus.

6. Wegen der Vernachlässigung der Konfliktvermeidung und der Koexistenz.
7. Wegen seiner Bedeutung als global bedeutendes Gebiet der Artenvielfalt.
8. Weil das Gebiet in einem faktischen Vogelschutzgebiet liegt.

Jeder dieser Aspekte für sich allein stellt die vorgesehene Eignungszone infrage. Bei integrierter Beurteilung ergibt sich noch folgende gewichtige Argumentation:

Das Ziel des gegenständlichen Sachprogramms ist der raumverträgliche Ausbau der Windenergie bei gleichzeitiger Vermeidung negativer Umweltauswirkungen durch Zonierung. Aus der **eigenen Kontrolllogik des Landes** sind daher jene Standorte auszuscheiden, bei denen Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, terrestrische Korridore und das Vorkommen besonderer Arten auf ein hohes Konfliktpotenzial hindeuten.

Dieses Instrument „Zonierung zur Konfliktvermeidung“ verfehlt an diesem Standort offensichtlich sein Ziel. Raumplanerisch ist das entscheidend, weil eine Eignungszone gerade dort problematisch wird, wo sie nicht Konflikte vermeidet, sondern systematisch in einen bereits identifizierten Konfliktraum hineinlenkt. Die Argumentation richtet sich daher nicht gegen die Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Eignungswidmung dieses konkreten Standortes.

Es wird daher vorgeschlagen:

- 1) Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern.
- 2) Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- 3) In eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer³² rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (SPA Niedere Tauern).

³² Dies ist eine Experteneinschätzung; generell wäre es besser, dies fallbezogen entlang der Grenze des Europaschutzgebietes zu beurteilen und konkret abzuleiten, was aber den Rahmen dieses Gutachtens übersteigen würde.

Zusammenfassung

Ziel und Gegenstand

Das Gutachten bewertet die geplante Windkraft-Eignungszone Steineck-Kammern im Entwurf der Steiermärkischen Landesregierung zum Sachbereich Windenergie vom 13. April 2026 aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht. Es wurde im Auftrag betroffener Grundeigentümer erstellt und mündet in Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf.

Zentrale Aussage

Die Kernaussage des Gutachtens lautet, dass die geplante Eignungszone Steineck-Kammern mit den naturschutzfachlichen Gegebenheiten des Gebiets nicht vereinbar ist und daher gestrichen werden sollte. Das Gutachten argumentiert ausdrücklich nicht generell gegen Windenergie, sondern gegen die raumordnerische Ausweisung dieses konkreten Standorts.

Wesentliche naturschutzfachliche Befunde

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area (IBA) und einer Key Biodiversity Area (KBA) der Niederen Tauern. Für die KBA wird eine globale Bedeutung hervorgehoben.

Zusätzlich liegt die Eignungszone in funktionaler Nähe zu mehreren Schutzgebieten. Besonders betroffen ist das Naturschutzgebiet XXI „Niedere Tauern Ostausläufer“, dessen Rand nur etwa 500 Meter entfernt liegt.

Das Gutachten verweist außerdem auf eine 2019 bestätigte überregionale Zugvogelroute im Bereich des Hennerkogels im Naturschutzgebiet XXI des Landes. Die dort erhobenen Werte für Wespenbussard, Rohrweihe sowie Greif- und Großvögel sind außergewöhnlich hoch. Zugleich wird argumentiert, dass Zugvögel aus der nördlich vorgelagerten Eignungszone in genau jenen Luftraum einfliegen würden, der bei einer Realisierung von Windkraftanlagen durch den Rotorraum betroffen wäre.

Ein weiterer Befund betrifft die Funktion des Raums als überregional bedeutender Korridor für terrestrische Wirbeltiere. Das Gutachten stellt dazu einen Zusammenhang mit den seit Jahren bekannten Wildtierkorridoren sowie mit der geplanten Wildquerungshilfe über die S36 bei Kraubath her. Die geplante Eignungszone liegt in einem sensiblen „Warteraum“, der für Wildtiere vor der Querung von entscheidender Bedeutung ist.

Arten und Lebensräume

Das Gutachten beschreibt die Lebensräume in der Eignungszone als naturschutzfachlich und ökologisch besonders wertvoll. Die landeseigene BOKU-Studie von 2025 weist in diesem Bereich die höchste Eignungsstufe für das Auerhuhn aus; zudem wird eine Brückenkopffunktion zur Vernetzung der Populationen hervorgehoben. Darüber hinaus liegt eine enge Verzahnung von naturnahen Wäldern, extensiven Weiden, Einzelbäumen mit Baumhöhlen, Quellmooren, Rinnsalen und Nassstellen vor. Daraus ergibt sich eine hohe Habitateignung für geschützte Pflanzen, spezialisierte Insekten, Fledermäuse sowie für Vogelarten, die auf diese Insekten angewiesen sind.

Bei Lokalaugenscheinen im April und Mai 2026 wurden mehrere sensible Arten und Hinweise auf deren Fortpflanzung im Gebiet der Eignungszone dokumentiert, darunter Haselhuhn, Waldschnepfe, Weißrückenspecht und Uhu. Insgesamt nennt das Gutachten für die geplante Eignungszone 10 Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie als Brutvögel: Wespenbussard, Haselhuhn, Auerhuhn, Uhu, Sperlingskauz, Raufußkauz, Grauspecht, Schwarzspecht, Dreizehenspecht und Heidelerche. Für Schwarzstorch, Steinadler und Wanderfalke wird eine Präsenz mit möglicher Brut erwähnt.

Rechtliche Argumentation

Ein wesentlicher Teil des Gutachtens stützt sich auf mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zum Vogelschutz, zur IBA-Relevanz, zur Schutzgebietsausweisung und zu Windkraftprojekten. Zusammengefasst ergibt sich daraus, dass ornithologisch nachweislich hochwertige Gebiete auch ohne formale Ausweisung wie ein Vogelschutzgebiet gemäß VS-Richtlinie (SPA) zu behandeln sind (faktisches Vogelschutzgebiet).

Sozioökonomischer und prozessualer Aspekt

Neben Naturschutz und Recht argumentiert das Gutachten auch mit Koexistenz, Fairness und Verfahrensqualität. Es wird kritisiert, dass betroffene Bürger, Grundeigentümer und Anrainer erst spät von den Planungen erfahren hätten, während das Land und potenzielle Projektwerber bereits seit Jahren an konkreten Vorarbeiten arbeiteten. Das führt unweigerlich zu einer Konfliktverschärfung.

Außerdem beschreibt das Gutachten das Gebiet als wichtigen Raum für sanften Tourismus und naturbezogene Erholung. Die ruhige, landschaftlich hochwertige Lage ohne größere technische Vorbelastung wird von Erholungssuchenden stark geschätzt; ein Windpark ist damit unvereinbar.

Standortwahl

Besonders betont wird, dass eine strategische Standortwahl für Windkraftanlagen die wirksamste Form der Konfliktvermeidung ist. Das Gutachten verweist dazu auf eine Studie von 2026 zu Minderungsmaßnahmen bei Windkraftanlagen und stellt fest, dass die Standortwahl vor Baubeginn die Grundlage aller weiteren Minderungsmaßnahmen bildet und sensible Gebiete, Migrationskorridore und Brutgebiete möglichst zu meiden sind.

Schlussfolgerungen und Forderungen des Gutachtens

In der integrativen Beurteilung wird festgehalten, dass die Eignungszone Steineck-Kammern in mehrfacher Hinsicht konfliktträchtig ist: wegen der Biodiversität und der Habitate, der Gefährdung des Naturschutzgebiets XXI, der Zugvogelroute, des Korridors für terrestrische Wirbeltiere, der Unvereinbarkeit mit sanftem Tourismus, der mangelnden Konfliktvermeidung sowie der Lage im IBA und KBA.

Nach dem Anspruch des Landes Steiermark, Konflikte durch eine Zonierung zu vermeiden, ist das Gebiet kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken, die unter anderem Genehmigungsverfahren verzögern oder infrage stellen können.

Einwende

Als konkrete Vorschläge zum Verordnungsentwurf nennt das Gutachten:

- (1) die Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern sowie
- (2) eine Erweiterung der Ausschlusszone auf die Fläche des IBA in den Gemeinden Kammern im Liesingtal, Traboch, St. Michael in der Obersteiermark, St. Stefan ob Leoben und Kraubath,
- (3) in eventu Erweiterung der Ausschlusszone auf einen 1-km-Puffer rund um das bestehende Europaschutzgebiet 38 (Niedere Tauern).

Policy Brief

Titel

Windenergie und Naturschutz in Steineck-Kammern: Warum die geplante Eignungszone aus naturschutzfachlicher und raumordnerischer Sicht gestrichen werden sollte

Problem

Die Steiermärkische Landesregierung hat im Entwurf zum Entwicklungsprogramm Windenergie 2026 die Eignungszone Steineck-Kammern vorgesehen. Laut Gutachten liegt dieser Standort jedoch in einem ökologisch hochsensiblen Raum, der sich durch besondere Bedeutung für Vogelarten, Biodiversität, Lebensraumvernetzung und Erholung auszeichnet. Das Instrument der Zonierung verfehlt hier, nach Einschätzung des Gutachtens, gerade sein Ziel, nämlich **Konflikte zu vermeiden**.

Warum der Standort kritisch ist

Im Gebiet wurden zahlreiche sensible Arten und wertvolle Lebensräume festgestellt. Hervorgehoben werden insbesondere die hohe Habitateignung für das Auerhuhn, Nachweise mehrerer Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie sowie Hinweise auf Brut- und Aufzuchträume. Das Gutachten sieht gerade darin einen starken Hinweis darauf, dass die Fläche nicht als positiver Windenergiestandort gesichert, sondern planerisch geschont werden sollte.

Die geplante Eignungszone liegt vollständig innerhalb einer Important Bird Area und einer Key Biodiversity Area. Gleichzeitig befindet sie sich in unmittelbarer funktionaler Nähe eines landesrechtlich ausgewiesenen Naturschutzgebiets und im Wirkraum eines überregional bedeutsamen Vogelzugkorridors sowie eines Korridors für terrestrische Wirbeltiere. Diese Kombination macht den Standort aus Sicht des Gutachtens besonders konfliktträchtig.

Rechtlich-politische Relevanz

Das Gutachten leitet aus mehreren EuGH-Urteilen ab, dass ornithologisch hochwertige Gebiete auch dann ernsthaft zu berücksichtigen sind, wenn sie nicht vollständig und formell als Schutzgebiet ausgewiesen sind. Zudem könne eine spätere UVP oder Projektgenehmigung die vorgelagerte Pflicht zu einer fachlich tragfähigen und konfliktvermeidenden Standortwahl nicht ersetzen. Die politische Kernbotschaft lautet daher: **Naturschutzkonflikte müssen auf der Ebene der strategischen Raumplanung gelöst werden, nicht erst im Einzelverfahren.**

Bewertung

Nach der Logik des Gutachtens ist Steineck-Kammern kein geeigneter Standort für eine Windkraft-Eignungszone. Die Gebietsausweisung würde vielmehr einen bereits erkennbaren Konfliktraum verfestigen, statt ihn zu vermeiden. Damit entstünden sowohl naturschutzfachliche als auch rechtliche und gesellschaftspolitische Risiken.

Empfohlene politische Maßnahmen

1. **Streichung der Eignungszone Steineck-Kammern aus dem Verordnungsentwurf.**
2. **Ausweisung einer weiter gefassten Ausschlusszone**
3. **Stärkere Berücksichtigung von Ausschlusskriterien bereits auf der strategischen Planungsebene**, insbesondere Schutzgebietsnähe, Zugkorridore, Artenvorkommen, Biodiversitätswert und Lebensraumvernetzung.
4. **Frühzeitige, faire Einbindung betroffener Grundeigentümer, Anrainer und lokaler Akteure**, um Konflikte nicht erst im fortgeschrittenen Planungsstadium eskalieren zu lassen.



Graz, am 2. Juni 2026

Dr. Andreas Kranz

Betr.: Geländeklimatische Stellungnahme zu den Windverhältnissen im Bereich des Bergrückens nahe Steineck/Kammern – Ochsenboden und ihre Relevanz zur Windenergie

1. Grundlagen

Diese Stellungnahme nimmt Bezug auf folgende Datengrundlagen:

- Windatlas Österreich 2011
- GTIF Austria – Windenergiekarte Österreich (veröffentlicht 2026)
- Windfeldbibliothek Steiermark 2017
- Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012 inkl. Erläuterungen

Diese Unterlagen sind mit unterschiedlichen Modellen erstellt worden. Die Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012 ist im Rahmen eines Arbeitskreises im Auftrag des Landes Steiermark von mir erstellt worden. Dafür sind etliche Sonderstationsdaten – zumeist jene von der Fa. ECOWATT (DI Frühwald) – eingeflossen, die sehr wesentlich einen guten Einblick in die komplexen topografischen Verhältnisse in der Steiermark vermittelt haben.

Zur Windfeldbibliothek Steiermark 2017 ist Folgendes anzumerken: Die Windfelder dienen in erster Linie dazu, Ausbreitungsrechnungen für Luftschadstoffe unter Berücksichtigung der topographischen Verhältnisse sowie der Landnutzung durchführen zu können, nicht um Windenergiepotential zu ermitteln. Die Erläuterung zur Windfeldbibliothek erwähnt hier auch auf S.13, dass die Differenz zwischen gemessenen und modellierten Werten insbesondere bei Bergstationen die höchsten Abweichungen aufweist; diese sind für die Beurteilung des Windenergiepotentials in Gebirgslagen naturgemäß besonders relevant.

2. Beurteilung der Windverhältnisse aus den derzeitigen Unterlagen

Vergleicht man nun die Daten aus der Karte 2011 mit jenen aus 2026, so erkennen wir bereits, dass eine Herabstufung der Werte für den Standortbereich Steineck – Ochsenboden von zunächst etwa 5-6m/s auf nun ca. 4m/s (bezogen auf 100m ü.Grund) erfolgt ist.

Diese Werte sind allerdings im Vergleich mit den Ergebnissen meiner Windenergiekarte Steiermark 2012 immer noch zu hoch veranschlagt. Dafür gibt es zwei Gründe:

Seehöhe:

Die Seehöhe im Bereich Steineck/Kammern mit ca. 1200m ist im Vergleich zu anderen Windkraftzonen, wie beispielsweise dem Lachtal, relativ niedrig – in meiner Karte kommt gerade noch das Kraubatheck mit über 1400m in eine untere Eignungsstufe.

Orographische Aspekte:

Auf alle Fälle müssen auch orographische Aspekte wie vorspringende Bergrücken wie der Hahnreich (über 1700m) südwestlich von Kalwang berücksichtigt werden, weil sich damit infolge von Verwirbelungen Strömungsverluste einstellen.

3. Fazit

Aus den derzeitigen Datengrundlagen kann jedenfalls keine sehr gute Eignungsbewertung bez. Windenergiepotential für den Standort Steineck/Kammern abgeleitet werden, einerseits wegen der relativ niedrigen Seehöhe und andererseits wegen orographischer Effekte (z.B. vorgelagerte Bergrücken in Richtung Kalwang).



Univ. Prof. Reinhold Lazar

Quellen:

Windatlas Österreich 2011: <https://windatlas.energiwerkstatt.org/>

GTIF Austria – Windenergiekarte Österreich 2026: <https://gtif-austria.info/explore?x=14.9690&y=47.3810&z=11.8923&template=light&indicator=gtif-wind-atlas&datetime=2025-01-01>

Windfeldbibliothek Steiermark 2017 (Erläuterungen):
https://app.luis.steiermark.at/berichte/Download/Fachberichte/ABT15_Lu_05_2022_Windfeldbibliothek_Steiermark_2017.pdf

Karte des Windenergiepotentials Steiermark 2012:

